PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621 / 75 20 15 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 32 000 – Redaktion: Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621 / 75 20 14 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon: 0621 / 75 20 12 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnementsbestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, 6800 Mannheim 1 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 10. August 1976, fertiggestellt.

12. August 1976 Jg. 4 Nr. 32 50 Pfennig

18.8.: Demonstrationen gegen das KPD-Verbot

Die Partei aufbauen!

An vielen Orten hat der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) in diesen Tagen Veranstaltungen gegen das KPD-Verbot und für den Aufbau der Kommunistischen Partei durchgeführt. Rund 6000 Teilnehmer wurden gezählt. Der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) ruft in mehr als 35 Städten für den 18. August zu Demonstrationen gegen das KPD-Verbot auf. Am 17. August 1956 hat das Bundesverfassungsgericht das KPD-Verbot verkündet. Seither hat die Bourgeoisie dieses Unterdrückungsinstrument scharf gehalten. Heute, wo der Aufbau der Kommunistischen Partei Fortschritte macht und sich aus den Klassenkämpfen selber als nächste Aufgabe ergibt, vergrößert die Bourgeoisie ihre Anstrengungen, um das KPD-Verbot erneut in die Tat umzusetzen. Das Ziel der Bourgeoisie ist, die Arbeiterklasse ideologisch und politisch in Abhängigkeit zu halten und ihre revolutionäre Organisation zu verhindern. Täglich werden die Agitationszentren des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) von der Polizei angegriffen, Prozesse gegen die Presseverantwortlichen der Betriebszeitungen und Regionalbeilagen der KVZ häufen sich. In Heidelberg soll Helga Rosenbaum aus dem Stadtrat ausgeschlossen werden. Die Lokalgrößen der Bourgeoisie überlegen sich, ob die Ortsgruppe des KBW nicht als kriminelle Vereinigung verboten werden könnte.

Das KPD-Verbot ist das ideologische und politische Konzentrat der Reaktion der Finanzbourgeoisie. Die Verfolgung im öffentlichen Dienst, die Angriffe auf das Streikrecht, die Einführung der Maulkorbparagrafen 88 a und 130 a, wie auch die Aufrüstung des Bundesgrenzschutzes und der Polizei, bereiten seine umfassende Anwendung vor. Die Bourgeoisie fürchtet die Arbeiterklasse. Vor allem fürchtet sie den revolutionären Zusammenschluß der Arbeiterklasse. Sie weiß, daß er ihr Schicksal besiegeln wird.

„Das große Anliegen, von dem man wünschen möchte, daß es schnell und zielsicher angefaßt wird, ist die endgültige Abtötung des Marxismus, die Entgiftung des Sozialismus, nicht nur in Deutschland, sondern ausstrahlend nach Europa." – hat der „Rheinische Merkur", die Zeitung der rheinischen Kapitalisten und der CDU am 18. September 1953 geschrieben. Das „große Anliegen" hat sich die Bourgeoisie nicht erfüllen können und sie wird es sich nicht erfüllen können. Den „Sozialismus" der SPD hat sie vollends „entgiften" können, aber von „endgültiger Abtötung des Marxismus" ist sie heute weiter weg als vor 20 Jahren. Es ist der Bourgeoisie gelungen, die KPD von innen heraus zu zerstören. Unter dem Druck des KPD-Verbots und der Illegalität hat der Revisionismus in dieser Partei den Sieg davongetragen. Mit der Gründung der DKP am KPD-Verbot vorbei und auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung hat die revisionistische Entartung dieser Partei ihren Abschluß gefunden. In ihrer Grundsatzerklärung auf dem Essener Parteitag von 1969 hat die DKP von vornherein ihren Bankrott erklärt. „Aufhebung des KPD-Verbots, das weiterhin als Mittel der Diffamierung und Verfolgung fortschrittlicher Kräfte mißbraucht wird", hat sie damals gefordert. Von der Anerkennung des Grundgesetzes der Kapitalisten sind diese Revisionisten weitergegangen bis zur Anerkennung des KPD-Verbots. Bloß gegen seinen Mißbrauch hat sie etwas einzuwenden, nicht gegen seinen Gebrauch. Die Bourgeoisie hat in dieser Partei wirklich einen großartigen Helfershelfer gefunden, um die „endgültige Abtötung des Marxismus" voranzubringen. Es hat ihr aber nichts geholfen. Der Marxismus-Leninismus lebt.

Mit dem KPD-Verbot wollte die Bourgeoisie das Recht auf Revolution beseitigen und den Gedanken auf Revolution aus dem Bewußtsein der Massen tilgen. Um die Revolution zu machen, braucht die Arbeiterklasse ihre revolutionäre Organisation. Deren Zerschlagung sollte durch das KPD-Verbot zustandegebracht werden. Heute kann man sehen: Es ist nichts daraus geworden.

Alle Rechte, die die Arbeiterklasse braucht, lassen sich im Recht auf Revolution zusammenfassen. Die Arbeiterklasse ist die ausgebeutete und unterdrückte Klasse. Was wäre die Arbeiterklasse, wenn sie sich den Gedanken an Revolution austreiben ließe?

Alle Organisationen der Arbeiterklasse haben den Zweck, den Klassenkampf zu führen und die Revolution zu machen. Was wäre die Arbeiterklasse, wenn sie aufhörte, sich für diesen Zweck zu organisieren?

Niemals wird sich die Arbeiterklasse mit Lohnsklaverei und Ausbeutung abfinden. Im Kampf gegen das KPD-Verbot verschafft sich die Arbeiterklasse Klarheit über ihre revolutionären Interessen. Im Kampf gegen das KPD-Verbot baut die Arbeiterklasse ihre Partei auf.

Wir rufen auf, sich an den Demonstrationen am 18. August zu beteiligen.



Die Massen in Azania setzen ihren Befreiungskampf fort und greifen das rassistische Vorster-Regime an. Seit letzten Mittwoch kämpfen Zehntausende. Sie fordern die Freilassung aller im Juni verhafteten Kämpfer. Von Soweto ausgehend, weiten sich die Kämpfe aus und erfassen neue Gebiete. Lastwagen, Schulgebäude des verhaßten Regimes gehen in Flammen auf. Unterstehend eine Erklärung von George M. Mbele, Vorsitzender des ANC/African Nationalists. Der Aufschwung der Kämpfe in Azania ist auch Ergebnis der Fortschritte im bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe. Gegenwärtig führt auf Einladung des ZK des KBW eine Delegation der ZANU eine Rundreise durch, während der sie von Donnerstag, dem 12.8., bis Dienstag, dem 17.8., auf Versammlungen in Frankfurt, Kaiserslautern, Freiburg, Stuttgart, Mannheim und Westberlin sprechen wird.

Erklärung von George M. Mbele, Vorsitzender des ANC/African Nationalists

Die Afrikaner werden das verhaßte Rassistenregime vernichten

Der grundlose militärische Überfall auf unbewaffnete afrikanische Schulkinder, der am 16. Juni 1976 in der bei Johannesburg gelegenen Afrikanerstadt Soweto begonnen hatte und sich auf andere Zentren des Landes ausdehnte, ist ein barbarischer Akt des rassistischen Vorsterregimes, der vor den Augen aller demokratisch gesinnten Menschen nichts als tiefe Verachtung verdient. Dies ist eine schändliche Wiederholung der rassistischen und kaltblütigen Gemetzel an den afrikanischen Widerstandskämpfern in Sharpeville und anderen Städten. Das weiße Minderheiten-Regime, ob unter der Vereinigten Partei von Jan Smuts oder unter der Nationalen Partei von John Vorster, hat die Afrikaner beständig im Elend gehalten und war bereit, bei der geringsten Gelegenheit seine schießwütige Polizei und Armee, die tatsächlich gedungene Mörder sind, auf unbewaffnete Afrikaner loszulassen. Dies ist eine unvermeidliche Konsequenz der Unterdrückung der Mehrheit in ihrem eigenen Land durch eine fremde Minderheit.

Falls Beweise benötigt werden, so zeigen diese Schüsse die Tatsache, daß das Überleben der Apartheid nur noch mit brutaler Gewalt aufrechterhalten werden kann. Für die afrikanischen Volksmassen hat die Erziehung ihrer Jugend Vorrang. Dem schlagen die erbärmlichen Ausbildungsmöglichkeiten, welche ihnen durch das Minderheitsregime gegeben werden, und die Einführung des Bantu-Erziehungssystems 1954, das in Wirklichkeit eine umfassende Ausbildung verwirkt, ins Gesicht. Die Afrikaner waren immer bereit, sich für die Erziehung ihrer Kinder zu opfern. Afrikaans ist die Sprache des Unterdrückers, und seine Einführung als Unterrichtsgegenstand in den afrikanischen Schulen mußte den schärfsten Protest der afrikanischen Volksmassen hervorrufen. Es ist nicht verwunderlich, daß sich die Studenten sofort an die Spitze des Kamp-

Fortsetzung Seite 2

Memorandum der evangelischen und katholischen Kirche

Einübung in den Verzicht

Von allen imperialistischen Ideologen sind die Pfaffen die schlimmsten und davon wieder die christlichen. Die christlichen sind in allerlei schwer durchschaubare Richtungen aufgespalten und jagen sich gegenseitig Mitglieder ab. Die Kämpfe zwischen diesen Sekten sind erbittert. Bände würde man brauchen, um ihre Streitereien darzustellen. Manchmal sind sie sich aber einig. Und dann paßt auf!

„In dem gemeinsamen Memorandum der evangelischen und katholischen Kirche zur vierten Welthandelskonferenz in Nairobi . . ., wird vorsichtig von neuen Formen solidarischen Lebens gesprochen, die eingeübt werden müßten."

Mehrere Hunderttausend in den christlichen Kirchen organisierte Pfaffen wollen ein neues Lied einüben. Man interessiert sich für den **Text.**

„Statt uns einseitig auf soziale Sicherheit und Verbesserung des Lebensstandards (bei uns) zu konzentrieren, sollten wir unseren Lebensstil lieber an weltweiter sozialer Gerechtigkeit orientieren."

Die Christen gehen davon aus, daß alle Menschen vor Gott gleich sind. Das bildet die Grundlage ihrer Propaganda der „weltweiten sozialen Gerechtigkeit" und ist Metaphysik. Belangloses Gewäsch also, so lange nicht konkretisiert wird, was das auf dem Boden der Erde zu bedeuten hat. Klaus Natorp von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" bemerkt dazu:

„Solche Überlegungen sind manchem zu allgemein. Sie möchten gern konkretere Vorschläge hören, reden vom Verzicht auf bisher selbstverständliche Gewohnheiten, etwa vom Verzicht auf mehr Fleischverbrauch, . . . vom Verzicht auf die Benutzung des privaten Kraftfahrzeuges . . . – alles als Einführung in den Verzicht auf ‚strategische' Produkte der Welternähr ung und Rohstoffversorgung." Nudeln essen! Zu Fuß gehen! Gott will es! Das ist natürlich nur die **Einübung** in den Verzicht. Wenn ihr denkt, daß bei der heutigen Arbeitsbelastung in der Fabrik diese „Einübung" euch einen frühen Tod bescheren wird, so seid nicht ängstlich und einseitig auf eure „soziale Sicherheit" besorgt. Kardinal Döpfner, planmäßiger Bischof mit mehreren Tausend DM Einkommen, hatte das Problem mit den Nudeln nie. Dennoch hat es dem Herrn gefallen, diese stattliche Erscheinung noch vor Erreichung der Rente zu sich zu rufen.

Im Fernsehen wurde neulich gesagt, daß die Regierung auf eine „Entlastung" der ausgeplünderten Rentenversicherung hofft.

Die Folgen der „Einübung des Verzichts" gefallen also nicht nur Gott, sondern auch den Menschen in der Regierung.

Karl Marx hat entdeckt, daß der Kapitalismus unvermeidlich die Tendenz zur absoluten Verelendung der Arbeiterklasse hervorbringt. So lange die Kapitalistenwirtschaft besteht, muß die Arbeiterklasse gegen diese Verelendung kämpfen. Dafür braucht sie Gewerkschaften und Geschlossenheit. Im Kampf gegen die Folgen der imperialistischen Krise muß die Arbeiterklasse ihre Solidarität neu erproben. Schwere Klassenkämpfe stehen bevor.

Da kommen die Pfaffen und reden von „neuen Formen solidarischen Lebens". Diese sollen darin bestehen, daß die Arbeiterklasse durch „Einübung von Verzicht" der imperialistischen Bourgeoisie Mittel zuschanzt, den Ländern der Dritten Welt zu „helfen".

Mag wer will für einen Zufall halten, daß die Äußerungen der Sprecher Gottes auf Erden haarscharf mit den Absichten der imperialistischen Bourgeoisie übereinstimmen. Nach unserer Meinung liegts nicht an der unerschöpflichen Weisheit Gottes, sondern an der durchtriebenen Schlauheit der imperialistischen Bourgeois, die für eine solide Fütterung der Pfaffen sorgen.

Der unterdrückte und ausgebeutete Teil der Menschheit hat ein Gefühl von der Einheitlichkeit seiner Interessen. Das nutzen die Pfaffen aus, um eine Einheit im Erdulden zu propagieren.

In Wirklichkeit ist es eine gewaltige Triebkraft für die Weltrevolution. Das ist eine historische Wahrheit. Dagegen hilft kein Weihwasser.

Kapitalistische Agrarpolitik: mit Verteuerung der Margarine gegen den Butterberg

Die Brüsseler EG-Kommission hat in einem „Aktionsprogramm“ die Absicht verkündet, eine Abgabe für Fettstoffe einzuführen. Ein Kilo Margarine wird dann um eine Mark teurer. So soll offenbar der Butterberg abgebaut werden. Die Volksmassen, die die teure Butter nicht kaufen können, sollen nun dazu durch die Margarinepreiserhöhung gezwungen werden. So soll das Chaos der kapitalistischen Agrarpolitik, das einerseits Butterberge schafft, andererseits den Ruin der Kleinbauern nur beschleunigt, auf Kosten der Massen fortgeführt werden; dadurch, daß nicht die Butter billiger, sondern die Margarine teurer gemacht wird.

Die sowjetische Fischereiflotte plündert die Fischgründe der Länder der Dritten Welt aus

Das sowjetische Eindringen in die mexikanischen Territorialgewässer hat der Vorstand der mexikanischen Vereinigung Fischer-Cooperativen angeklagt. Er sagte: „Was können unsere Fischer tun mit ihren Booten gegenüber diesen riesigen russischen Schiffen, die ihre Netze in unsere nationalen Fischgründe ausgeworfen haben? … Wir haben die Invasion fremder Fischer, die beständig unser Recht und die internationalen Fischereigesetze verletzen, anzuklagen. Sie benutzen so engmaschige Netze, daß sie das Wasser von allen Fischen und Krebsen leerfischen. In den letzten Wochen haben die russischen Riesenschiffe Ketten für ihre Fangnetze benutzt und damit unsere Boote beschädigt.“ Der Sprecher der Fischer erklärte, daß ein mexikanisches Fischerboot mit fünf Mann Besatzung unter diesen Umständen verschollen ist. (nach Hsinhua, 30.7.76)

Aluminium: Kartellabsprachen zwischen westlichen Imperialisten und Sozialimperialisten

Um den Preis für Aluminium hochzuhalten, bestand bis vor kurzem ein weltweites Kartell unter Einschluß der Aluminiumkonzerne der neuen Bourgeoisie der Sowjetunion, Polens und Jugoslawiens. Die westlichen Konzerne hatten die Abnahme von festgesetzten Mengen Aluminium zu festem Preis mit diesen Staaten vertraglich vereinbart, „um das Preisgefüge im Westen vor unerwünschten Importen … zu schützen“. Die Preise sind nun „so bombig“, daß beide Seiten auf die Kartellabsprache verzichtet haben. (nach Spiegel, 9.8.76)

Erpressung Pakistans durch den US-Imperialismus

Die Supermacht USA verlangt von Pakistan, die Absicht aufzugeben, von Frankreich eine Plutonium-Aufbereitungsanlage zu kaufen. Wenn dieser Plan nicht aufgegeben und die Anlage nicht in den USA gekauft werde, „laufe Pakistan Gefahr, von den USA keine Wirtschaftshilfe und Waffen mehr zu erhalten“, drohte US-Außenminister Kissinger bei seinem Aufenthalt in Pakistan gegenüber der pakistanischen Regierung. Der pakistanische Ministerpräsident Bhutto hat die Forderung zurückgewiesen. (Nach: Süddeutsche Zeitung 10.8.)

Die Asylzusage für die vier türkischen Revolutionäre ist erkämpft!

In der vergangenen Woche hat das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf dem Asylantrag der vier türkischen Revolutionäre Yüksel Ugurlu, Hatice Yourtas, Ömer Özerturgut und Mustafa Tutkun stattgegeben. Im Januar waren sie vom Landgericht Köln wegen des Besitzes revolutionärer Schriften, vor allem aber wegen ihrer politischen Tätigkeit unter den türkischen Arbeitern, zu insgesamt siebeneinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden. Noch während des Prozesses waren sie in Abschiebehaft gesetzt worden. Hatte schon der Prozeß in der Arbeiterklasse und unter den Volksmassen zu Protesten geführt, kam es zu zahlreichen Protestaktionen gegen die drohende Abschiebung, so daß die vier türkischen Revolutionäre schließlich aus der Haft entlassen wurden. Der Erfolg der Asylzusage muß aber jetzt weiter verteidigt werden, denn die Entscheidung ist noch nicht rechtskräftig.

Erklärung von George M. Mbele, Vorsitzender des ANC/African Nationalists

Die Afrikaner werden das verhaßte Rassistenregime vernichten

Fortsetzung

fes setzten. Niemals zuvor in der Geschichte der afrikanischen Revolution sind zehn Jahre alte Kinder in der vordersten Reihe des Kampfes gestanden, aber die ungeheure rassistische Unterdrückung in Südafrika hat genau diese Lage hervorgebracht.

Eine neue Phase im afrikanischen Befreiungskampf ist erreicht, in welcher sich Schulkinder im Grundschulalter und Arbeiter in einem gemeinsamen, das ganze Land ergreifenden und langandauernden Kampf vereinigen.

Der bemerkenswerte Umstand dabei ist, daß eine spürbare nationale Organisation an der Spitze des Widerstands fehlt, was die Tatsache unterstreicht, daß die afrikanischen Volksmassen zum entscheidenden Kampf gegen das Vorster-Regime bereit sind.

Der Hauptwiderspruch in diesem Kampf, das hat sich klar gezeigt, ist der Kampf der afrikanischen Volksmassen gegen die weiße Unterdrückerherrschaft. Die falschen Theorien der reformistischen Südafrikanischen Kommunistischen Partei wurden wiederum dadurch aufgedeckt, daß von den sogenannten weißen Revolutionären keiner auf dem Schlachtfeld zu sehen war. Wunderliche Pläne wurden von Exilpolitikern aufgrund der Tatsache gemacht, daß ihre Organisationen hinter den gegenwärtigen Kämpfen hinterherhinken. Jedoch, jede nähere Untersuchung dieser Pläne wird ihre Wertlosigkeit beweisen. Die Tatsache, daß während des gesamten Kampfes seit Juni die Afrikaner nicht ein Gewehr von irgendeiner Befreiungsorganisation hatten und daß es keine Hinterhalte der afrikanischen Guerillas gegen die rassistische Armee und Polizei gegeben hat, ist deutlich genug, um diesen Punkt zu illustrieren. Das bedauerlicherweise fehlende Kettenglied in der uneingeschränkt revolutionären Situation macht sich jetzt unübersehbar bemerkbar. Wenn Tumbo und seine Führer von der Kommunistischen Partei die notwendigen Vorbereitungen für den bewaffneten Kampf in den vergangenen 15 Jahren getroffen hätten, so wäre das Gewehrfeuer der Unterdrücker von den afrikanischen Massen wirkungsvoll erwidert worden.

Der anhaltende Widerstand von unbewaffneten Afrikanern gegen die schwerbewaffneten rassistischen Streitkräfte beweist, daß die Afrikaner, wenn sie bewaffnet sind, das Rassistenregime in einem kurzen Kampf vernichten können.

Dem kämpfenden Volk von Südafrika sollte die größte Solidarität, verbunden mit materieller und moralischer Unterstützung, gegeben werden. Es müssen noch viele und harte Schlachten geschlagen werden, bevor das Rassistenregime zerstört ist. Das afrikanische Volk von Südafrika hat eindeutig bewiesen, daß die Freiheit nur durch den bewaffneten Kampf erreicht werden kann. Die Massen haben ihre Bereitschaft für den bewaffneten Kampf gezeigt, und es liegt nun an den Befreiungsorganisationen, sich dem Kampf anzuschließen und ihren Beitrag zum endgültigen Sieg über die Kräfte der Reaktion und des Rassismus zu leisten.

George Mduduzi Mbele
Vorsitzender des Afrikanischen Nationalkongresses von Südafrika/ African Nationalists

Die Gesetze zur Inneren Sicherheit sind Gesetze gegen das Volk

Bochum. Am 2. und 3. August hat ein Informationswagen des Bundesinnenministeriums auf dem Husemannplatz in der Innenstadt gestanden, um den Volksmassen die Leistungen der Bundesregierung in puncto „Mehr Sicherheit für den Bürger“ anzupreisen.

Es wurden Filme gezeigt, wie alten Menschen von jugendlichen Rockern die Taschen geklaut werden. Der Bundesinnenminister ließ Berichte verteilen über die ständig wachsende Zahl von Diebstahlsdelikten, gegen die „der Staat den Bürger schützen“ müsse. Dazu müsse die Verbrechensbekämpfung modernisiert werden. Das koste Geld. Der „Bürger“ solle das bezahlen, in seinem eigenen Interesse.

Daß es bei den gesamten Maßnahmen der Bundesregierung überhaupt nicht um die Verhinderung von Diebstählen, Einbrüchen und Raubüberfällen geht, sondern um den Versuch, umfassende juristische und polizeiliche Maßnahmen gegen die demokratische Volksbewegung durchzusetzen, das war der Inhalt der Agitation der Ortsgruppe des KBW an diesen beiden Tagen am Husemannplatz.

Stelltafeln zur Strafrechtsreform und zum KPD-Verbot und unser Büchertisch wurden direkt neben den Bus gestellt. An der Rückfront des Informationswagens hing schon bald das Transparent: „Nieder mit dem Lohnsystem! Aufhebung des Privateigentums! Es lebe der Sozialismus!“

War es zuvor um den Wagen des Innenministeriums sehr ruhig gewesen – nur wenige ließen sich „informieren“, und einige riefen: „Vor Dieben schütze ich mich schon selber!“ –, so haben sich aufgrund unserer Megaphon-Ansprachen bald Versammlungen gebildet, an denen zeitweise über 40 Menschen teilnahmen.

Gegenüber der ängstlichen Beteuerung der Besatzung des Info-Wagens, mit „Terrorismusbekämpfung“ hätten sie ja gar nichts zu tun, sagten wir: Wenn sich Arbeiter im Kampf zusammenschließen, Streikkomitees bilden, Betriebe besetzen, wenn Komitees den § 218 bekämpfen – dann ist dies für die herrschende Kapitalistenklasse „Terror“ und die Organisationen der Arbeiter und der Volksmassen „kriminelle Vereinigungen“. Die Gesetze zur „Inneren Sicherheit“ sind Gesetze für die Sicherheit der Ausbeuterklasse gegen den Kampf der Arbeiterklasse.

Die beiden „Mitarbeiter“ des Bundesinnenministers, die die Besatzung des Busses stellten, wagten keine Stellungnahme zu dieser „Inneren Sicherheit“. Zuerst wollten sie spalten mit Reden wie: „Ihr klopft ja nur kommunistische Sprüche – eine Basis habt ihr ja nicht.“ Das half ihnen nichts. Schließlich distanzierten sie sich von allem, was in den Schriften des Bundesinnenministeriums stand: „Wir vertreten das doch gar nicht, laßt uns doch endlich in Ruhe!“ Viele der Umstehenden forderten sie jedoch um so nachdrücklicher auf, noch einmal Stellung zu nehmen zum § 88 a uns 13 a oder zu den neuen Polizeigesetzen.

Vom Wagen aus hatten die beiden inzwischen inzwischen die Polizei zu Hilfe gerufen. Die Polizei forderte die Genossen der Ortsgruppe auf, den Platz zu räumen. Inmitten einiger Dutzend diskutierender Menschen kam sie jedoch mit ihrem Vorhaben nicht durch. Sie fand keinerlei Unterstützung und mußte nach halbstündigem Einsatz unverrichteter Dinge wieder abziehen. – (h., Stadtteilzelle Riemke)



Am Donnerstag, dem 5. August, sollte in Darmstadt ein Prozeß gegen ein Mitglied des Wiesbadener Komitees gegen den § 218 stattfinden. Es war am 21. Februar festgenommen worden, als die Polizei vergeblich versuchte, die Wohnung des Sekretärs und Presseverantwortlichen des Wiesbadener Komitees gegen den § 218 zu stürmen. Damit sollte die für diesen Tag angekündigte Demonstration gegen den 218 verhindert werden. Die Demonstration hat stattgefunden. – Zu dem Prozeß waren 40 Gegner des § 218 gekommen. Vor Prozeßbeginn wurde eine Kundgebung durchgeführt, auf der ein Vertreter des Wiesbadener Komitees gegen den § 218 sprach. Im Gerichtssaal wurde gleich ein Transparent mit den Forderungen aufgehängt: Weg mit dem § 218! Volksentscheid gegen den § 218! Laut forderten wir: Weg mit dem Strafverfahren! Der Richter rief die Polizei und ließ den Saal räumen. Das gelang nur mühsam. Denn wir hatten Ketten gebildet, riefen immer wieder die Parolen: Weg mit dem § 218! Volksentscheid! Sämtliche Gerichtsverhandlungen wurden unterbrochen, und viele standen an den Treppen des Gerichtsgebäudes. Vor dem Amtsgericht waren wir uns mit fast allen Passanten einig, daß für die vollständige Beseitigung des § 218 gekämpft werden muß. Der Prozeß wurde zwar noch fortgesetzt – ohne den Angeklagten und die Öffentlichkeit. Dennoch hat es der Richter nicht gewagt, ein Urteil zu sprechen. Er hat den Prozeß vertagt. – (Ortsgruppe Wiesbaden)

Das zweite Mal blieb der Agitationsstand stehen

Braunschweig. Am „Tag der offenen Tür“ wollte der Rat der Stadt Braunschweig und die Verwaltungsspitzen sich zur Schau stellen und Demokratie vorspielen. Vor dem Rathaus hatte die Ortsgruppe des KBW Agitationsstände aufgebaut und verteilte ein Flugblatt, in dem die Ausplünderung und Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat enthüllt und die Korruption der leitenden Beamten aufgedeckt wurde. Aufgerufen wurde zur Demonstration gegen das KPD-Verbot am 18.8. Das war dem Stadtrat zuviel. Oberstadtdirektor Weber, dessen monatliche Bezüge in dem Flugblatt aufgeführt waren, ließ den Stand verbieten und schickte die Polizei. Die brauchte zunächst eine Stunde, ehe sie schließlich den Stand abräumen konnte. Eine Stunde später aber, als der Stand wieder aufgebaut wurde, mußte die Polizei es angesichts der protestierenden Massen bei der bloßen Ankündigung belassen, sie würde abräumen. Der Stand blieb noch dreieinhalb Stunden bis zum Ende des „Tages der offenen Tür“.

Unterschriftensammlung für die Kandidatur des KBW

Bei der Unterschriftensammlung für die Listen des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) für die Kandidatur zu den Bundestagswahlen ist in drei weiteren Bundesländern die erforderliche Anzahl von Unterschriften erreicht worden. Neben Hessen und Nordrhein-Westfalen sind jetzt in Niedersachsen mit 3000 (2000 erforderlich), in Bremen mit 1000 (541 erforderlich) und in Baden-Württemberg mit rund 3800 (2000 erforderlich) die vom bürgerlichen Staat verlangte Anzahl von Unterschriften erreicht. Besonders erfolgreich verlief die Unterschriftensammlung in der direkten Verbindung mit Aktionen gegen die Reaktion, wie z.B. bei der Demonstration und den Aktionen gegen das internationale Faschistentreffen in Hamburg, wo allein fast 200 Unterschriften gesammelt wurden.

Die Unterschriftensammlung wird in allen Bundesländern fortgesetzt bis zum 30. August, dem letzten Termin für die Abgabe der Wahlvorschläge, weil der bürgerliche Staat aus Schikane viele Unterschriften unter den Listen für ungültig erklärt. Dagegen wehrt man sich, sorgt aber auch vor. Gleichzeitig zur Unterschriftensammlung für die Landeslisten werden Unterschriften für die Kreiswahlvorschläge gesammelt.

Bremen Zentralkrankenhaus St. Jürgenstraße:

Zur Bürgerschaftswahl in Bremen im September 1975 hatten 24 Beschäftigte aus dem St. Jürgen-Krankenhaus mit ihrer Unteschrift die Kandidatur des KBW unterstützt. Jetzt, zur Bundestagswahl 1976, haben bereits 33 Beschäftigte den Wahlaufruf des KBW unterschrieben. Der größte Teil dieser 33 Unterschriften wurde direkt am Arbeitsplatz in der Frühstückspause oder nach Personal-, Gewerkschafts- und Schülerversammlungen gesammelt.

Mainz. In Mainz wurden zum wiederholten Male Agitationsstände des KBW angegriffen von der Polizei. Genossen aus Wiesbaden und Mainz verteidigten gemeinsam die Stände, indem sie Ketten bildeten und gleichzeitig Agitationsreden hielten. Der Polizei gelang es diesmal noch mit äußerster Mühe, den Stand abzuräumen. Dabei sammelten die Genossen 7 Unterschriften. Die Ortsgruppe Wiesbaden unterstützt die Mainzer Genossen im Wahlkampf. In Wiesbaden wurden für die Kreisliste bis jetzt 365 Unterschriften gesammelt, in Mainz 242.

Neu-Isenburg. Am 9.8. fand der Auftakt des Wahlkampfes der SPD im Wahlkreis Offenbach/Offenbach-Land in Neu-Isenburg statt. Das Festzelt der SPD war durch massive Polizeitruppen mit Polizeihunden und mit Spitzeln abgeriegelt.

Der KBW trat auf mit den Forderungen der Arbeiterklasse und des Volkes, mit Schildern und Transparenten: Verbot der Akkordarbeit! Verbot von Überstunden! Für den 7-Stunden-Tag! Weg mit dem § 218! Volksentscheid gegen den § 218! Für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Für den Sieg des Sozialismus! Polizeitruppen sollten verhindern, daß die Forderungen der Arbeiterklasse in die Veranstaltung getragen werden. Daß dabei aber auch die Polizei nichts nützt, zeigt folgendes: Die Forderungen konnten gut sichtbar an den Wänden des Festzeltes aufgehängt werden. Hauptauseinandersetzung auf der Veranstaltung waren die Forderungen der Ausländerorganisationen nach einem multinationalen Zentrum.

Dazu muß man wissen, daß in Neu-Isenburg zwei Sozialarbeiter entlassen wurden, die sich für die Rechte der Ausländer, gegen Bespitzelung und Ausweisung von ausländischen Arbeitern eingesetzt hatten. Der Initiative für ein multinationales Zentrum wurde ein Beitrag zugestanden, allerdings nur mit der Auflage: Keine Angriffe auf die SPD und ihre Politik. Als die Initiative sich nicht daran hielt, wurde ihr das Rederecht genommen. Als sie sich das Rederecht nicht nehmen lassen wollte, wurde massiv Polizei eingesetzt. Jeder, der sich auf die Seite der Ausländer stellte, wurde aus dem Saal geprügelt. Weiter wurden § 218-Gegner, die Parolen gegen den § 218 riefen, aus dem Saal entfernt.

Die Redner der SPD mußten ihre Reden teilweise unterbrechen. Bei diesen Auseinandersetzungen wurde einer der Sozialarbeiter, von denen bereits die Rede war, festgenommen, auf die Polizeiwache geschleppt und erkennungdienstlich behandelt. Daß man sich dies nicht gefallen lassen konnte, war klar. Für die Freilassung von Swen Levin zogen zirka 50 Jugendliche um 22 Uhr zum Polizeipräsidium und erzwangen seine Freilassung. Bei der Aktion haben wir den Fehler gemacht, keine Unterschriften für die Liste des KBW zu sammeln. Bisher wurden im Wahlkreis 287 Unterschriften gesammelt. – (Ortsgruppe Neu-Isenburg/Sprendlingen)

Blutige Zwischenfälle an der Grenze zwischen BRD und DDR

Wer soll in Deutschland und Europa herrschen?

DDR-Grenzer haben in der letzten Woche den italienischen Lastwagenfahrer Benito Corghi niedergeschossen. Dies ist bloß eine der zahlreichen Schießereien an der Grenze zwischen der BRD und der DDR. Der Unterschied zu den anderen Zwischenfällen ist, daß hier die Sache klar ist: Ein Arbeiter ist totgeschossen worden. Er hatte aus beruflichen Gründen die Grenze überschreiten müssen. Er hatte es völlig legal getan. Auf keinen Fall kann die DDR behaupten, ihre Grenzer hätten eine Provokation gegen die Grenze der DDR zurückgeschlagen.

Gerade die Umstände der Erschießung zeigen, daß es sich bei den Grenzzwischenfällen, die sich in den letzten Monaten gehäuft haben, nicht um eine Reihe von Zufällen handelt, sondern daß der Häufung dieser Grenzzwischenfälle eine wachsende Spannung an der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten zugrundeliegt. Die Sowjetunion und die DDR können noch soviel von Entspannung reden. Es gibt sie nicht. Die Spannung an der Grenze zwischen der DDR und der BRD zeigt, daß sich die Gegensätze in Europa und im Kampf um Europa verschärfen. Die Sowjetunion und die offiziellen Stellungnahmen der DDR machen für die sich häufenden Zwischenfälle an der Grenze reaktionäre und entspannungsunwillige Kräfte in der BRD verantwortlich. Daran ist soviel wahr, daß die BRD ein imperialistischer Staat ist, der sich nie damit abgefunden hat, daß das Gebiet der DDR seiner Herrschaft entzogen ist und der alle Mittel nutzt, um die Einverleibung der DDR vorzubereiten und seine imperialistische Basis im Kampf um Einflußsphären zu verbreitern. Daran ist auch wahr, daß die wachsende Spannung an der Grenze zwischen der BRD und der DDR keine einseitige Angelegenheit ist, sondern daß sie auf die wachsenden politischen Gegensätze im Kampf der beiden Supermächte um Europa wie auch auf den bürgerlichen und imperialistischen Charakter der beiden deutschen Staaten zurückgeht.

Der Sozialimperialismus wird nervös

Ebenfalls in der letzten Woche hat die Sowjetunion eine Note an die drei anderen, westlichen Besatzungsmächte Berlins geschickt. In dieser Note hat die Sowjetunion Einspruch dagegen erhoben, daß Westberlin „direkt oder indirekt" in die für 1978 von den westeuropäischen Regierungschefs ins Auge gefaßten Wahlen zum Europaparlament einbezogen wird. In dieser Note wie in entsprechenden Kommentaren der sowjetischen Presse wird ein drohender Ton angeschlagen: „Die Hoffnungen darauf, daß die Pläne einer Einbeziehung Westberlins in die westeuropäische politische und militärische Integration ihren Autoren unbehindert gelingen werde, sind, gelinde gesagt, unseriös, denn sie bergen Folgen in sich, über die man sich vorher schon Gedanken machen sollte", hieß es zum Beispiel in einem Rundfunkkommentar von Radio „Frieden und Fortschritt". „Nur naive Menschen können annehmen, daß dies ohne Folgen bleiben würde."

Was macht die sozialimperialistische Sowjetunion so nervös? Die Ursache ist, daß die Sowjetunion zwar militärisch eine Supermacht ist, daß sie auch ein beträchtliches Potential entwickelt hat, um den Kampf mit der anderen Supermacht um die Weltherrschaft und die Vorherrschaft in Europa aufnehmen zu können, daß sie jedoch der US-imperialistischen Supermacht und den europäischen Imperialisten, die mit dem US-Imperialismus verbündet sind, ökonomisch weit unterlegen ist.

Die Sowjetunion ist durch die Umwandlung des sozialistischen Eigentums in kapitalistisches Eigentum des imperialistischen Staates ein Land mit höchster Konzentration des Kapitals, aber dieses Kapital ist keineswegs soweit entwickelt wie in den USA und in Europa. Es fehlt den Sozialimperialisten in vielen Bereichen an modernen Produktionsanlagen. Seitdem sich die Sowjetunion in ein imperialistisches Land verwandelt hat, ist sie auch nicht mehr in der Lage die entscheidende Produktivkraft, die revolutionäre Arbeiterklasse zu mobilisieren. Vielmehr beruht das ganze staatsmonopolistische Regime auf der Ausbeutung und Unterdrückung der sowjetischen Arbeiterklasse. Die Sowjetunion hat sich im Bündnis mit den revisionistischen Cliquen die sozialistischen Länder Osteuropas unterworfen und die RGW in ein machtvolles Instrument der Ausplünderung dieser Länder umgewandelt. Aber die Sowjetunion ist nicht in der Lage, sich diese Länder mit hauptsächlich ökonomischen Mitteln zu unterwerfen. Bedarf jeder Imperialismus der Gewalt, um das Zusammengeraubte zu sichern und weitere Raubzüge zu unternehmen, so ist die Gewalt für den Sozialimperialismus überhaupt das einzige Mittel, das es ihm erlaubt, Länder wie Polen, die CSSR und die DDR seinem Einfluß zu unterwerfen.

Ökonomisch sind diese Länder auf vielen Gebieten weiter entwickelt als die Sowjetunion. Ihre selbständigen kapitalistischen Interessen treiben sie zur Aufnahme von möglichst engen ökonomischen Beziehungen zu den imperialistischen Ländern des Westens, die ihnen moderne Fabrikanlagen verkaufen. Die westliche Finanzbourgeoisie wäre nur allzugern bereit, ihr Kapital in diesen Ländern „arbeiten" zu lassen, um sie mit den Mitteln der ökonomischen Überlegenheit ihrem Einfluß zu unterwerfen.

Verschuldung der Sowjetunion

Auch die Sowjetunion selber ist bei der Verfolgung ihrer kapitalistischen Entwicklung auf den Kauf von modernen Industrieanlagen aus den westlichen imperialistischen Ländern angewiesen. Die ökonomischen Bedingungen einer vergleichsweise wenig entwickelten imperialistischen Macht bei gleichzeitig vollständiger Monopolisierung des Kapitals in der Hand des imperialistischen Staatsapparates erklärt sowohl, warum sich die Sowjetunion auf die Entspannungsmanöver einließ und sie selber vorantrieb, als auch warum sie in vollem Bewußtsein die militärische Aggression auf Europa vorbereitet. Das Entspannungsmanöver ist eine vorübergehende Taktik der Sowjetunion. Ihre strategische Linie ist die Vorbereitung des Krieges um Europa, denn anders kann sie weder hoffen, ihr Einflußgebiet in Europa auszudehnen, noch kann sie hoffen, ihr bisheriges Einflußgebiet auch nur zu halten.

Umgekehrt haben sich die westlichen imperialistischen Staaten auf die Entspannungsmanöver eingelassen, weil sie eine relativ klare Einschätzung der Lage haben und davon ausgehen, daß sie aufgrund ihrer überlegenen wirtschaftlichen Macht feste Positionen im Einflußbereich der Sowjetunion gewinnen können, um so die Sowjetunion maximal zu schwächen, bevor sie in der Lage ist, den Krieg zu führen, den die NATO ihrerseits nicht weniger entschlossen vorbereitet.

Jetzt kommt das von den beiden Supermächten und den anderen imperialistischen Mächten eingeleitete Entspannungsmanöver immer näher an den Rand des Krieges, auf den jede der beteiligten Mächte sich von vornherein vorbereitet hat. Er ist für sie lediglich eine Frage der Zeit, wenn ihnen die Völker der Welt und die Völker Europas nicht einen Strich durch die Rechnung machen.

Die Sowjetunion hat aus dem Entspannungsmanöver Vorteile gezogen durch die damit verbundene Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen und die verstärkte Einfuhr westlicher Industriewaren. Dabei hat sich die Sowjetunion jedoch gleichzeitig gewaltig verschuldet. Ihre Schulden bei der westlichen Finanzbourgeoisie betragen gegenwärtig rund 18 Milliarden Dollar. Nach Schätzungen der Bundesbank betragen die Schulden der Sowjetunion allein bei der westdeutschen Finanzbourgeoisie 7,3 Milliarden DM. Bei dieser letzten Zahl sind die Schulden nicht gerechnet, die die Sowjetunion über den Eurodollarmarkt bei der westdeutschen Finanzbourgeoisie aufgenommen hat. In den westlichen Zeitungen häufen sich jetzt die Meldungen über die Verschuldung der Sowjetunion, und es wird bereits offen diskutiert, wie die Kreditschraube angezogen werden könnte.

Der Einflußbereich der Sowjetunion kommt ins Wakkeln

Über die Entspannungsmanöver mußte die Sowjetunion auch ihren Einflußbereich, d.h. die anderen RGW-Länder, gegenüber dem westlichen imperialistischen Kapital bis zu einem gewissen Grad öffnen. Der Effekt ist, daß sich das westliche imperialistische Kapital in diesem Einflußbereich festsetzte und begonnen hat, seinen Einfluß auszudehnen. Ein Zeichen dafür ist die Entwicklung des Handels, ein anderes Zeichen ist die ständig wachsende Verschuldung auch dieser Länder bei der westlichen Finanzbourgeoisie. Führend beim Eindringen in den Einflußbereich der Sowjetunion ist die westdeutsche Finanzbourgeoisie. Sie ist ökonomisch stark, sie liegt direkt daneben, sie entwickelt sich immer mehr zur vorherrschenden Macht innerhalb der EG. Ganz selbstverständlich ergeben sich aus den wachsenden ökonomischen Beziehungen Zersetzungserscheinungen innerhalb des Einflußbereiches der Sowjetunion. Ganz selbstverständlich entwickeln sich zwischen den verschiedenen RGW-Staaten und den westlichen imperialistischen Staaten ökonomische Beziehungen, die die Sowjetunion mit ökonomischen Mitteln nicht unter Kontrolle halten kann und von denen sie zurecht fürchten muß, daß sie ihren Einflußbereich schließlich sprengen werden.

Während die Meldungen über die Grenzzwischenfälle durch die westdeutsche Presse gingen, fand eine andere, scheinbar entgegengesetzte Meldung über die Beziehungen zwischen der BRD und der DDR wenig Beachtung: In Helmstedt sind aufgrund eines bereits im Mai geschlossenen Vertrags in diesen Tagen die Förderungsgebiete der Braunschweigischen Braunkohlebergwerke (BKB) und dem entsprechenden Betrieb auf der Seite der DDR über die Staatsgrenzen hinweg gegenseitig angepaßt worden. An diesen erfolgreichen Verhandlungen waren auf beiden Seiten die Regierungen mit ihren Außenhandelsministerien beteiligt. Es ist ein weitreichendes Abkommen zustandegekommen, das, wie die „Frankfurter Rundschau" schreibt, den Grenzverlauf zwischen den beiden deutschen Staaten „faktisch für die nächsten beiden Jahrzehnte verändert". „Und so ist alles aufs ordentlichste geregelt, und Helmuth von Unruh, bergmännischer Direktor der BKB, wiederholt immer dasselbe Adjektiv, wenn er über Verlauf und Ergebnisse der Verhandlungen mit der DDR spricht: ‚Sachlich' und ‚vernünftig'. Ebenso wie die Initiative zu den Verhandlungen von beiden Seiten ausgegangen sei, hätten sich die Verhandlungspartner auch um eine Lösung bemüht, die den wirtschaftlichen Nutzen gerecht verteilt. ‚Die ganze Sache', sagt von Unruh nicht ohne Stolz, ‚ist terminlich, räumlich, mengenmäßig bis zum Ende durchgeplant'." Der Plan erstreckt sich über zwei Jahrzehnte, in denen die Förderung der Braunkohle zwischen den beiden Werken in enger gegenseitiger Beziehung vorangetrieben werden soll. Dies ist eine Nachricht, die nicht weniger wichtig ist, als die Meldungen über die Zwischenfälle an der Grenze.

Die Gefahr des imperialistischen Krieges wächst

Die Sowjetunion reagiert auf den Zusammenschluß der westlichen Imperialisten in der EG und auf die von den westlichen Imperialisten geplante Einbeziehung Westberlins in die Wahlen zum europäischen Parlament so hektisch, weil die EG und die verschiedenen an der EG beteiligten Mächte wie auch der US-Imperialismus ökonomisch gegenüber der sozialimperialistischen Supermacht, immer mehr in die Offensive kommen. Für die Sowjetunion stellt sich die Frage, wie sie durch politische Unterdrückung und militärische Aggression ihren Einflußbereich gegenüber den überlegenen westlichen imperialistischen Mächten nicht nur halten, sondern erweitern kann. Einen Stützpunkt der EG in ihrem eigenen wackligen Einflußbereich kann sie nicht dulden. Sie kann nicht dulden, daß die ökonomische Infiltration des westlichen Kapitals politische Sprengwirkungen in ihrem imperialistischen Einflußbereich herbeiführt. Sie kann aber auch auf die Ressourcen des westlichen Europas nicht verzichten, da sie den Kampf um die Weltherrschaft aufgenommen hat. Unvermeidlich wird die Rivalität der imperialistischen Mächte, insbesondere der beiden Supermächte, zum Krieg führen. Die Grenzzwischenfälle sind dafür Vorzeichen, wie die Aufstellung einer neuen US-Brigade in Norddeutschland direkt der Kriegsvorbereitung dient.

Die Völker werden sich weder durch Entspannungsschwindel noch durch imperialistische Hetze blenden lassen: nur die proletarische Revolution wird, indem sie die Herrschaft der Imperialisten stürzt, den Krieg verhindern können. Auf dem Weg zur Revolution müssen alle imperialistischen Expansionsbestrebungen und Abenteuer der eigenen Bourgeoisie bekämpft werden. – (gs)

Der Sozialimperialismus verlangt „Kontrolle" über die arabischen Staaten / Kampf um das Lager Tel-Al-Zaatar

Neue Manöver der Imperialisten

Bezüglich des Klassenkampfes im Libanon kennt die Presse der imperialistischen Bourgeoisie nur noch ein Thema: die Verwundeten im Lager Tel-Al-Zaatar und die Rettungsbemühungen des Roten Kreuzes. Sie hat ihre Titelseiten und Spalten diesen Bemühungen weit geöffnet. Jeden Abend berichtet das Fernsehen über den Stand der Verhandlungen, die Zahl der Verletzten. Ist das nicht erstaunlich? Der Todfeind des palästinensischen Volkes, die imperialistische Bourgeoisie, bekommt Mitleid und vergießt Tränen? Es sind Krokodilstränen, und ihr Quell ist Heimtücke.

Etliche Hundert Verletzte und Schwerverletzte sind in der letzten Woche aus dem Lager heraus in die von den libanesischen Volksmassen kontrollierten Stadtgebiete Beiruts gebracht worden. Ansonsten sei die Lage schrecklich, Chaos herrsche, Palästinenser schießen auf Palästinenser. So die imperialistische Presse. Das „Internationale Komitee des Roten Kreuzes" hat jetzt eine Erklärung herausgegeben, in der es heißt: „Die einzige Lösung bezüglich der Probleme der Belagerten, die wirklich menschlich ist, ist eine Evakuierung nicht nur der Verwundeten, sondern der gesamten Zivilbevölkerung." (Le Monde, 9.8.) Die Krokodilstränen sind durchschaut. Es geht der imperialistischen Bourgeoisie nicht um Verwundete, es geht ihr um die Liquidierung, die Beseitigung des Lagers Tel-Al-Zaatar. Bloß betreibt sie diese jetzt unter dem Mantel der Humanität. Gelogen wird selbstverständlich auch. Im Gegensatz zu dem „Internationalen Komitee" zeigte sich der Delegationsleiter des Roten Kreuzes in Beirut „von zwei Dingen überrascht: von der Ruhe und der Disziplin, die im Lager herrschten, aber auch vom Mangel an Wasser, der wirklich sehr dramatisch sei". (Neue Zürcher Zeitung, 6.8.76)

Das Ganze ist also nichts anderes als ein abgefeimtes Betrugsmanöver, um eine öffentliche Meinung für die Beseitigung des Lagers zu schaffen, die nach wie vor Ziel der Reaktionäre ist. Deshalb wurde vorletzte Woche der Vatikan und letzte Woche das „Internationale Komitee des Roten Kreuzes" vorgeschickt. Beseitigung des Lagers Tel-Al-Zaatar, das zu einer Speerspitze des Kampfes gegen die reaktionären christlichen Truppen und zu einem leuchtenden Fanal geworden ist. Ein abgefeimtes Manöver, das wird auch durch die Meldung der „Frankfurter Allemeinen Zeitung" deutlich: „Dem Vernehmen nach ziehen die christlichen Milizen starke Kräfte zusammen, um diesen Stützpunkt der Palästinenser nach siebenwöchiger Belagerung endgültig einzunehmen." (9.8.76)

Aggressionsakte der zionistischen Kriegsmarine

Der zionistische Besatzerstaat will aus dieser Situation Profit schlagen. Genauso der Einmarsch und Einsatz der syrischen Armee im Libanon. Außenminister Allon: „Wir hegen keinerlei Illusion darüber, daß, wenn im Libanon das Feuer eingestellt wird, dies zugleich eine Lösung der Probleme unserer Sicherheit unmöglich machen würde." Also tragen die Zionisten nach Kräften zur Unterstützung der reaktionären Christen bei: Letzte Woche hat ihre Kriegsmarine zwei Schiffe gekapert. Das griechische Schiff „Hermes" auf der Fahrt von Limassol (Zypern) zum Hafen Jieh im Südlibanon wurde überfallen und zwei Mitglieder einer Organisation, die der libanesischen nationalen Bewegung angehört, verschleppt. Das ägyptische Schiff „Abu Washdi", das mit Passagieren und Reis nach dem Libanon unterwegs war, wurde ebenfalls überfallen, ein Mitglied der FPLP, einer palästinensischen Widerstandsorganisation, verschleppt. (Le Monde, 6.8.) Dies verschweigt die westdeutsche Presse. Sie macht dafür viel Aufhebens über den „kleinen Grenzverkehr" an der israelisch-libanesischen Grenze. Die Zionisten öffnen die Grenzen, verschreiben Medikamente, nehmen Verwundete in ihren Krankenhäusern auf, sie sollen gar Arbeiter einstellen. Die Presse rühmt dies. Es ist aber nichts anderes als eine bestimmte Variante und Taktik im Aggressionskrieg der Besatzermacht gegen die arabischen Völker. Lange Zeit haben sie gegen die Volksmassen im Libanon und die Palästinenserlager direkte Aggressionen durchgeführt. Dadurch wollten sie die Palästinenserlager zerstören und die libanesischen Massen gegen die Palästinenser aufbringen. Ergebnis war jedoch, daß die Solidarität zwischen beiden arabischen Völkern gefestigt worden ist. Diese Solidarität wollen sie jetzt durch den „kleinen Grenzverkehr" zersetzen. Von massenhaftem Zulauf vermag die imperialstische Presse jedoch nicht zu berichten.

Die sozialimperialistische Supermacht unterstützt Israel

Die beiden Supermächte haben durch ihre Intrigen die Lage im Befreiungskampf kompliziert; daraus wollen sie ihre Vorteile ziehen. Die USA-Imperialisten halten den Waffenstrom aufrecht, damit die Phalangisten weiterkämpfen können, und so die Position des US-Imperialismus stärken. Die sozialimperialistische Supermacht hat grad jetzt, wo der Zionistenstaat seine Aggression auf hoher See durchführt, die Phalangisten mit Waffen versorgt und in den Südlibanon infiltriert, ihm ausdrücklich ihren Schutz und Unterstützung zugesichert. Die Zeitung der Regierung der UdSSR, Iswestija, erklärt: „Die sowjetische Position in dieser Frage (des ‚Nahostkonflikts') ist grundsätzlich und konsequent." Sie besteht darin, „internationale Garantien der Sicherheit und Unverletzlichkeit der Grenzen aller Staaten des Nahen Ostens, ihres Rechts auf unabhängiges Bestehen und Entwicklung zu sichern". Die „internationalen Garantien" sollen dem Sozialimperialismus die allseitige Einmischung sichern. Er garantiert ausdrücklich nicht nur die Sicherheit der Besatzermacht; auch das „Recht auf Entwicklung", also Fortsetzung der Unterdrückung des palästinensischen Volkes, wird garantiert.

Diese Supermacht verbirgt kaum noch, welches Interesse sie verfolgt. Gegenüber Ägypten erklärt „Iswestija", daß es „Gegner der ägyptisch-sowjetischen Freundschaft" gebe. Welche? „Es gibt jene, die unkontrolliert über die Ressourcen des arabischen Ostens verfügen wollen ... Sie haben verschiedene Ansätze, aber handeln in der gleichen Richtung, und sie können den sowjetisch-arabischen Beziehungen zeitweise schaden. Aber diese Kräfte haben keine Zukunft", schreibt „Iswestija". Der Sozialimperialismus will Kontrolle über und Ausbeutung der Reichtümer der arabischen Völker, sein Feind ist der, der ihm den Zugriff verwehrt. Arabische Staaten, die ihm diesen Zugriff verwehren, „haben keine Zukunft". Ist das nicht eine klare, unverhüllte, imperialistische Sprache; eine unzweideutige Drohung gegenüber Ägypten, das das Hegemoniestreben der Sozialimperialisten erfolgreich bekämpft? Der Appetit des russischen Sozialimperialismus ist mit Ägypten nicht zufriedenzustellen. In der „Neuen Zeit" 29/76 erklärt er auch seinen Appetit auf den Erdölreichtum Saudi-Arabiens: Verlockend sind „die riesigen Öleinnahmen, über die die Saudis unkontrolliert verfügen."

So machen die beiden Supermächte im Nahen Osten ihre Umtriebe. Sie haben absichtlich durch ihre wechselseitige Einmischung die Lage kompliziert gemacht, um dann im Trüben zu fischen, leichter ihr imperialistisches Interesse an Rohstoffen, Beherrschung und Ausbeutung der Völker durchsetzen zu können. Sie machen sich vergeblich Hoffnungen. Wer wird sich vom USA-Imperialismus einfangen lassen, der sich den Zionistenstaat als Degen gegen die arabischen Völker hält, die reaktionären christlichen Truppen ausstaffiert und dirigiert? Wer wird sich von einem „natürlichen Verbündeten" einfangen lassen, der unverhohlen die Kontrolle über die Rohstoffe, die Reichtümer der arabischen Völker beansprucht und ihrem Todfeind, dem Zionistenstaat, ein Schutz- und Trutzbündnis gegen den revolutionären Volkskrieg anbietet? Ruhe im Nahen Osten? Frieden im Nahen Osten mit Hilfe dieser Räuber? Der Friede im Nahen Osten kann nur durch den siegreichen Kampf der arabischen Völker gegen den Imperialismus und seine Kettenhunde errungen werden. – (hjh)

Schon jetzt ist abzusehen, daß die Folgen der Trockenheit in diesem Jahr den Ruin der Kleinbauern gewaltig beschleunigen wird. Die Produktionsverluste vor allem in Hessen und Rheinland-Pfalz gehen bis zu 60 %. So wird der Prozeß der Proletarisierung immer weiterer Teile der Bauernschaft vorangetrieben. Die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft hat sich seit 1960 nahezu halbiert. Gleich wie Naturkatastrophen wirken sich die Katastrophen aus, die die Zerstörung der Natur durch die Unternehmungen der imperialistischen Monopolbourgeoisie für die Landwirtschaft bedeutet. Am Kaiserstuhl wehren sich die Bauern seit über einem Jahr in erbitterten Kämpfen gegen die Errichtung eines Atomkraftwerkes, das das natürliche Klima verändern und damit die Bedingungen der Landwirtschaft zerstören wird und so die Existenz der Bauern bedroht. 50 solcher Atomkraftwerke sind in der BRD geplant. Den Bauern in Lutterlohe-Herrmannsdorf droht die Errichtung der zentralen Atommülldeponie für den radioaktiven Abfall dieser Werke. Die Auswirkungen dieser Anlage werden von den Vertretern der imperialistischen Staatsmacht verharmlost, aber die Bauern wehren sich dagegen und haben bisher erfolgreich Probebohrungen und Vermessungen verhindern können.

Der Bau eines **Bleiwerkes**, das in Marckolsheim an der elsässischen Grenze errichtet werden sollte, konnte von den Bauern verhindert werden. Vergeblich versuchte der Kapitalist im Norden einen Baugrund zu finden. Wo er ankam, fand er Widerstand vor.

Bei der Errichtung des Elbe-Seiten-Kanals wurden offensichtlich keine geologischen Untersuchungen angestellt vor der Anbohrung des Grundwassers für die Wasserfüllung des Kanals.

Vielleicht aber ist die Überraschung auch nur gespielt gegenüber den Bauern, die plötzlich ohne Wasser dasaßen, weil ein artesisches Becken angebohrt worden ist. Denn Wasser für den Kanal haben die Erbauer des Kanals auf alle Fälle genügend bekommen. Die Bauern müssen nun für ihr Geld das Wasser aus dem Kanal beziehen, die kleinen können die Kosten dafür nicht aufbringen. 40 Kilometer südlich von dieser Region ist der Damm gebrochen. Tausende von Hektar bestelltes Ackerland, Kleingartenland, Straßen und über 70 Häuser wurden zerstört. Jetzt kommen die Banken und bieten den Geschädigten „günstige Kredite". Der Landrat empfiehlt, davon Gebrauch zu machen. Die Bauern, die oft schon bis an die Grenze verschuldet sind, sollen noch tiefer in die Fangnetze des Bankkapitals geraten.

Die imperialistische Bourgeoisie in Westdeutschland hat es weit gebracht. Ihre Herrschaft und die kapitalistische Produktionsweise sind zu einer Fessel der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft geworden. Die Fähigkeiten der menschlichen Gesellschaft, die Natur zu beherrschen und sich ihr dienstbar zu machen, werden unter der Fessel der kapitalistischen Ausbeutung und des Strebens nach Maximalprofit in ihr Gegenteil verkehrt. Statt Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie und Entwicklung der Landwirtschaft durch die Kooperation mit der Industrie schafft die kapitalistische Produktionsweise einen feindlichen Gegensatz zwischen Landwirtschaft und Industrie. Das kann nur aufgehoben werden durch den Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie und die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeuterordnung.



Dürrekatastrophe, Überschwemmung, Atommülldeponie

Die Bourgeoisie ruiniert die Kleinbauern und das Land

Interview mit einem kommunistischen Bauern aus der Gegend von Uelzen

Die Hitze- und Trockenperiode in diesem Sommer führt zu großen Produktionseinbußen und Schäden in der Landwirtschaft. Was können die Bauern machen gegen solche Naturkatastrophen?

Die Bauern können Berieselungsanlagen einsetzen, diese Möglichkeit ist allerdings beschränkt durch die zersplitterte Produktionsweise. Wo also viele kleine Betriebe sind, können die sich keine Berieselungsanlage leisten bzw. nur in Gemeinschaftsnutzung.

Was kostet so eine Berieselungsanlage für einen mittleren Betrieb?

Zwischen 20 und 40 Tausend DM.

Wie sieht die Lage bei euch aus?

Wir haben, soweit man jetzt abschätzen kann, Ertragseinbußen bei Getreide von ca. 20 %, das ist hier im Gebiet der Lüneburger Heide, in Niedersachsen wird es insgesamt ähnlich aussehen.

Wobei euer Gebiet noch nicht das am schlimmsten betroffene ist.

Die Weiden sind zum allergrößten Teil vertrocknet, das Futter wird knapp. Man muß Stroh füttern, da muß man aber Kraftfutter zugeben. Das haben die Konzerne genutzt und den Preis für Kraftfutter gewaltig angehoben, der Fischmehlpreis – wichtig für die Schweinezucht – und der Sojapreis sind in die Höhe gezogen worden.

Schleswig-Holstein und Hessen sind wohl am schlimmsten betroffen. Bei Hackfrüchten läßt sich das noch nicht genau absehen, wie da die Situation sein wird, bei Kartoffeln gibt es auf jeden Fall auch Einbußen, bei Zuckerrüben, je nach- Fall auch Einbußen, bei Zuckerrüben, je nachdem wie die Bewässerungsmöglichkeiten waren, muß man sehen.

Wo bekommt ihr das Wasser her?

Wir haben einen Bewässerungsverband gegründet, und zwar im Zuge des Kanalbaus. Wir bekommen das Wasser aus dem Kanal, dem Elbe-Seitenkanal, und müssen für die Anlage eine bestimmte Menge an fixen Kosten zahlen, die Amortisation, und natürlich dann die variablen Kosten, die sich auf ca. 10 Pfennig pro Kubikmeter belaufen.

Das ist ohne Kosten für die Beregnungsanlage selbst?

Ja, das ist nur die Zuleitung zu dem Kanal. Und die Wassergebühren. Das Wasser bekommen wir deshalb aus dem Kanal, weil durch den Kanalbau das Grundwasser gesenkt wurde, und deshalb eine solche Anlage eingerichtet werden mußte. Zuerst provisorisch und nachher wurde sie dann ausgebaut.

Und hat man schon vor dem Bau gewußt, daß das Grundwasser absinken wird?

Das hat man nicht gewußt. Das liegt auch an einer Besonderheit, das ist hier ein artesisches Becken (siehe Anmerkung). Und man hat genau den tiefsten Punkt angebohrt.

Was natürlich Geologen wissen!

Wissen müssen! Das ist nicht geprüft worden, bevor der Kanal gebaut wurde.

Und wart ihr dann ein Jahr ohne Wasser, oder wie war das?

Nein, es ist also schnellstens Abhilfe geschaffen worden, gerade noch rechtzeitig, bevor die letzten Brunnen versiegten. Also das ist ruckzuck gebaut worden mit Einsatz von Baggern und so.

Aber an diesen Kanal sind jetzt nur die Bauern angeschlossen ...

... die vorher schon Bewässerungsanlagen hatten.

Und die mußten sich mit einem Eigenkapital an dem Bau der Anlage beteiligen. Zu wieviel Prozent?

Das war am Anfang sehr gering, und zwar war das praktisch nur ein Anerkennungsbeitrag, für die fixen Kosten brauchten wir nicht aufzukommen. Es ist aber inzwischen so, daß seitdem der Verband besteht, wir einen Amortisationsbeitrag bezahlen müssen, der sich auf 5 bis 10 Prozent beläuft. Pro Jahr 5 bis 10 Prozent Abzahlung.

Warum mußtet ihr anfangs fast nichts und jetzt doch bezahlen?

Weil die Anlage noch ausgeweitet worden ist, und das mußte von uns dann getragen werden, allerdings mit Zuschüssen von Bund und Land.

Wie hoch sind diese Zuschüsse?

Etwa 40 bis 60 Prozent der Anlagekosten.

Es herrschten damals teilweise Illusionen darüber, ob das Wasser wiederkommen würde oder nicht, also ob der Grundwasserspiegel wieder die alte Höhe erreicht, weshalb einige Bauern gesagt haben, also wir beteiligen uns nicht daran, das kostet uns zuviel Geld – die stehen jetzt schlecht da. Das Wasser ist zwar wieder etwas gestiegen, wird aber den alten Stand nicht erreichen. Das sind vor allem Kleinbetriebe, die gesagt haben, wir können's nicht. Die stehen jetzt ganz schlecht da, die haben Ertragseinbußen um die 60 Prozent bei Getreide zum Beispiel.

Das ist also so, daß die Bewässerung für sie durch den Kanal enorm verschlechtert ist und jetzt nochmal besonders durch die Trockenheit. Haben jetzt viele aufgeben müssen?

Das ist eine schleichende Aufgabe. Es ist so, daß die Bauern erst Zuerwerbs-, dann Nebenerwerbsbauern werden, dann im Laufe der Zeit ihr Land ganz abgeben. Bei drei Betrieben ist das jetzt eingetroffen. Das liegt aber nicht nur am Kanal, das geht ja schon lange so. Der Kanal hat das nur beschleunigt.

Es ist ja so, daß von 1949 bis heute die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe insgesamt um fast die Hälfte zurückgegangen ist, zugleich aber die landwirtschaftlich genutzte Fläche nur um 6 %. Es hat also ein Konzentrationsprozeß stattgefunden, wie hat sich das bei euch ausgewirkt?

Es ist also so gewesen, daß das hauptsächlich zugunsten der Großbauern ging, in unserem Dorf zum Beispiel ein Bauer, der hat jetzt das Dreifache der Fläche, die er zuvor hatte vor 1960.

Wieviel Hektar hat der?

Er hatte vorher knapp 50 ha und hat jetzt 170 bis 180 ha. Das ist der größte in unserem Dorf. Die mittleren Bauern haben kleine Zugewinne zu verzeichnen, hauptsächlich die Betriebe, die Lohnarbeiter beschäftigen. Im überwiegenden Teil ist das zugunsten der Großbauern gegangen, weil die die Möglichkeit hatten – das nötige Kapital, um was zuzukaufen.

Die mittleren Bauern bewirtschaften ihren Betrieb im allgemeinen familienmäßig.

Höchstens mit einer Lohnarbeitskraft. Die bearbeiten bei uns in der Gegend so zwischen 40 und 70 ha.

Man kann also sagen, daß die Betriebe unter 40 ha für eine Familie nicht mehr zum Leben reichen.

Das kann man nicht so sagen, das hängt vom Ausmaß der Veredelungswirtschaft ab. Und zwar, wenn ich unseren Betrieb zum Vergleich heranziehe, wir haben die Schweinemast erheblich ausgedehnt, weil das flächenunabhängig ist, und haben jetzt das Zweieinhalbfache von dem, was wir vor 1965 hatten bei der gleichen Fläche.

Nun ist das ja so für viele Bauern, daß die Erlöse für ihre Produkte ihnen zum Leben nicht reichen, obwohl die Lebensmittelpreise laufend steigen. Wie erklärt sich das?

Das erklärt sich eindeutig daraus, daß zwischen den Bauern, den Produzenten und den Verbrauchern der Lebensmittel der Handel, der Großhandel und die nachverarbeitende Industrie entscheidend sind, die praktisch eine Monopolstellung erworben haben, und da treten also solche Konzerne wie „Nestle" und „Unilever" und hier z.B. „Edeka" in Erscheinung und kaufen die Produkte der Bauern auf, diktieren die Preise, und da sie eine Monopolstellung haben, können sie auch wieder die Verbraucherpreise diktieren. Das führt dazu, daß in diesem Bereich hohe Profite gemacht werden. Und für die Bauern tut sich die Preiskostenschere immer weiter auf, weil die Produktionsmittel jedes Jahr teurer werden, die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte immer weiter zurückbleiben hinter den Preisen für Produktionsmittel

Wie hoch ist der Anteil der Kosten für Produktionsmittel, Maschinen, Düngemittel usw. am Gesamterlös?

Alles zusammen, das dürften ca. 90 % des Umsatzes ausmachen, daß 10 % ungefähr übrig bleiben. Es bleiben also 10 Prozent.

Ihr bekommt also 10 % vom Umsatz für eure Arbeit und davon müssen auch die Neuinvestitionen gezahlt werden. Die Industriepreise machen also erheblich aus für die Erlöse der Bauern. Ihr verkauft die Produkte also an die Vermarktungsmonopole.

Ja, auch an die Genossenschaften, aber die sind auch wie ein Monopol.

Da haben die Bauern also auch nicht das Sagen?

Das war einmal so konzipiert, es ist aber so, daß die Genossenschaften sich vollständig von den Bauern entfremdet haben, und wie ein ganz normales kapitalistisches Unternehmen funktionieren. Und zwar mit Gewinn. Dieser Gewinn wird dann entweder als Rücklage angelegt oder neu investiert, die wachsen also ziemlich stark. Außerdem sind die, die an der Spitze stehen, ziemlich gut bezahlt, was dann also noch überbleibt, wird als Rückvergütung an die Bauern ausgezahlt, so ungefähr 1 % vom Umsatz.

Gilt hier noch das Genossenschaftsprinzip: ein Genosse, eine Stimme!?

Hier ja, das kann inzwischen nach dem neuen Genossenschaftsgesetz auch anders ausgeübt werden, das ist aber fast überall von den Bauern abgelehnt worden.

Dennoch ist der Einfluß der Bauern auf die Geschäftsführung der Genossenschaften gering, die Bauern sind aber auch der Meinung, daß es gar nicht anders geht. Was ja teilweise richtig ist, weil in der kapitalistischen Produktion die Genossenschaften sich wie kapitalistische Unternehmen verhalten müssen. Für die großen Bauern bringts Gewinn, weil, wer große Posten bei der Genossenschaft kauft, kriegt Rabatt bzw. Zulagen, wenn er an die Genossenschaft verkauft, und die kleinen Bauern haben davon praktisch nichts, müssen sogar Aufschläge zahlen, wenn sie nur kleine Mengen abnehmen und somit sind die kleinen Bauern oftmals nicht gut auf die Genossenschaften zu sprechen.

Aber wenn man nicht drin ist, gehts auch nicht besser.

Dann ist man bei den anderen Monopolen.

Die bürgerliche Presse nutzt ja die Preissteigerungen für Lebensmittel aus, um die Bauern und Arbeiter zu spalten, obwohl die Arbeiter und die Bauern ja die natürlichen Verbündeten sind, weil sie die beiden produzierenden Klassen sind.

Die Bauern denken, daß die Arbeiter, das sind ja die meisten Verbraucher, ihre Verbündeten sind, und haben ja auch bei Demonstrationen und Kundgebungen großen Wert darauf gelegt, die Arbeit in den Städten aufzuklären, daß z.B. der Brotpreis von 1950 bis heute sich ungefähr vervierfacht hat, der Getreidepreis aber jetzt nur noch 80 % des damaligen Preises beträgt, was natürlich auch zurückzuführen ist auf den höheren Ertrag, die höhere Produktivität der Landwirtschaft, aber nicht nur darauf.

Wie kann die Vereinigung von Bauern und Arbeitern zustandekommen?

Die wird nur möglich sein darüber, daß die Arbeiterklasse führend darangeht. Die Bauern werden von sich aus, also aus ihrer eigenen Situation heraus, nicht zwangsläufig zur sozialen Revolution kommen, um die Produktion gesellschaftlich zu betreiben. Es wird ganz eindeutig so sein, daß die Arbeiterklasse den Weg weisen muß, daß die Befreiung der Bauern nichts anders möglich ist, daß sie im Kapitalismus nichts anderes zu erwarten haben, als im Laufe der Zeit den Untergang, nicht nur der kleinen, sondern auch der mittleren Bauern, und Übergang ins Proletariat.

Wenn die Bauern demonstrieren und Forderungen stellen, wenden sie sich gegen den bürgerlichen Staat.

Der Staat ist der Staat der Monopole, das Herrschaftsinstrument der Kapitalistenklasse. Sehen die Bauern das so?

Die kleinen Bauern auf jeden Fall. Man spricht ja bei den Bauern viel in Sprichworten, z.B.: der Esel scheißt auf den größten Haufen, oder, wir kleinen sind doch immer nur die dummen, oder, die Großen kriegen es immer reingesteckt, oder, uns will man fertigmachen ..., das tritt also laufend zutage, was man von den größeren Bauern nicht hört – verständlicherweise, weil sie selbst halt gefördert werden. Das wird also soweit klar gesehen, wie die Lage ist.

Anmerkung:
Ein artesisches Becken ist eine nach unten gewölbte wasserundurchlässige Tonschicht in der Erde. Wird das Becken unten angebohrt, schießt das Grundwsser unter Druck heraus, während der Grundwasserspiegel in der Umgebung absinkt.

In **Lutterlohe-Herrmannsburg**, wo die Bundesregierung die Errichtung der zentralen Atommülldeponie für die Bundesrepublik plant, konnten bisher die Vermessungs- und Probebohrungsarbeiten vielfach verhindert werden. Wir sprachen mit einem Bauern, der uns folgendes erklärte:

„Schauen wir uns das Bleiwerk bei Wesermünde an. Da sind die Rinder von den Abgasen aus dem Werk totgegangen. Oder in Italien, was da zur Zeit passiert. Wer will denn ausschließen, daß es hier nicht genauso kommt. 3 000 Arbeitsplätze sollen geschaffen werden, aber die Bauern hier, die finden keinen Arbeitsplatz, die sind ganz anders ausgebildet. Die werden sich die Fachkräfte mitbringen. Dann, was wird aus der Holzwirtschaft. Die herrscht hier ja vor. Und die 40 bis 50 Hektar von meinem Hof, die beackert werden, was wird daraus? Wer wird die Erzeugnisse kaufen?

Und wenn was passiert, so wie in Wesermünde, das hat sicher Nerven gekostet, bis das alles in der Reihe war. Oder wie jetzt bei Lüneburg, wo sie jetzt erst eine große Untersuchungskommission einsetzen. Der Staat bezahlt doch die Untersuchung, die durchgeführt wird! Ob das dann stimmt oder nicht, wer soll dafür den Beweis liefern.

Als der Truppenübungsplatz eingerichtet wurde bei Bergen-Hohne, da mußten die Bauern von ihrem Besitz weg. Manche haben sich anderswo einen Hof gekauft ... oder sind in die Fabrik gegangen. Es ist natürlich so, daß man nur ungern von seinem Hof geht. Ich bleibe lieber hier. Was woanders kommt, weiß man nicht. Dann ist das ja so, daß die landwirtschaftlichen Betriebe und die sonstigen Lebensformen geändert werden. Die ganze Struktur wird verändert. Daß die Landwirtschaft und der kleine Handel dadurch mehr in Gang kommen, das glaube ich nicht. Es wird wohl eher das Gegenteil herauskommen."

Die Bürgerinitiative Südheide hatte am Sonntag, dem 8.8.76, kurzfristig zu einer Informationsversammlung auf dem Gelände der geplanten Atommülldeponie aufgerufen. Über 400 Bürger aus der näheren Umgebung Hermannsburg kamen, um gegen den Bau dieser Anlage zu protestieren. In einer Resolution forderten sie den sofortigen Baustopp für Kernenergie und Atommüllaufbereitungsanlagen und offene Darlegung der Risiken durch die Regierung. Übereinstimmend erklärten die Versammelten, möglichst frühzeitig, und das heißt aktuell, gegen die Versuchsbohrungen Widerstand zu leisten.

Über 150 Bürger unterschrieben den Protest gegen den Bau der Atommülldeponie in den Listen der Bürgerinitiativen, insgesamt sind jetzt rund 7000 Unterschriften gesammelt. Eine Bäuerin erklärte sich spontan bereit, ihr Grundstück in der Nähe des Bohrplatzes zur Verfügung zu stellen, damit die Bürgerinitiative dort ganztägige Wachposten aufstellen kann.

(Ortsgruppe Achim)

Lüneburg. In Lüneburg war nach dem Dammbruch des Elbeseitenkanals bei Erbsdorf die Diskussion über die Ursachen und den Verlauf der Katastrophe Thema Nr. 1. Die Ortsgruppe des KBW in Lüneburg hat zu der Frage des Dammbruchs eine Ortsbeilage Extra herausgegeben.

Betroffene aus Erbsdorf erklärten: „Die Häuser hier waren zuerst da, der Kanal wurde hier gebaut, um die Industriealisierung voranzutreiben. Im Gegensatz zu den anderen Kanälen sind hier Sicherheitsvorkehrungen nicht genügend vorhanden. Beim Mittellandkanal sind 500 m vor jeder Unterführung und 500 m dahinter Sperrtore. Hier ist auf 40 km kein Tor. Man hat hier was Neues, Billigeres ausprobiert und wir baden es jetzt aus." Der Kanal dient nur den Interessen der Bourgeoisie, die Interessen der Volksmassen werden mit den Füßen getreten. Das haben wir erläutert und sind häufig auf Zustimmung gestoßen. „Ja, Arbeitsplätze sollten kommen – und 225 Millionen hat die Stadt investiert, auf die Arbeitslosigkeit hat das aber keine Auswirkungen gehabt. Wir müssen dafür zahlen. Sogar die Bauern müssen für das Wasser aus dem Kanal zahlen, nicht einmal denen nützt es."

Auf einer Veranstaltung haben wir den Elbeseiten-Kanal als Bauwerk des Imperialismus und den Rote-Fahne-Kanal in der Volksrepublik China als ein Werk der Arbeiterklasse im Interesse und zum Nutzen der Volksmassen gegenübergestellt. Darin war sich die Versammlung nach dem Vortrag einig, und es wurde noch lange über den Kommunismus debattiert. 20 nahmen an der Veranstaltung teil. (Ortsgruppe Lüneburg)

Druckzentrum Möhringen:

Die Betriebsleitung mußte die 12-Stunden-Schicht auf 10 Stunden reduzieren

Stuttgart. Das Druckzentrum Möhringen ist ein neu erbauter Druckereigroßbetrieb, in dem die „Stuttgarter Zeitung", die „Stuttgarter Nachrichten" und weitere kleine Zeitungen aus dem Stuttgarter Raum gedruckt werden. In der Endausbaustufe werden dort ca. 2000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt sein. Das Druckzentrum ist in viele Einzelfirmen zergliedert. Dabei handelt es sich eigentlich nur um jeweils verschiedene Abteilungen eines Betriebes. Nicht zuletzt beabsichtigen die Kapitalisten durch diese Zergliederung eine Zerstückelung der Belegschaft. Als „Begleiterscheinung" springt dabei für sie heraus, daß vom nächsten Jahr an im Druckzentrum kein freigestellter Betriebsrat mehr sein wird. Im Druckzentrum gibt es zwei Produktionsbetriebe: Die Turmhaus-Druckerei, in der die „Stuttgarter Zeitung" gedruckt wird und die „Südwestdeutsche Rollenoffset" (Südrolle). Beide sind noch im Aufbau.

In der KVZ Nr. 21, Seite 4, berichteten wir über den einheitlichen Streikkampf der Druckarbeiter. Ein großer Teil der Angestellten unterstützte diesen Kampf und verweigerte Streikbrecherarbeiten.

Über die verschärfte Ausbeutung der Druckarbeiter schreibt die Betriebszelle des KBW in der Betriebszeitung „Umbruch" Nr. 7/76 vom 26. Juli:

„Täglich 10 oder gar 12 Stunden Arbeit während der Urlaubsmonate bringen die Kollegen an den Rand ihrer körperlichen und geistigen Kräfte; die in mehreren Betrieben übliche Schichtarbeit tut ihr übriges. Durch den Einsatz modernster Maschinerie treibt die Geschäftsleitung allenthalben die Arbeitsleistung hoch

Mit 12-Stundenschicht und mörderischer Arbeitshetze wollen die Kapitalisten bei der ‚Südrolle' alle Schranken der Ausbeutung einreißen

Betrachten wir die Lage bei der ‚Südwestdeutschen Rollenoffset' (Südrolle), wo an einer neuen Vierfarbrotation die ‚Illustrierte Wochenzeitung' (IWZ) hergestellt wird. Seit einigen Wochen wird dort die IWZ wöchentlich in ihrer Gesamtauflage von knapp einer Million gedruckt und fertiggestellt; während noch vor dem Streik im April/Mai ein beträchtlicher Teil der Auflage in Fremdarbeit gefertigt wurde. Möglich gemacht wurde diese Produktionssteigerung nicht etwa durch Neueinstellungen, sondern durch die Einführung der 3-Schichtarbeit an der Rotation nach der Devise: aus zwei mach drei. Die Maschinenbesetzung der zwei ehemaligen Schichten wurde schlicht auf drei Schichten aufgeteilt.

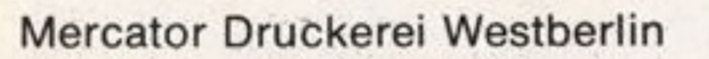
Als sich dagegen noch kaum Widerstand rührte, holte die Betriebsleitung Anfang Juli zum nächsten Schlag aus: Während der Haupturlaubszeit wird in zwei 12-Stundenschichten weiter rund um die Uhr malocht, mit 6, bestenfalls 7 Druckern und Hilfsarbeitern pro Schicht bei 20000 Exemplaren pro Stunde; Pause pro Schicht 1/2 Stunde umschichtig, das heißt ohne Produktionsstopp. Dazu ein Lärmpegel, der dem eines startenden Düsenflugzeugs in nichts nachsteht und Temperaturen um 35 Grad, während der Hitzeperiode bis über 40 Grad.

Als Folge dieser unerträglichen Steigerung der Ausbeutung stieg die Zahl der Arbeitsunfälle und stieg der Krankenstand bis zu 15 %; 6 Kollegen, das sind ca. 10 % der Belegschaft, haben innerhalb weniger Wochen gekündigt.

Man sieht, die Druckzentrums-Kapitalisten verstehen ihr Handwerk. Ja, sie haben die Schweißauspressung bis zur Kunstfertigkeit entwickelt und scheuen keinerlei Verluste in ihrer blutigen Profitschlacht; auf unserer Seite, versteht sich!

Dementsprechend ist es auch kein Zufall, daß die Schichten ständig durcheinandergewirbelt werden, oder daß der Stundenlohn von Hilfsarbeiter zu Hilfsarbeiter, von Drucker zu Drukker verschieden ist; dahinter steckt Methode und die Erfahrung vieler Ausbeutergenerationen."

Nach dem Erscheinen der Betriebszeitung gab es in der „Südrolle" heftige Debatten am Arbeitsplatz über die Arbeitsbedingungen und wie man sie ändern könne. Als der Widerstand von Arbeitern immer heftiger wurde und die Verweigerung von Überstunden debattiert wurde, zwang das die Betriebsleitung, die mörderische 12-Stundenschicht auf 10 Stunden zu reduzieren.



Mercator Druckerei Westberlin

Die Fahndungsplakate mußten wieder runter

Westberlin. Der Westberliner Senat versucht, mit Hilfe der „Terroristenfahndung" die Massen an die ständige Präsenz der Polizei zu gewöhnen und versucht, mit dieser Jagd gegen die „Terroristen" eine Gemeinsamkeit mit dem bürgerlichen Staat und seiner Unterdrückung zu schmieden. Dies gelingt ihm zusehends weniger.

Schon der geglückte Ausbruch der vier Anarchistinnen hatte in der Belegschaft die volle Sympathie, weil: „Die haben es denen gezeigt und eins ausgewischt." Dies ist der Geschäftsleitung und den bürgerlichen Lumpenjournalisten nicht entgangen, und sie rümpften die Nase vor „soviel Staatsuntreue". Prompt ließ darauf die Geschäftsleitung die „Terroristenfahndungsplakate" an den Schwarzen Brettern anbringen.

Die Belegschaft, die im Druckerstreik die Auslieferung von Zeitungen verhinderte, wurde seitdem von der Bourgeoisie der Stadt politisch angegriffen: „Politisch motivierte Kriminalität mußte verhindert werden", so Innensenator Neubauer (SPD) zur Begründung der Polizeieinsätze gegen die Streikblockaden der Drucker; „linksradikale Schlägerbanden", der CDU-Pressesprecher. Tagtäglich werden die Drucker des „Terrorismus" und „Putschismus" durch die bürgerliche Journalistenriege bezichtigt, wenn Überstunden und Mehrarbeit verweigert werden oder wenn ein Satzfehler – wie anstatt „erster Senat des Bundesverfassungsgerichts" „Entensenat" – steht usw.

Als die Fahndungsplakate ausgehängt wurden, reagierten die Druckarbeiter spontan mit dem „Wort des Tages": „Unsere neuen Mitarbeiter sind an den Schwarzen Brettern."

Bald war aber im Mittelpunkt die Frage: „Was bezwecken die denn mit diesen Plakaten hier?" „Offene Provokation gegen die Belegschaft ist dies." „Vor Wochen noch von der Staatsmacht zusammengeprügelt, und heute wollen die uns ködern, das können wir nicht zulassen." Darauf einigte man sich in der Setzerei. Einige Setzer machten sich gleich dran, neue Fahndungsunterschriften zu setzen mit „stadt- und betriebsbekannten Ausbeutern", andere wollten gleich rangehen, dies Ding abzureißen.

Einige linke Sozialdemokraten meinten, man dürfe sich nicht davon provozieren lassen, weil dies die Geschäftsleitung bezwecke, um die „Linken" dann zu isolieren. „Also dem Staat unterordnen, der hat aber hier nichts zu suchen", war die Antwort. Lange und heftig wurde über die Rolle des bürgerlichen Staates und seine Politik der Reaktion debattiert. Im Verlauf der Aktion verkauften wir 8 Broschüren von „Kommunismus und Klassenkampf, Arbeitshefte Nr. 3: Restauration und Ausbau der imperialistischen Unterdrückungsmaschinerie".

Der Betriebsrat wurde beauftragt, „sofort von der Geschäftsleitung zu verlangen, daß die Fahndungsplakate runterkommen, die Belegschaft dies als offene Provokation gegen sich ansieht, ansonsten darüber große Unruhe herrschen würde und man es sonst runterreißt".

Durch die Schärfe der Auseinandersetzung war die Geschäftsleitung überrascht, sie wich zurück, und die Fahndungsplakate wurden abgehängt. Gewertet wurde nachher die Aktion: „Das wär wohl das Letzte, wenn wir sowas im Betrieb zulassen." – (t.)



In ihrem Streik haben sich die Druckarbeiter das Recht genommen, das sie im Kampf gegen die Kapitalisten brauchen: das uneingeschränkte Streikrecht. Bild: Demonstration der Hamburger Druckarbeiter.

Die Bourgeoisie kämpft gegen die Errungenschaften des Druckerstreiks

„Unternehmer, die aussperren, greifen alle Arbeitnehmer und alle Gewerkschaften an; sie müssen künftig mit einer geschlossenen Antwort aller Gewerkschaften rechnen." Dies erklärte der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Mahlein, in einer Auswertung des Druckerstreiks, die in der Juli-Ausgabe der „Gewerkschaftlichen Monatshefte" veröffentlicht wurde. Die Druckkapitalisten und die Kapitalistenklasse haben darauf sofort reagiert. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" schreibt: „Daraus war in der Öffentlichkeit der Schluß gezogen worden, Mahlein wolle seine Genossen bei der nächsten Aussperrung zum Generalstreik animieren." Die „Öffentlichkeit" ist die Bourgeoisie. Sie ist gleich aufgeschreckt, der Streikkampf der Druckarbeiter sitzt ihr in den Knochen. Sie setzt den Kampf um die öffentliche Meinung fort, um wenigstens im Nachhinein die Aussperrung zu rechtfertigen und eine Verurteilung des Streiks zu erreichen. Während des Streiks ist ihr beides nicht gelungen. Zugleich bereitet sie sich auf kommende Klassenauseinandersetzungen vor. Die Bourgeoisie fürchtet den Streik als Waffe der Arbeiter im Kampf gegen die Kapitalisten. Von den Sozialdemokraten will sie die Zusicherung, daß solche Kämpfe wie der Druckarbeiterstreik nicht wieder vorkommen, und daß sie freie Hand im Kampf gegen die Arbeiter hat und ohne Risiko die Aussperrung durchführen kann.

Mahlein hat sofort dementiert, er

Mahlein hat sofort dementiert, er habe nie an Generalstreik gedacht. Die Aussperrung der Druckkapitalisten während des Druckerstreiks hat er nicht mehr angegriffen, den Streik der Druckarbeiter nicht verteidigt.

Von einer „geschlossenen Antwort aller Gewerkschaften" war nicht mehr die Rede. Er habe bloß an Solidaritätskampagnen und Sympathiestreiks gedacht. Während des Druckerstreiks hat er auch dafür nichts getan.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" ist mit diesem Dementi zufrieden: „Das klingt glaubhaft." Gleich macht sie weiter: Die Sozialdemokraten im DGB seien mit der IG Druck wegen des Streiks unzufrieden. Sie will damit nicht nur, daß die sozialdemokratische DGB-Führung dazu gebracht wird, die Gewerkschaft IG Druck und Papier unter scharfe Aufsicht zu stellen – der gewerkschaftliche Kampf soll unterbunden werden.

Die Druckarbeiter hatten sich in der Urabstimmung auf Streik für ihre Forderung von 9 Prozent, mindestens 140 Mark geeinigt, im Streik ihre Selbständigkeit und Initiative im Klassenkampf gegen die Kapitalisten bewiesen. Die Druckkapitalisten wollten die Streikbewegung zerschlagen und zerbrechen. Hinter ihnen standen die Kapitalistenverbände. Die Kapitalisten haben die Aussperrung eingesetzt, das Fernsehen, die Polizei. Es hat ihnen nichts genutzt. Die Spaltungsversuche der Bourgeoisie haben kaum gefruchtet. Die Solidarität der Arbeiterklasse mit dem Streik der Druckarbeiter war stark, die Volksmassen haben den Streik unterstützt. Die Druckkapitalisten haben die Polizei eingesetzt, die Arbeiter haben gegen die Polizei gekämpft. Die Druckkapitalisten haben Hetzartikel aufsetzen lassen, es gab weiße Flecken.

Jetzt fordern die Kapitalisten eine weitere Einschränkung des Streikrechts. In einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat die Bourgeoisie festgestellt: „Arbeitskämpfe sind im allgemeinen unerwünscht, da sie volkswirtschaftliche Schäden mit sich bringen und den im Interesse der Gesamtheit liegenden sozialen Frieden beeinträchtigen, aber sie sind in bestimmten Grenzen erlaubt." Diese Grenzen sollen noch enger gezogen werden. Nach dem Willen der Bourgeoisie soll die politische Unterdrükkung der Arbeiterklasse verschärft werden.

Sie weiß warum. Nach dem Polizeieinsatz gegen die Arbeiter der Mercatordruckerei in Westberlin hängten die

tordruckerei in Westberlin hängten die

Arbeiter ein Transparent am Tor auf: „Den Unternehmern hilft das Geld und der Staat, die Arbeiter helfen sich selbst." Jetzt haben die Mercatorkapitalisten das Anarchistenfahndungsplakat der bürgerlichen Staatsmacht im Betrieb aufgehängt. Die Arbeiter haben dafür gesorgt, daß sie es wieder abgehängt haben. Die Druckkapitalisten verschärfen die Auspressung, die Arbeiter widersetzen sich. Der Streik hat die Einigkeit der Arbeiter im Kampf gegen die Kapitalisten vorangebracht, gegen alle Spaltungs- und Zersetzungsversuche haben sie die Einheit und Solidarität der Gewerkschaft hergestellt. Diese Errungenschaften fürchtet die Bourgeoisie. Zu Recht. Für die Arbeiter wie für die Bourgeoisie ist der Druckerstreik schiere Gegenwart; „Jeder Streik erinnert die Kapitalisten daran, daß die wahren Herren nicht sie sind, sondern die Arbeiter, die ihre Rechte immer lauter und lauter anmelden." (Lenin, Über Streiks)

Meldungen

Den Befreiungskampf in Zimbabwe unterstützt – Arbeiter der Rhein-Plastic-Rohr sammelten 60 DM

Mannheim. In der Abteilung Rohrzieherei der Rhein-Plastic-Rohr GmbH in Neckarau haben die Kollegen in der Nachtschicht vorige Woche 60 DM zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe gesammelt. Von den 15 Arbeitern der Nachtschicht haben 10 sich an der Sammlung für die vier Lastwagen für die ZANU beteiligt. – (aus: Mannheimer Arbeiter-Zeitung, 31/76)

Chemiegewerkschaftstag 19. bis 25. September: 35 Stundenwoche gefordert und: ersatzlose Streichung des § 218!

Eine Änderung der Arbeitszeitordnung fordern 8 Anträge an den Gewerkschaftstag der IG Chemie, der vom 19. bis 25. September in Hamburg stattfindet. Die Regelarbeitszeit von bisher 48 Stunden soll auf 40 Stunden beschränkt werden. Zugleich wird verlangt, daß die nach der Arbeitszeitordnung höchstmögliche Mehrarbeitszeit reduziert wird. Das Gesetz von 1938 sieht z.B. vor, daß die Arbeiter an dreißig Tagen zu einer täglichen Arbeitszeit von zehn Stunden gezwungen werden können. Die Bezirksdelegiertenkonferenz Hessen und die Verwaltungsstelle Wolfenbüttel fordern: 7 Stundentag und 35 Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich (Anträge 226, 227). In neun Anträgen wird die Herabsetzung des Rentenalters, im Antrag 156 der Verwaltungsstelle Saarbrücken die Herabsetzung der Altersgrenze auf 55 Jahre für Frauen und für Männer auf 60 Jahre verlangt. In weiteren Anträgen wird die ersatzlose Streichung des § 218 gefordert.

128 400 mal das Arbeitslosengeld gesperrt

In der Zeit von Januar bis Juni 1976 sperrten die Arbeitsämter Arbeitslosen 128 400 mal das Arbeitslosengeld für vier Wochen, um die Arbeiter und Angestellten unter Druck zu setzen, Arbeitsplätze mit niedrigerem Lohn und zu schlechteren Arbeitsbedingungen als an der früheren Arbeitsstelle anzunehmen. 21 000 Sperrfristen wurden mehr verhängt als im gleichen Zeitraum 1975.

Das Schlichtungsergebnis für den Manteltarif Holz und Kunststoff Norddeutschland wird abgelehnt!

Bei den Manteltarifverhandlungen für die Holz- und Kunststoffverarbeitende Industrie und für das Tischlerhandwerk für Norddeutschland hat der Schlichter einen Vorschlag gemacht. Er sieht vor, daß 1976 die Urlaubsdauer unverändert bleibt, 1977 um einen Tag verlängert und ab 1978 durch Einführung einer weiteren Altersstaffel von 18 bis 25 weiter aufgeteilt wird. Vor allem der letzte Vorschlag

stößt auf breite Ablehnung. Bis 1980 soll

stößt auf breite Ablehnung. Bis 1980 soll die Staffelung nach der Betriebszugehörigkeit bestehen bleiben, deren Abschaffung gefordert wurde. Das Urlaubsgeld soll 1976/77 40 Prozent, 1978/79 45 Prozent und ab 1980 50 Prozent betragen. Die Forderung steht auf 50 Prozent sofort. Zahlung der Samstagsarbeit: Ab der 5. Stunde 50 % Zuschlag. Gefordert werden 50 Prozent für den ganzen Samstag. Die Kleine Tarifkommission hat dem Schlichtungsvertrag zugestimmt. Am Samstag tagt die Große Tarifkommission. Erklärungsfrist ist der 10.9., dann läuft die Friedenspflicht ab. 1974 war in einer ähnlichen Lage gestreikt worden. In der Firma Sanitätstechnik in Oldenburg hat der Vertrauenskörper das Schlichtungsergebnis sofort und einstimmig abgelehnt.

Tabaksteuer wird um 18 Prozent erhöht

Ab 1. Januar 1977 soll die Tabaksteuer um 18 Prozent erhöht werden. Die Automatenpackungen werden drei Mark kosten und 21 oder 22 Stück enthalten. Für die 20-er-Packung muß statt 2,30 DM dann 2,70 DM bezahlt werden. Der Staat will die Massen damit um insgesamt 1 Milliarde plündern.

Merck Darmstadt: Vertrauenskörperleitung

DGB-Veranstaltung zum KPD-Verbot gefordert

Darmstadt. Auf der letzten Sitzung der Vertrauenskörperleitung Merck der IG Chemie wurde über das KPD-Verbot aufgrund eines Antrags diskutiert. KPD-Verbot, Notstandsgesetze, Ausbau des Bundesgrenzschutzes, die Paragrafen 130 a und 88 a richten sich gegen den revolutionären Zusammenschluß der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung.

Die Tatsache, daß der Arbeiter im Kapitalismus seine Arbeitskraft verkaufen muß, um leben zu können, der Kapitalist die Arbeitskraft kauft, um Mehrarbeit aus ihr auszusaugen, darf laut KPD-Verbotsurteil nicht als Ausbeutung bezeichnet werden.

Auf der letzten Sitzung der Vertrauenskörperleitung wurde berichtet, daß einer Angestellten von der Geschäftsleitung eine Ermahnung ausgesprochen worden war, weil sie in einem Fernsehfilm, der über den Rausschmiß von Lehrlingen nach der Ausbildung berichtete, die Arbeitshetze in ihrem Arbeitsbereich geschildert hatte. Ihr wurde eine Ermahnung wegen „Verunglimpfung der Firma in der Öffentlichkeit" ausgesprochen.

Die Diskussion auf der Sitzung der Vertrauensleutekörperleitung ergab, daß in der Gewerkschaft verstärkt diese politischen Fragen diskutiert werden müßten. Es wurde festgelegt, daß auf der nächsten Vertrauensleuteversammlung über den Antrag beraten werden soll und daß der DGB eine Veranstaltung zu diesem Themenkomplex durchführen soll.

Gegen den Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates durch die Paragrafen 130 a und 88 a hatten die Vertrauensleute der Firma Merck zur Delegiertenversammlung schon folgenden Beschluß verabschiedet:

„Bundestag und Bundesregierung haben Gesetzesänderungen beschlossen, durch die das Demonstrationsrecht, die Meinungsfreiheit sowie die Pressefreiheit weiter eingeschränkt werden. Unter dem Begriff ‚Gesetze zum Schutze des Gemeinschaftsfriedens' können künftig ... die Berichterstattung über Werksbesetzungen wie bei Erwitte, Streikpostenstehen (Merck) usw. mit Gefängnisstrafen bis zu drei Jahren geahndet werden. Der Hauptvorstand wird aufgefordert, Maßnahmen einzuleiten (Presse, Kundgebung) mit dem Ziel, die 14. Strafrechtsänderungsverordnung rückgängig zu machen."

John Deere: Lohnerhöhung mußte zugestanden werden

Keine Pfennig-Spalterei! 50 Pf mehr für alle!

Mannheim. Auf Druck der Belegschaft von John Deere mußten die Kapitalisten jetzt eine Lohnerhöhung zugestehen. In der letzten Woche bot die Geschäftsleitung eine Erhöhung von 4,3 % an, für die Akkordlöhner 1 %. Dieses Spaltungsmanöver trifft auf den Widerstand der Arbeiter. Gefordert werden jetzt 50 Pfennig mehr für alle.

Im April dieses Jahres stellten die Vertrauensleute von John Deere die Forderung nach innerbetrieblicher Lohnerhöhung auf. In verschiedenen Abteilungen hat sich die Auseinandersetzung um diese Forderung zugespitzt. So haben die Staplerfahrer von John Deere mehr Lohn gefordert. In der Gießerei wurde der Kampf gegen die schlechten Akkordvorgabezeiten aufgenommen. Im Bau 20, bei den Pakkern, wurde die Forderung nach mehr Lohn erhoben, weil sie durch den geringen Lohn zu Überstunden gezwungen wurden. Ebenfalls wurde in der Härterei der Kampf gegen die schlechten Arbeitsbedingungen, gegen die schlechten Akkordvorgabezeiten und gegen geringen Lohn aufgenommen.

Zwar war die Einheit der ganzen Belegschaft von John Deere noch nicht hergestellt, aber die Forderung nach innerbetrieblicher Lohnerhöhung wurde in den letzten Wochen immer mehr diskutiert. Die Geschäftsleitung war gezwungen zu reagieren. Und sie hat reagiert mit einem schäbigen Spaltungsmanöver.

8 Pfennig bis maximal 12 Pfennig pro Stunde auf den Akkordrichtsatz, brutto im Monat also 20 DM, das sind netto nicht mal 10 DM Lohnerhöhung. Für die Zeitlöhner gibt es 4,3 %, das sind für die unteren Lohngruppen im Schnitt 35 Pfennig die Stunde, für die höchste Lohngruppe 50 Pfennig. Die unteren Lohngruppen kommen also gerade auf 60 bis 70 DM brutto, unter dem Strich bleiben davon kaum 3 Zehnmarkscheine.

Warum für die Akkordarbeiter fast nichts, und warum für die Zeitlöhner diese paar Pfennige mehr? Die John Deere Kapitalisten wollen damit die Zeitlöhner gegen die Akkordarbeiter ausspielen. Sie meinen, daß sie mit den paar Pfennigen mehr die Zeitlöhner beruhigen können, so daß die Akkordarbeiter alleinstehen, wenn sie mehr Lohn fordern. Die Zeitlöhner selbst wollen sie damit gleich nochmal spalten:

Die unteren Lohngruppen, die die Lohnerhöhung am dringendsten brauchen, kriegen durch die prozentuale Erhöhung am wenigsten. Aber selbst für die oberen Lohngruppen ist der Nettobetrag so niedrig, daß nicht mal die Lohnsenkung der letzten Tarifrunde ausgeglichen wird. Einen gegen den anderen ausspielen, das ist der ganze Zweck des Manövers der John Deere Kapitalisten. So meinen sie, daß sie möglichst billig die Forderung nach innerbetrieblicher Lohnerhöhung wieder vom Tisch bringen. „Das, was die jetzt zahlen wollen, das haben die in den letzten Monaten schon dreimal aus uns herausgeholt, mit der Akkordverschärfung und Antreiberei", meinte ein Arbeiter. Tatsächlich wird es noch sehr viel mehr sein.

Wie schreibt doch der Herr „Generalmanager K.E.F. Brunner" so schön am Schluß des Aushangs zur innerbetrieblichen Lohnerhöhung: „Wir hoffen, daß diese Mitteilung eine gute Resonanz in unserer Belegschaft findet." Resonanz hat das Pfennig-Manöver gleich gefunden, als es bekannt geworden ist, heftige sogar. Nur war es nicht das ersehnte Dankesgebet der John Deere Arbeiter über die „Mildtätigkeit des Herrn".

Die Rede war vielmehr von „Spaltungsmanövern", „Lumpen" und davon, daß man sich mit so etwas nicht abspeisen lassen darf. Mit der Lohnerhöhung, die die Vertrauensleute Ende April gefordert haben, hat dieses Pfennig-Manöver nichts zu tun.

In verschiedenen Abteilungen ist diskutiert worden, was gefordert werden muß. Eine Reihe Kollegen haben gesagt: „Die 50 Pfennig, die sie für die Lohngruppe 11 zahlen, die also praktisch niemand kriegt, außer vielleicht 10 oder 20, die müssen für alle bezahlt werden, als Mindestes. Jedenfalls mit der Pfennig-Spalterei kann man sich nicht abfinden. Jetzt haben wir sie soweit, daß sie zahlen, da müssen wir durchsetzen, daß sie was Richtiges zahlen."

Die John Deere Zelle hat diese richtige Forderung nach mindestens 50 Pfennig für alle aufgenommen und in der Betriebszeitung des KBW propagiert. Denn, daß diese durchgesetzt werden müssen und auch können, darüber besteht breite Einigkeit in der Belegschaft. Der Auftrag für den Betriebsrat ist deshalb eindeutig: Das Pfennig-Spaltungsmanöver darf nicht akzeptiert werden! 50 Pfennig für alle müssen mindestens rauskommen! – (f.)

Fast alle Arbeiter unterschrieben:

Für die Anerkennung der Tarifverträge

Gaggenau (Rastatt). In der KVZ Nr. 29, Seite 6, wurde berichtet unter dem Titel „Ein großer Teil der Belegschaft trat in die Gewerkschaft ein", wie die Belegschaft des Kunststoffwerkes Bergmann in Rotenfels/Gaggenau den Kampf aufgenommen hat gegen die schlechten Arbeitsbedingungen und für die Anerkennung der Tarifverträge durch den Kapitalisten, Graf Max von Baden. Inzwischen sind weit mehr als zwei Drittel der Arbeiter in der Gewerkschaft organisiert. Zwei Gewerkschaftsversammlungen haben stattgefunden. Die erste Ende Juni, auf der festgelegt wurde, daß am 29. August die erste Betriebsversammlung stattfindet, auf der ein Wahlvorstand für die Betriebsratswahl gewählt wird.

Die zweite Gewerkschaftsversammlung hat am 25. Juli stattgefunden. Außerdem haben die Arbeiter im Betrieb eine Unterschriftensammlung durchgeführt für die Forderungen:

„1. Sofortige Anerkennung sämtlicher Tarifverträge durch die Bergmann-Geschäftsleitung!

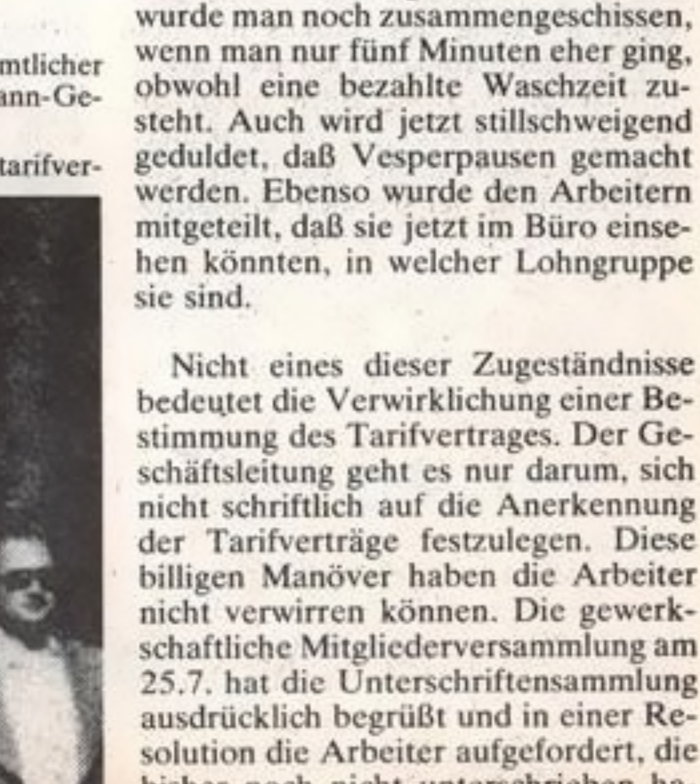
2. Bei Verwirklichung des Lohntarifvertrages darf sich kein Kollege schlechter stellen als bisher.

3. Verwirklichung des Manteltarifvertrages bis spätestens zum 31.12.76!

4. Die Geschäftsleitung muß der Belegschaft bis spätestens 20.8. schriftlich offenlegen, wie sie den Manteltarifvertrag zu verwirklichen gedenkt!

5. Der zu wählende Betriebsrat kontrolliert die Verwirklichung dieser Forderungen und erstattet der Belegschaft monatlich Bericht."

Diese Forderungen haben die Arbeiter in alle fünf Sprachen übersetzt, die im Betrieb gesprochen werden. Diese Forderungen sind von einem großen Teil der Arbeiter unterschrieben worden.



Die Geschäftsleitung hat zunächst mit kleinen Zugeständnissen versucht, die Fronten zu vernebeln. Die Mischer dürfen auf einmal eine halbe Stunde eher zur Dusche gehen, vor kurzem wurde man noch zusammengeschissen, wenn man nur fünf Minuten eher ging, obwohl eine bezahlte Waschzeit zusteht. Auch wird jetzt stillschweigend geduldet, daß Vesperpausen gemacht werden. Ebenso wurde den Arbeitern mitgeteilt, daß sie jetzt im Büro einsehen könnten, in welcher Lohngruppe sie sind.

Nicht eines dieser Zugeständnisse bedeutet die Verwirklichung einer Bestimmung des Tarifvertrages. Der Geschäftsleitung geht es nur darum, sich nicht schriftlich auf die Anerkennung der Tarifverträge festzulegen. Diese billigen Manöver haben die Arbeiter nicht verwirren können. Die gewerkschaftliche Mitgliederversammlung am 25.7. hat die Unterschriftensammlung ausdrücklich begrüßt und in einer Resolution die Arbeiter aufgefordert, die bisher noch nicht unterschrieben haben, diese Forderungen ebenfalls durch ihre Unterschrift zu unterstützen. Das Protokoll der Gewerkschaftsversammlung wurde an das Schwarze Brett gehängt. Als die Geschäftsleitung offen die Arbeiter angriff und das Protokoll abhängte, haben auch die restlichen Arbeiter gesagt: Nun erst recht. Damit haben fast alle Arbeiter unterschrieben. – (Aus: Ortsbeilage Gaggenau 30/76)



Hamburg. Gegen die Vernichtung von 312 Arbeitsplätzen demonstrierten am Mittwoch letzter Woche die Arbeiter des MAN-Zweigwerkes Hamburg in der Innenstadt. Sie protestierten gegen die Stillegung der Kesselbauabteilung.

Stahltarifrunde Gespräch mit einem Arbeiter der Hoesch-Westfalenhütte Dortmund

„Die Forderung nach innerbetrieblicher Lohnerhöhung ist richtig!"

Dortmund. Der Betriebsrat von Hoesch hat festgestellt, daß der Reallohn der Stahlarbeiter seit der letzten Tariferhöhung um 200 DM abgebaut worden ist. Ein Mitglied der Ortsgruppe des KBW führte ein Gespräch mit einem Arbeiter von Hoesch-Westfalenhütte Dortmund, er arbeitet in der Verladung und ist 22 Jahre alt.

Wie hat sich die letzte Tariferhöhung auf deinen Lohn ausgewirkt?

Gar nicht. Es ist da eine Lohnkommission bei Hoesch gebildet worden, da sollte es um eine Punkteanhebung gehen. Das Ergebnis war auf jeden Fall, daß ich noch nicht einmal auf dem Papier einen Pfennig mehr verdient habe als vor der Tariferhöhung.

Ihr wohnt hier mit neun Personen. Eltern und sieben Kindern. Wie groß ist euer Einkommen, wer arbeitet?

Der Vater verdient 1800 DM. Ich selber bei Morgen- und Spätschicht während der Woche netto 1000 bis 1100. Eine Schwester und ein Bruder sind in der Lehre und können nichts abgeben. Ich gebe 350 DM ab.

Ihr wohnt hier bei der Neuen Heimat in fünfeinhalb Zimmern. Was zahlt ihr an Miete?

Von 1969 bis 1974 ist die Miete ja bereits für solche Wohnungen von 352 auf 524 DM ohne Zusatzkosten gestiegen. Das liegt jetzt bei 550 bis 600 DM. Was mit der Größe ist, seht ihr selbst: Neubauwohnung. Ich habe hier in meinem Zimmer gerade 12 qm. Die Kleinen müssen in Doppelstockbetten schlafen. Wohngeld gibt es nicht, weil die beim Wohnungsamt vom Bruttofamilieneinkommen ausgehen und da liegen wir schon über dem Satz. Aber man muß sich ansehen, was wir tatsächlich in der Tasche haben und wieviel Leute ernährt werden müssen.

Was ist mit den Jüngsten, sind die im Kindergarten?

Hier in der Siedlung mit rund 20000 Bewohnern bei 37 % Kindern und Jugendlichen unter fünfzehn gibt es nur 300 Kindergartenplätze. Wir haben da Glück gehabt, zwei sind im Kindergarten. Das kostet allerdings jeweils 50 DM.

Kannst du dir dieses Jahr Urlaub leisten?

Ja, aber dafür habe ich wirklich das ganze Jahr Geld zurücklegen müssen, damit es überhaupt geht.

Viele Möglichkeiten zur Freizeit lassen dir die Hoesch-Kapitalisten doch sowieso nicht. Du hast teilweise von 14 Uhr bis 3 Uhr nachts gearbeitet?

Ja, da habe ich mal 12 Stundenschicht machen müssen. 2800 DM brutto habe ich dabei im Monat rausbekommen. Übriggeblieben sind nach den Abzügen 1400 DM. Für 300 DM jeden Tag 4 Stunden zusätzlich gearbeitet. Und jetzt will Hoesch regelmäßig auch Nachtschicht im Versand einführen, weil gerade ein paar große Anträge anliegen. Ich bin natürlich dagegen, wie die meisten Kollegen, aber wer den Mund allein aufmacht, der wird gleich beim Meister vorgemerkt. Deshalb ist es richtig, wenn sich die Arbeiter zusammenschließen, wenn der Betriebsrat jetzt sagt, wir brauchen eine innerbetriebliche Lohnerhöhung.

Dortmund. Am Samstag letzter Woche hat die Stadtteilzelle Scharnhorst der Ortsgruppe Dortmund ein Agitationszentrum durchgeführt. Wir haben auf einer Wandzeitung über die Lage der Stahlindustrie informiert und aufgezeigt, daß die Stahlkapitalisten verstärkt Mehrarbeit aus den Stahlarbeitern herauspressen. Wir haben nachgewiesen, daß die Stahlkapitalisten den Reallohn abgebaut haben, und die Forderung der Hoesch-Arbeiter nach innerbetrieblicher Lohnerhöhung propagiert.

Ein älterer Arbeiter, der vorbeikam, meinte, das sei doch alles Stuß, wer arbeiten wolle, der könne auch gut verdienen und komme zurecht. Er hielt einen jüngeren Arbeiter an und sagte: „Der hier z.B., der ist alleinstehend und verdient 1800 DM." Der Arbeiter wies das empört zurück und bestätigte, daß wir völlig recht hätten. Er würde bei Wechselschicht bei Hoesch gerade 1300 DM herausbekommen als Schlosser. Er sagte, daß er das sowieso nur durchhalten könne, weil er noch jung sei und die Kapitalisten versuchen, noch mehr Leistung aus den Arbeitern herauszuholen. Er habe im letzten Jahr gespürt, daß er für sein Geld immer weniger bekommt. Er sei froh, daß er noch zu Hause wohne, da könne man zusammenwerfen. Das sei auch nötig. Die Miete der Sozialwohnung sei im Laufe des letzten Jahres von 351 auf 416 DM gestiegen. Er erklärte, daß es notwendig ist, Lohnforderungen aufzustellen und dafür zu kämpfen. Er fand unsere Wandzeitung richtig und hat für die Direktkandidatur des KBW unterschrieben.

Lohnabbau in der Stahlindustrie

Peine. Wir drucken hier die Bruttomonatslöhne ab, die ein Arbeiter im Werk Peine von P&S seit März 1975 monatlich ausgezahlt bekam. Die Schwankungen ergeben sich aus unterschiedlicher Lage der Schicht und dadurch unterschiedlicher Höhe der Schichtzulagen, sowie daraus, daß der Arbeiter Reservemann ist. Das heißt, er arbeitet auf verschiedenen unterschiedlich bewerteten Arbeitsplätzen. Deutlich wird zweierlei:

Erstens: Die letzten Lohnerhöhungen bedeuteten Lohnabbau. Die Nachzahlung der Lohnerhöhung für November 1975, die im Dezember gezahlt wurde, weil erst Ende November der Tarifvertrag abgeschlossen wurde, die Erhöhung aber ab 1. November galt, betrug gerade brutto 71 DM, netto etwa 40 DM.

Zweitens: Heute verdient ein Arbeiter auch nicht mehr als während der Kurzarbeit von Mai 1975 bis März 1976, wie sich in den Lohnabrechnungen vom Juni 1975 bis April 1976 niederschlug. (Während der Kurzarbeitszeit wurde die Schichtzulage für die Kurzarbeitsschichten aufgrund einer Betriebsvereinbarung weiter gezahlt; angegebene Beträge sind jeweils Bruttobeträge).

1975	DM	Std.
März	1348	174
April	1278	164
Mai	1486	178,5
Juni	1542	174
(Davon 300 DM Vorauszahlung auf die Jahresabschlußvergütung)		
Juli	1488	174
(Enthält 44 DM Urlaubsgeld)		
August	1432	174
September	1453	174
Oktober	1555	174
(Enthält 314 DM Urlaubsgeld)		
November	2558	174
(Enthält 1404 DM Jahresabschlußvergütung, 404 DM Urlaubsgeld)		
Dezember	1656	176,5
(Enthält Steuerjahresausgleich 95 DM, Kontoführungsgebühren 24 DM, 71 DM Nachzahlung für die Lohnerhöhung		
1976		
Januar	1437	173
(Enthält 143 DM Urlaubsgeld)		
Februar	1471	174
(143 DM Urlaubsgeld)		
März	1454	174
April	1479	176,25
(46 DM Urlaubsgeld)		
Mai	1357	174
Juni	1357	174,1

Kündigungstermine der Stahltarifverträge

Nordrhein-Westfalen, Klöckner AG Hütte Bremen, Georgsmarienhütte und Werk Osnabrück; Werke Dillenburg und Niederschelden der Stahlwerke Südwestfalen:

Lohn- und Gehaltstarife zum 31. Oktober kündbar

Vertrag über stahltypische Zuschläge wäre erstmals zum 31. Januar 76 kündbar gewesen. Er wurde nicht gekündigt. Der Vertrag über stahltypische Zuschläge, Schichtzuschläge, kann gemeinsam mit dem Lohn- und Gehaltstarif zum 31. Oktober gekündigt werden. Bei den Lohntarifverhandlungen im letzten Jahr war vereinbart worden, Verhandlungen über diese Zuschläge bis spätestens 1. August 1976 aufzunehmen. Die Verhandlungen fanden am 16. Juli statt und wurden auf den 16. September vertagt. Am 16. Juli wurde ebenfalls verhandelt über den

Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen, zum 30. Juni 1976 ausgelaufen. Er gilt für die gesamte Metallindustrie.

Abkommen über Vergütung für Auszubildende, zum 31. Oktober kündbar.

Bestimmungen über Urlaubsdauer, erstmals zum 31.12.1976 kündbar mit 3 Monaten Kündigungsfrist.

Klöckner Osnabrück und Georgsmarienhütte

Lohntarifvertrag, kündbar zum 31. Oktober 1976

Stahlwerke Peine-Salzgitter

Lohn- und Gehaltstarifverträge, zum 31. Oktober mit Monatsfrist kündbar.

Saarland

Lohn- und Gehaltstarifvertrag, kündbar zum 15. November 1976

§ 218 Westberlin: Die Beratungsstellen dienen der Bespitzelung und der Strafverfolgung

Sozialarbeiter fordern dazu auf, die Registrierung zu verweigern

Westberlin. Nach Inkrafttreten des § 218 hat der Westberliner Senat beschlossen, neben den sogenannten freien Beratungsstellen, wie die der Kirchen, der Arbeiterwohlfahrt, Pro Familia, auch an allen Bezirksämtern der Stadt Beratungsstellen einzurichten und diese Beratung von den Sozialarbeitern der Familien-, Jugend- und Gesundheitsfürsorge durchführen zu lassen. Dieses Vorhaben der Bourgeoisie löste unter den Sozialarbeitern große Unruhe und breiten Protest aus. Die Sozialarbeiter haben als Teil des Volkes mitgekämpft und sich eingesetzt für die Streichung des § 218. Ihre gewerkschaftlichen Körperschaften haben sehr früh schon die ersatzlose Streichung gefordert, so daß sie auch auf Bezirksebene aufgestellt werden mußte und vom Bezirksvorstand auch nach der Neufassung des Paragrafen nicht fallengelassen werden konnte. Am 1. Mai 1976 wurde sie im Demonstrationszug der Gewerkschafter getragen.

Die Sozialarbeiter bekommen nun von der Bourgeoisie die Aufgabe, die Unterdrückung des Volkes mit dem § 218 durchzuführen. Den Sozialarbeitern ist von der Bourgeoisie zugedacht, die Not und das Elend der Volksmassen zu verwalten. Sie sehen die Verschlechterung der sozialen Verhältnisse, in ihren Sprechzimmern häufen sich die Anträge auf Wohnungsgeldzuschuß, Kleidergeld, Heizungsgeld und Buttermarken. Die Zahl derjenigen, die insgesamt von der Sozialhilfe abhängig werden, geht in die Höhe.

Nun sollen sie per Dienstanweisung gezwungen werden, der Not des Volkes, die in verstärktem Maße auch unweigerlich verstärkt den Zwang zur Abtreibung hervortreibt, mit dem Zwang zur Austragung der Schwangerschaft zu begegnen und über die namentliche Registrierung dem Staatsapparat die Strafverfolgungsmöglichkeiten in die Hände zu spielen. Unruhe und Protest im Staatsapparat selbst, das ist für die herrschende Klasse eine außerordentliche Gefahr. Denn verbindet sich der Protest der Sozialarbeiter mit dem Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes gegen den § 218, so bedeutet dies einen Schritt nach vorn im Kampf gegen die Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat. Davor hat die Bourgeoisie zu Recht Angst.

Sofort hat sie sich darangemacht, allerhand zu erfinden, womit sie die Kampffront der Sozialarbeiter zu spalten versucht. Der Widerstand der Sozialarbeiter richtete sich vor allem gegen die Registrierung und Beratung über sogenannte „soziale Hilfen", die sie den schwangeren Frauen anbieten sollen, um sie weiter dem Kuratel des Staates zu unterwerfen. In einigen Bezirksämtern fingen die Amtsleitungen nun auf einmal an zu säuseln, daß die Sozialarbeiter selbstverständlich gar keine namentliche Registrierung durchzuführen brauchten. Es bestünde gar kein Interesse an der namentlichen Registrierung. Strichlisten über die Zahl der Beratungen genügten vollständig. Gleichzeitig hat Frau Dr. Mattheis vom Senat für Gesundheit und Umweltschutz eine Richtlinie herausgegeben: „Ist eine Schwangere keinem Sozialarbeiter bekannt, wird sie zur sozialen Beratung an die Beratungsstelle für werdende Mütter verwiesen."

Also diejenigen, die die Bourgeoisie sowieso schon am Wickel und aktenamtlich quasi schon verhaftet hat, die können per Strichliste registriert werden, die anderen sollen zu anderen staatlichen Stellen, wo dann neue Akten angelegt werden sollen. Dieses Vorgehen der Bourgeoisie hat zunächst Unsicherheit in den Reihen der Sozialarbeiter hervorgerufen. Die Bourgeoisie hat diese Unsicherheit sofort vermerkt und prompt erfolgte eine neue Dienstanweisung, die Registrierung müßte jetzt doch vorgenommen werden. Aber die „Beratung" müßte jetzt insgesamt nur noch von solchen Sozialarbeitern gemacht werden, die das „freiwillig" tun wollten. Der Spaltungsversuch der Bourgeoisie wurde jedoch sofort durchschaut und stärkte erneut die Kampffront. Die Sozialarbeiter erkannten zusehends, daß der Staatsapparat mit Lug, Betrug und scheinbaren Zugeständnissen die Durchsetzung des § 218 erzwingen will.

In einigen Bezirksämtern machte sich die spontane Empörung der Sozialarbeiter vor allem daran fest, dem Volk, das unter kapitalistischen Verhältnissen das Recht auf Abtreibung notwendig braucht, den staatlichen Hilfskatalog entgegensetzen zu müssen, und die Austragung der Schwangerschaft zu drängen. In diesen Bezirksämtern entwickelte der Senat folgende Manöver: Im Bezirksamt Zehlendorf, wo sich die Sozialarbeiter zu einer Dienstbesprechung zum weiteren Vorgehen im Kampf zusammengesetzt hatten, schaltete sich die Stadträtin Frau Hess ein mit der Beschwörung, daß sie für dieses Gesetz gekämpft hätte und daß das Gesetz doch jetzt bloß nicht an den Ausführungsverweigerungen der Sozialarbeiter scheitern dürfe, eröffnete sie den Sozialarbeitern, daß sie selbst ja auch diesen sozialen Hilfskatalog eigentlich für verlogen hielte und die Sozialarbeiter von ihr aus den Frauen in der Beratung sagen könnten, daß diese Hilfen eigentlich nichts wert seien. Aber: sie sollten doch um Gottes Willen das Gesetz seiner Ausführung zukommen lassen.

Westberliner Sozialarbeiter in der ÖTV fordern: Volksentscheid gegen § 218!

Man sieht, die Bourgeoisie ist aufgeschreckt. Die Zersetzung ihres Gewalt- und Unterdrückungsapparates und die Fortsetzung des Kampfes des Volkes im Staatsapparat selber für die Beseitigung des § 218, macht der herrschenden Klasse schwer zu schaffen. Die Sozialarbeiter in den Bezirksämtern sind gegenwärtig dabei, die Zersplitterung des Kampfes in einzelne Bezirksämter der Stadt, die die Bourgeoisie bislang zu nutzen wußte, zu überwinden und den Kampf auf eine einheitliche Grundlage zu stellen. Die Kampfschritte dazu, die vor allem von den Sozialarbeitern in den Bezirksämtern Reinickendorf und Kreuzberg vorgeschlagen werden, sind: Verweigerung der Registrierung derjenigen, die eine Abtreibung notwendig brauchen. Diesen Kampfabschnitt in die Öffentlichkeit zu tragen und sich somit an die Seite der Arbeiterklasse und des Volkes zu stellen im Kampf für die ersatzlose Streichung des § 218. Die ÖTV wird aufgefordert, diesen Kampf zu unterstützen und zu organisieren. – (d./b.)

Hamburg: Tarifverhandlung HBV

135 DM mehr für alle! Die Buchhändler gehen zu Aktionen über

Hamburg. Am 5. August 1976, über 4 Monate nach Ablauf des alten Tarifvertrages, haben endlich die Verhandlungen über eine Erhöhung der Gehälter im Hamburger Buchhandel und Verlagswesen begonnen.

Vorbereitung und Ablauf des 1. Verhandlungstages hoben sich deutlich von dem ab, was in den vergangenen Jahren üblich war.

Schon die Verhandlungsaufnahme selbst haben wir durchsetzen können gegen die ursprüngliche Absicht der Kapitalisten, Verhandlungen erst gar nicht zu beginnen, bevor nicht im Einzelhandel ein Abschluß vorliegt.

Erstmals war von der Fachgruppe eine Festgeldforderung, nämlich 135 DM für alle, verabschiedet worden, und sie bietet nun eine ausgezeichnete Grundlage dafür, eine größere und entschlossenere Einheit für den Tarifkampf herzustellen. Bei uns in der Buchhandlung waren 2 Kolleginnen aufgrund dieser Forderung in die Gewerkschaft eingetreten.

Trotz der Urlaubszeit und trotz der Passivität des Fachgruppenvorstandes hatten sich in einigen Betrieben Initiativen zur Unterstützung und Bekräftigung unserer Forderung entfaltet. So tragen seit dem ersten Verhandlungstag Kollegen in 5 Geschäften eine von der Betriebsgruppe Frensche entworfene Plakette. Auf ihr ist unter unserem jetzigen Tarifhungerlohn unsere Forderung zu sehen. Diese Plakette hat sich schon in den ersten Tagen als Mittel des Zusammenschlusses als ein guter Ansatzpunkt für Diskussionen mit den Kunden erwiesen, ebenso wie die Flugblatt-, Wandzeitungs- und Unterschriftenaktionen vor Innenstadtbuchhandlungen am vergangenen Samstag. Vor Weitbrecht und Marissal z.B. haben innerhalb von 1 1/2 Stunden 49 Kunden und Passanten mit ihrer Unterschrift unsere Forderung unterstützt.

Der Ablauf des 1. Verhandlungstages spiegelte die gewachsene Kampfkraft der Fachgruppe wider: Erstens lag das letzte Angebot der Kapitalisten mit knapp 6 % ein halbes Prozent über dem des Einzelhandels; zweitens sahen sie sich gezwungen, auf unsere Festgeldforderung mit einem Mindestangebot von 85 DM in der niedrigsten Gruppe B 1 zu reagieren, mit der unverfrorenen Maßgabe allerdings, das Geld zu so verteilen, daß im Schnitt „keine 6 vor dem Komma" steht.

Drittens haben wir uns auf dieses Angebot nicht eingelassen und auch keine Erklärungsfrist vereinbart; stattdessen tagt am kommenden Donnerstag der Fachgruppenvorstand zusammen mit der Tarifkommission, um das weitere Vorgehen zu beraten.

Diese Lage ist nicht schlecht für uns und sicherlich ganz anders, als sie sich die Kapitalisten, aber auch unser Verhandlungsleiter, Landesbezirksleiter Schiel, vorgestellt hatten. Die einen hatten auf einen schnellen Abschluß gehofft, der andere erwartet, daß sich die Tarifkommission nach einigem rituellen Hin und Her dem Diktat der Kapitalisten beugt. Jedenfalls hat er in den Verhandlungspausen versucht, der Tarifkommission Mark um Mark abzuschwatzen und schließlich sogar durch die Akzeptierung des Unternehmerangebots in der Gehaltsgruppe B 4 (leitende Angestellte) die Prozentfuchserei der Kapitalisten zu unterstützen.

Das ist ihm nicht voll gelungen, obgleich mit dem letzten allerdings umstrittenen Angebot der Verhandlungskommission (110, 100, 95 DM – je nach Gehaltsgruppe) eine gefährliche Situation entstanden und eine Bresche in die Front unserer einheitlichen Forderung geschlagen worden war.

Warum ist es notwendig und möglich, auf unseren 135 DM zu beharren? Und welche Schritte müssen wir einleiten, um sie schließlich durchzusetzen?

Bei unseren bisherigen Aktionen haben wir tatkräftige Unterstützung bei Kollegen und eine breite Zustimmung bei anderen Lohnabhängigen gefunden. Viele waren richtig empört über unsere Gehälter, und wir haben niemanden getroffen bisher, der unsere Forderung zu hoch fand. Wie sollte er auch, wenn er erfährt, daß z.B. eine durchschnittliche Buchhändlerin tariflich am Ende ihrer Tätigkeit 1 030 DM netto nach Hause trägt und jetzt mit ungefähr 40 DM mehr abgefertigt werden soll; ein Betrag, von dem sie gerade die Mieterhöhung bezahlen kann.

Der wesentliche Schaden bei unseren ersten Schritten im Tarifkampf war der, daß wir bisher so gut wie keine Unterstützung von den Sozialdemokraten im Fachgruppenvorstand und in der Bezirksleitung bekommen haben. Diesen Schaden können wir aber überwinden, wenn wir die Forderung nach einer Mitgliederversammlung, auf der weitergehende Aktionen beschlossen werden sollen, erheben und durchsetzen. Auf dieser Grundlage können wir das bisherige Angebot der Kapitalisten ablehnen und darangehen, ihnen einen Schlag zu versetzen, der Bedeutung hat über unsere eigene Fachgruppe hinaus. – (c)

Keine Bespitzelung im öffentlichen Dienst! Weg mit dem KPD-Verbot!

Kassel. Am 4.8.76 fand eine Personalversammlung des Studienseminars I in Kassel statt, wo sich von ca. 70 Referendaren bei nur einer Gegenstimme 59 für folgende Resolution aussprachen:

„Die Überprüfung durch den Verfassungsschutz, ob die Lehrer sich auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung befinden, wird so durchgeführt, daß die Entscheidung des Staates jetzt vor Übernahme des Lehrers in das Beamtenverhältnis getroffen wird. Die politische Bespitzelung während der Ausbildungszeit wird ausgedehnt, um den Druck auf die Lehrer zu verstärken, sie zu willfährigen Unterdrückungswerkzeugen des kapitalistischen Staates zu machen. Die Referendare des Studienseminars I protestieren aufs schärfste gegen die Ausweitung des Spitzelwesens und seine Grundlagen, dem KPD-Verbotsurteil, dem Ministerpräsidentenerlaß zur Abwehr Radikaler im öffentlichen Dienst und seinen die Praxis der Berufsverbote als moderner Hexenjagd nicht ändernden Nachfolgeerlassen sowie dem besonderen Dienstrecht. Sie wenden sich gegen alle Versuche, die Lehrer durch Anwendung des öffentlichen Dienstrechts von der Parteiergreifung für die arbeitende Bevölkerung, deren Kinder sie unterrichten, abzuhalten und fordern die Einstellung aller Lehrer in den Schuldienst! Die Personalversammlung des Studienseminars I fordert den Regierungspräsidenten in Kassel auf, die ehemaligen Mitglieder des Studienseminars I, G. Karsting und W. Geike, unverzüglich einzustellen!

Weg mit der Bespitzelungspraxis im öffentlichen Dienst, den Anhörungen und den Berufsverboten!"

Lehrerarbeitslosigkeit in Baden-Württemberg

Nach Angaben des Landesarbeitsamtes Baden-Württemberg werden nur 287 von den 952 als arbeitslos gemeldeten Lehrern für das kommende Schuljahr eingestellt. Sie bekommen einen Zeitvertrag, der auf eineinhalb Jahre befristet ist mit 16 Wochenstunden. 665 Lehrer bleiben arbeitslos. (Mannheimer Morgen, 5.8.76) Von 1204 Bewerbern für den Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Gymnasien wurden 425 abgewiesen. (Stuttgarter Zeitung, 5.8.76)

Streik in den Krankenhäusern

New York. Zum zweiten Mal in einem Monat streiken die Lohnabhängigen der New Yorker Krankenhäuser. In 16 städtischen Krankenhäusern streiken 18 000 gegen den geplanten Personalabbau.

Realer Abbau der Angestelltengehälter

Daß die Löhne und Gehälter abgebaut worden sind, kann selbst durch die Angaben der statistischen Ämter der Bourgeoisie nicht mehr verdeckt werden. Einen Abbau um 1,3 % der realen Nettogehälter bei den Angestellten in Industrie und Handel ergibt eine Berechnung des bayrischen statistischen Landesamtes. Die Bruttomonatsgehälter sind von April 1975 bis April 1976 um 6,1 % gestiegen. Der Preisanstieg wurde mit 5 % angenommen, was sicher zu niedrig ist. Die gesetzlichen Abzüge sind um 2,4 % gestiegen. (Süddeutsche Zeitung, 7.8.76)

Berliner Elektrizitätswerke AG: Die Arbeit wurde verdoppelt

Zwei Kraftwerke müssen jetzt gleichzeitig instandgehalten werden

Westberlin. Die Aktionäre der Berliner Elektrizitätswerke AG (BEWAG) – allen voran mit einer Beteiligung von mehr als 50 Prozent der SPD-regierte Berliner Senat – haben Grund, zufrieden zu sein: trotz Krise und Abwanderung größerer Teile der Industrie aus Berlin ist es ihnen gelungen, die Dividende stabil auf schönen 11 Prozent zu halten.

Die Ursache ist einfach und wird von der Geschäftsleitung selbst frech benannt: „Leistungssteigerung durch Rationalisierung." „Die knappe und teure menschliche Arbeitskraft wurde so sparsam wie möglich eingesetzt" (Sozialbericht 1968/69) – mit schönem Erfolg für die Kapitalisten. In den Jahren von 1964 bis 1974 wurde die Stromerzeugung um 100 Prozent gesteigert, bei gleichbleibender und jetzt sogar fallender Beschäftigtenzahl (Sozialbericht 1973). Die Umsatzerlöse je „Mitarbeiter" erhöhten sich – nach Angaben der Geschäftsleitung – allein von 1973 auf 1974 von 127 000 DM auf 140 500 DM (Aktionärsbrief vom Oktober 1974).

Der Erfolg, den sie so frech feiern, heißt vermehrte Abpressung von Arbeitskraft, und den spürt man nur zu gut, ob im Büro, im Kraftwerk oder im Netz (Stromverteilung).

14 % weniger Beschäftigte im kaufmännischen Bereich

Im kaufmännischen Bereich z.B. gelang es den Kapitalisten mit der Elektronischen Datenverarbeitung, der Einführung von Datensichtstationen in der Kundenberatung, Sterndiktatanlagen und Schreibautomaten, die Zahl der Beschäftigten um 14 Prozent zu verringern, und das, obwohl ein ganzer Batzen Arbeit hinzukam, weil die BEWAG die Kundenabrechnung für die GASAG (Berliner Gaswerke) inzwischen mit bearbeitet.

In der Stromerzeugung wurde zunächst durch die Zentralisierung der Überwachungs- und Kontrollinstrumente Personal eingespart. Inzwischen wird aber auch zur ganz simplen Antreiberei, Abpressung von Mehrarbeit übergegangen: Für das neue Gasturbinenkraftwerk Wilmersdorf wurden z.B. für Wartung und Instandhaltung nicht etwa neue Arbeiter und Angestellte eingestellt – nur ein Auto wurde bereitgestellt, mit dem die Kollegen vom Kraftwerk Charlottenburg hin- und herfahren und jetzt statt eines Kraftwerks zwei versorgen müssen.

Die Arbeit wurde verdoppelt

Auch in der Stromverteilung (Netz) sieht es nicht besser aus: 10- und 6-Kilovolt-Einleitermuffen, die früher von zwei Arbeitern an einem Tag fertiggemacht werden mußten, muß heute ein Arbeiter allein schaffen. Im Netz kann man auch gut sehen, wie durch Einsparung von Sicherheitsmaßnahmen Leben vorsätzlich gefährdet werden. Früher wurden im 1- bis 10-Kilovolt-Netz die Kabel mit Abdeckern (Formsteinen oder entsprechenden Plastikabdeckungen) geschützt. Diese verhinderten bei Tiefbauarbeiten, daß die Kabel mit Picke, Schippe oder Preßlufthammer leicht beschädigt und die Arbeiter durch Kurzschluß gefährdet wurden. Jetzt liegt ein dünnes Plastikfähnlein mit dem Aufdruck „Vorsicht Hochspannung" im Erdreich, das leicht zu übersehen ist. Vor vier Wochen hat dann auch ein Tiefbauarbeiter mit seinem Preßlufthammer ein 6-Kilovolt-Kabel beschädigt und löste so einen Kurzschluß aus. Durch die entstehende Stichflamme verbrannten 60 Prozent seiner Hautoberfläche und der Arbeiter starb vor einer Woche – er ist ein Opfer der kapitalistischen Gier nach Profit.

Die Arbeiter schaffen alle Werte – die Kapitalisten eignen sie sich an. In ihrer Gier nach Profit schrecken sie vor nichts zurück. Da beginnt auch die BEWAG-Fassade vom „sozialen Betrieb" zu zerbröckeln. Der Schein zerfällt, und deutlich wird: Ausbeutung findet auch hier statt, und zwar ständig mehr. Für ihre „stabile Dividende" und „verbesserten Ergebnisse" müssen wir unsere Knochen, unsere Gesundheit und unser Leben lassen.

Die Verhältnisse selbst reißen die Klassenfront auf, zwingen die Erkenntnis auf, daß der Zusammenschluß gegen die Kapitalisten notwendig ist. Da wird es auch für die sozialdemokratischen Klassenversöhnler im Betriebsrat, deren „Wohlwollen" sich ihre Parteigenossen in der Geschäftsleitung jährlich rund eine Million kosten lassen, schwieriger, die Kollegen an die Kapitalinteressen unter dem Deckmantel „Allgemeinwohl" zu binden. – (b.)

Schuljahresanfang:

„Chaos vorprogrammiert!“

In sechs Bundesländern hat diese Woche das neue Schuljahr begonnen. Gleich in den ersten Schultagen ist es zu Protesten gegen die bürgerliche Schulpolitik gekommen. Aus Schleswig-Holstein wird berichtet, daß in den Orten Göttow, Preetz, Altenholz und Bad Oldesloe gleich zu Beginn des Schuljahres Proteste von Eltern gegen Stellenstreichungen und weitere Vergrößerung von Klassen beginnen. Die „Kieler Nachrichten“ berichten in dieser Woche, es gebe insgesamt 200 Klassenzusammenlegungen in Schleswig-Holstein. In den genannten Orten wird diskutiert, ob ein Schulstreik stattfinden soll. Denn Briefe und Petitionen der Eltern an das Landesschulamt und das Kultusministerium sind mehrfach erfolgt, ohne Ergebnis. Bei allen Schulen handelt es sich ausnahmslos um Haupt- und Grundschulen.

Die bürgerliche Presse verkündet, „vorprogrammiertes Chaos“ an den Schulen sei geplant. In der „Frankfurter Rundschau“ verkündet der hessische Finanzminister, was das heißt: „Keine einzige Mark zusätzlich“ soll ausgegeben werden für das Volksbildungswesen. Stattdessen „müßten Reformen auch ohne besondere Finanzmittel möglich sein“. Rauslaufen tut alles auf die polizeimäßige Organisierung des Schulbetriebes und die Verringerung der Ausbildung.

So hat das Kultusministerium von Schleswig-Holstein zum Schuljahresbeginn einen Erlaß herausgebracht, der ein Berufsvollschuljahr einführt. Zunächst auf freiwilliger Basis. Dafür soll während einer späteren Lehre oder sonstigen Anstellung der Berufsschulunterricht wegfallen. Im Unterschied zum Berufsgrundbildungsjahr der Bundesregierung soll dieses Berufsschuljahr aber nicht auf die Lehrzeit angerechnet werden, das heißt, die Lehrlinge sollen noch länger als bisher den Kapitalisten für Hungerlohn zur Verfügung stehen.

Eine ähnliche Entwicklung wird aus anderen Bundesländern berichtet. So schreibt die Regionalbeilage Hannover der KVZ zum Schuljahrsanfang: „Die Klassenstärken werden sich erhöht haben, der Erlaß zur Heraufsetzung der Klassenfrequenzen ermöglicht bei den Vorklassen und Grundstufe (KL 1–4) die Anhebung der Klassenstärke auf 32, in den Haupt-, Real- und Oberstufen (5–10) liegt die Richtzahl bei 30, kann aber bis zu 36 Schülern gehen, bevor die Klasse geteilt würde.

Zum 1.8. kommen 600 Referendare nicht an die Schulen, und die 2000 Hochschulabsolventen der Pädagogischen Hochschule nehmen ihre Tätigkeit nur mit einem sechs Monate befristeten Vertrag auf, so daß sie im Februar 1977 wieder auf der Straße sitzen.

Gleichzeitig gehen die staatlichen Schulbehörden dazu über, den Abbau der gesetzlichen Schulpflicht per Niedersächsisches Schulgesetz zu besorgen. Statt dreijähriger Berufsausbildung werden Teile der Jugend einer einjährigen staatlichen Abrichtung in Berufsfachschulen, Berufsgrundbildungsjahren und sogenannten Förderkursen unterworfen. An den Berufsschulen unterlaufen die Schulleitungen das Recht auf Ausbildung, indem sie die Jungarbeiter an die Kapitalisten ausliefern. Über die Festlegung einer Vielzahl von Abschlußmöglichkeiten an den Hauptschulen, wo nur wenigen mit einem qualifizierten Abschluß weitere Ausbildungsmöglichkeiten offenstehen, wird die Jugend gespalten in einen Teil mit qualifiziertem Abschluß und den größeren Teil mit einem ‚normalen‘ oder gar keinem Abschluß, für den das Hilfsarbeiterdasein vorgesehen ist.“ (Regionalbeilage Hannover Nr. 31/76)



Frankfurt. 100-prozentig überbelegte Schulen sind zu Schulbeginn in Frankfurt Durchschnitt. Immer enger müssen sich die Schüler in den Unterrichtsräumen zusammendrängen. Häufig findet Unterricht in Kellerräumen statt.

In Hamburg werden zu Schuljahresbeginn ebenfalls Stundenkürzungen, an den Hauptschulen 7 Stunden für die Klassen 7 bis 9, an den Realschulen 11 Stunden in den Klassen 7 bis 11 durchgeführt.

Dabei werden vornehmlich Fächer wie Gesellschaftslehre, Erdkunde und Geschichte wegfallen. Der bürgerliche Staat will hier den vorhandenen Lehrermangel einfach durch die Streichung von Stundenzahlen verringern.

An den Vorschulen in Hamburg werden jetzt arbeitslose Lehrer vom Arbeitsamt im Rahmen von Arbeits-Beschaffungsmaßnahmen für 600 bis 800 DM brutto zu Halbjahresverträgen beschäftigt.

Überhaupt sind die Arbeitsbedingungen für Lehrer zu Beginn des Schuljahres in den verschiedenen Bundesländern erheblich verschlechtert worden. In Hessen müssen sie durch Streichung von an die 2000 Entlastungsstunden Mehrarbeit leisten, 1650 Lehrer werden dort zu Zeitverträgen eingestellt (vergleiche KVZ Nr. 31, S. 7).

In Bremen ist es zu einer öffentlichen Debatte über diese Frage gekommen; der Rücktritt des Bildungssenators wird gefordert, weil zu Schuljahresbeginn 70 von der Schulbehörde als Teilzeitlehrer eingeplante Lehrer fehlten, was sofort auf die Organisierung des ersten Unterrichtstages durchgeschlagen hat.

Die Oberstufenreform, die jetzt in einigen Bundesländern an der Oberstufe eingeführt wird, führt teilweise zum völligen Zusammenbruch des Schulbetriebes.

Um dem zu erwartenden Widerstand entgegenzuwirken, versucht der bürgerliche Staat die gemeinsame Kampffront von Eltern, Lehrern und Schülern aufzuspalten und auseinanderzutreiben. Politische Entrechtung und Disziplinierung, das sind die Maßnahmen, wozu der bürgerliche Staat an den Schulen greift. Reicht das nicht, wird den Volksmassen der Polizeiknüppel vorgehalten und gegen sie eingesetzt.

Die Maßnahmen der herrschenden Klasse und ihres Staates zu Beginn des Schuljahres laufen darauf hinaus, die Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr auszuhöhlen und zum Zwecke der Profitmacherei die Jugend der arbeitenden Klassen frühzeitig als billige Arbeitskräfte in den Fabriken zu vernutzen. Demgegenüber muß die Arbeiterklasse und das Volk für das Recht auf Ausbildung bis zum 18. Lebensjahr kämpfen. Die Forderung nach polytechnischer Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr muß als Aktionslosung verankert werden. Die Konfrontation mit dem bürgerlichen Staat und seinen Organen wird angesichts der Maßnahmen zum Schuljahresbeginn unvermeidlich schärfer. Der Kampf gegen das bürgerliche Schulwesen wird im Bundestagswahlkampf neue Aktionsmöglichkeiten erhalten. Die Volksmassen haben hier gut die Gelegenheit, die parlamentarischen Vertreter der herrschenden Kapitalistenklasse persönlich zu greifen. Unter der Forderung nach polytechnischer Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr können sich die Volksmassen zusammenschließen auf dem Weg zum Sturz der Ausbeuterherrschaft, die auch das Schulwesen völlig bestimmt. – (jk)

Bericht von der Helmholtzschule Frankfurt

Reformierte Oberstufe, erste Woche:

Frankfurt. 2. August, erster Schultag im neuen Schuljahr. An der Helmholtzschule herrscht das totale Chaos. Wegen Bauarbeiten fällt der gesamte Unterricht aus. Für die Oberstufenschüler beginnt mit dem neuen Schuljahr die Oberstufenreform. Wo sind die Stundenpläne? Langes Suchen. Schließlich werden sie in einer Ecke im Gang gefunden. Jetzt müssen sich die Schüler aus den aufgeführten 135 Stunden und Doppelstunden die raussuchen, die sie brauchen. Das stößt auf Schwierigkeiten, der Plan ist unvollständig und teilweise falsch. Am Dienstag geht die Rennerei nach den Kursen los. Zwar gab es an der Helmholtzschule auch vorher schon Kursunterricht, aber mit der Oberstufenreform ist es jetzt so, daß alle Noten in den nächsten drei Jahren für das Abitur mitzählen. Also ist die Kurskombination für den Notendurchschnitt entscheidend.

Immer wieder versuchen sich Schüler gegenseitig dazu zu überreden, daß es doch besser sei, aus diesem oder jenem Kurs auszutreten und den Platz dem „Handelspartner“ zu überlassen. Noch wird nur aufeinander eingeredet. Bekannt ist an unserer Schule vom letzten Jahr, daß sich die Kinder betuchter Eltern günstige Kurse auch für bis zu 900 DM zu kaufen versucht haben.

Bei einem Musikkurs stellt sich heraus, der Lehrer und das Thema sind ausgewechselt. Am Donnerstag kommt heraus, daß zu den zwei angebotenen Biologiekursen noch ein weiterer hinzukommen soll, aber am Nachmittag. Schüler eines Kurses, der im Kellerraum stattfindet, wehren sich in einem Brief gegen die Unterrichtsbedingungen, verlangen einen besseren Raum, der wenigstens eine Tafel hat. Am Freitag wird in dem erwähnten Musikkurs erneut sowohl der Lehrer als auch das Thema ausgewechselt. Ein anderer Kurs wird von morgens auf nachmittags verlegt, weil er mit dem Philosophiekurs zusammenfiel, der aber auch auf Nachmittag verlegt werden soll. Wann steht aber nicht fest. Am Samstag werden die Sportkurse bekanntgegeben. Einige Schüler sind überhaupt nicht berücksichtigt worden, sie sollen halt sehen, wo sie unterkommen.

Bei den Grundkursen für Mathematik hat jetzt ein Lehrer einen überfüllten Kurs, ein als „Scharfmacher“ bekannter Lehrer hat nur ein paar Schüler. Jetzt soll gelost werden.

Die Raumverteilung klappt hinten und vorne nicht. Der Bau ist mit 1200 Schülern zu 100 Prozent überbelegt. Die angegebenen Räume einzelner Kurse sind häufig schon belegt. Diese Überbelegung ist in Frankfurt übrigens Durchschnitt!

Der zunehmende Nachmittagsunterricht bedeutet sowohl für die Schüler als auch für die Lehrer eine große Belastung, weil in der Schule weder Aufenthaltsräume noch Eßmöglichkeiten vorhanden sind. Man muß also die Freistunden in Kneipen oder Cafés verbringen.

Soweit die Kurse bereits begonnen haben, stellt sich außerdem heraus, daß reine Lehrbücher überhaupt nicht mehr an der Schule ausgeliehen werden und Unterrichtsmaterialien, in erster Linie Bücher, mit denen im Unterricht gearbeitet wird, nur ganz beschränkt vorhanden sind. Bücher, die zum Anfertigen von schriftlichen Referaten unerläßlich sind, müssen von den Schülern selbst beschafft werden. Für Schüler, die keine vermögenden Eltern haben, ist das eine Zumutung.

Jedenfalls, die Oberstufenreform haben wir gleich kräftig zu spüren gekriegt. An der Rennerei nach den Kursen hat man sehen können, worauf die Schulbehörden aus sind mit dieser Reform. Die Konkurrenz soll verschärft, die Schüler gegeneinandergehetzt werden.

Gegen die verschärfte Auslese und den Terror des Notensystems muß dafür eingetreten werden, daß alle eine vernünftige Ausbildung erhalten. Das heißt: Kampf für die Einheitsschule. – (u., m., KJB Frankfurt)

Karmann Osnabrück: Verschlechterung der Werkzeugmacherausbildung

Im zweiten Lehrjahr fünf Monate Gruppenakkord

Osnabrück. Mit welchen Methoden die Kapitalisten die Ausbildung verschlechtern, zeigt das Beispiel der Werkzeugmacherausbildung bei Karmann. Bis zum Januar war es so, daß die Werkzeugmacherlehrlinge im ersten Lehrjahr Grundfertigkeiten in der Metallbearbeitung in der Lehrwerkstatt gelernt haben und in den folgenden Lehrjahren nach einem bestimmten Durchlaufplan in verschiedenen Betriebsabteilungen weiter ausgebildet worden sind. In diesem Jahr hat die Geschäftsleitung den Durchlaufplan für das zweite Lehrjahr geändert. Um die Ausbildung zu verbessern, hieß es von seiten der Geschäftsleitung. Das sieht jetzt so aus, daß die Lehrlinge im zweiten Lehrjahr nicht mehr 2, sondern gleich 6 Monate im Werkzeugbau arbeiten. Dafür sind andere Teile des betrieblichen Durchlaufplans gestrichen worden. So die Schweißausbildung, die Ausbildung in der Anreißgruppe in der Materialprüfungsstelle, in der Härterei usw.

Die Geschäftsleitung hat das damit begründet, daß ihnen bei den Ausgelernten die Einarbeitungszeiten zu lange dauern. Das heißt, die uneingearbeiteten jungen Facharbeiter sind noch nicht so schnell wie die eingearbeiteten Facharbeiter und das geht den Kapitalisten auf den Profit. Um die Einarbeitung zu verkürzen, werden die Lehrlinge also im zweiten Lehrjahr in die Akkordgruppen im Werkzeugbau gesteckt. Die Arbeit sieht dort so aus, daß sie die dort anfallenden Hilfsarbeiten, wie z.B. das Entgraten oder das Tuschieren, machen müssen, einfache Tätigkeiten, die aber viel Zeit in Anspruch nehmen. Durch die Zuordnung von Lehrlingen zu den Akkordgruppen können die ausgebildeten Werkzeugmacher schneller die Werkzeuge fertigstellen. Nicht bloß, daß die Lehrlinge akkordmäßig ausgebeutet werden, sie werden auch noch dazu benutzt, den Gruppenakkord zu verschärfen.

Was sich hier verbessert, ist nicht die Ausbildung, sondern der Profit der Kapitalisten, denn der zusätzliche Arbeiter in der Akkordgruppe ist besonders billig.

Jetzt, wo das neue Jugendarbeitsschutzgesetz die jugendliche Arbeitskraft den Kapitalisten für solche Arbeit in Akkordgruppen freigegeben hat, ist so etwas legal.

Die andere Seite der Medaille ist, daß mehr und mehr nur noch nach den unmittelbaren Erfordernissen des Betriebs ausgebildet wird. Bei Karman werden im Werkzeugbau große Werkzeuge hergestellt. Präzisionsarbeit, wo es auf hundertstel Millimeter ankommt, fällt bei der Herstellung dieser Werkzeuge kaum an, das heißt die Lehrlinge werden darin auch kaum noch ausgebildet. Das ist nicht das einzige. Auch im Kleinwerkzeugbau ist es so, daß die Lehrlinge zwar noch teilweise in Gruppen einzelne kleinere Werkzeuge von A bis Z selbst fertigen. Daneben aber fertigen sie z.B. ganze Serien von pneumatischen Klemmen an, die zu Vorrichtungen gehören, mit denen Karosserieteile zwecks Weiterverarbeitung befestigt werden. Die Arbeit ist höchst lehrreich. Da müssen 2 Löcher gebohrt und eine Niete eingeschlagen werden und fertig ist die Klemme. An der Drehbank werden oft tagelang kleine Stücke plangedreht. Unter „Kennenlernen der Bohrmaschine“ ist z.B. zu verstehen, daß man tagelang Führungsbacken bohrt, mit Hilfe einer Schablone immer vier Löcher in ein Teil. Morgens wird die Maschine einmal angestellt und los geht die Serie. Hat die Firma nicht genügend Aufträge, wie z.B. Anfang des Jahres, werden die Lehrlinge oft wochenlang damit beschäftigt, z.B. Kerzenständer zu machen für die Chefetagen.

An diesen Zuständen kann man sehen, was es bedeutet, daß die Ausbildung den Profitinteressen der Kapitalisten unterworfen ist. Die Kapitalisten brauchen jetzt vor allem mehr billige Arbeitskräfte, die sie nur soweit ausgebildet haben wollen, wie es für die verschiedenen Erfordernisse des Betriebes notwendig ist. An einer allgemeinen Ausbildung zum allseitigen industriellen Arbeiter haben sie keinerlei Interesse. – (n., Osnabrück)

Kampf gegen Schließung der Schule

Herstedt bei Bremen. In Otterstedt, einem kleinen Dorf in der Nähe von Fischerhude/Bremen, soll die Schule geschlossen werden. Die Kinder sollen in das 16 km entfernte Fischerhude fahren. Gegen diesen Plan hat sich schon vor Monaten eine Bürgerinitiative gebildet. In Otterstedt sollte schon in diesem Jahr keine Einschulung mehr stattfinden. Für die 1. Klasse wurde kein Lehrer bereitgestellt. Die Schulbürokratie hat aber nicht mit den Eltern gerechnet. Die Eltern brachten ihre Kinder nicht nach Fischerhude, sondern zur alten Otterstedter Schule. Vor der verschlossenen Tür versammelten sie sich und zogen zum Gemeindehaus der Kirche. Die Eltern beschlossen, daß eine ehemalige Lehrerin, die die Bürgerinitiative unterstützt, den Unterricht der Kinder durchführen soll. Kinder und Eltern waren bei der Einschulung und beim ersten Unterricht mit Begeisterung dabei. Die Einschüchterungsversuche der Gemeinde: „Das ist eine außerschulische Veranstaltung“, haben nichts gebracht. Die Bürgerinitiative ist entschlossen, den Kampf für die Erhaltung der Schule weiterzuführen. – (fr., Achim)

Westinghouse, Hannover: Jugendliche müssen Schicht arbeiten

Hannover. Seit einigen Wochen lassen die Westinghouse-Kapitalisten im Prüffeld drei Jungarbeiterinnen unter 18 Jahren Schicht arbeiten: Frühschicht von 5.45 bis 14.30, Spätschicht von 14.30 bis 22.45. Eröffnet hat den Kapitalisten die Möglichkeit die billigen jugendlichen Arbeitskräfte in Schichtarbeit auszubeuten, das neue Jugendarbeitsschutzgesetz, nach dem Jugendliche über 16 in mehrschichtigen Betrieben ab 5.30 oder bis 23.30 ausgebeutet werden dürfen.

„Neue Berufe“: planmäßige Verkümmerung der Fähigkeiten

Dortmund. Die Industrie- und Handelskammer hat jüngst eine ganze Reihe von neuen Ausbildungsordnungen bekannt gegeben und zwar für die „neuen Berufe“: Bürokraktiker, Verkaufshilfe, Werkzeugmaschinenwerker, Metallwerker, Lagerfachhalter, Schweißwerker, Schlosserwerker und Hüttenwerker. Alle Ausbildungsgänge dauern nur noch zwei Jahre und sind im Vergleich zur dreijährigen Facharbeiterausbildung ganz auf das zugeschnitten, was für einfache Arbeiten in der Produktion und im Handel unbedingt notwendig ist. Wobei der Ausbildungsplan grundsätzlich „aus betriebsbedingten Gründen“ geändert werden kann. Das ganze ist der Versuch der Kapitalisten, für einen großen Teil der Jugendlichen, soweit sie überhaupt eine Ausbildung erhalten, das Ausbildungsniveau unter das traditionelle Ausbildungsniveau von Facharbeitern herunterzudrücken.

Hamburg

Die Kundgebung der Faschisten an den Landungsbrücken wurde verhindert



Hamburg. Trotz Polizeieinsatz – die Jubelkundgebung der Faschisten für die Expansionspläne des westdeutschen Imperialismus wurde verhindert. Das Bild zeigt die Abschlußkundgebung des KBW auf den Landungsbrücken.

Die Faschisten von der NPD wollten in Hamburg am 7. August eine großangelegte Provokation durchführen. Sie hatten mehrere Kundgebungen angekündigt unter den Losungen „Vereinigt gegen den Kommunismus, gegen die Unterwanderung durch farbige Völker“. Eine dieser Kundgebungen sollte an den Landungsbrücken stattfinden, wo zu diesem Zeitpunkt gerade drei Kriegsschiffe des westdeutschen Imperialismus lagen. Mit dieser Kundgebung an den Landungsbrücken wollten die Faschisten die Expansionspläne des westdeutschen Imperialismus bejubeln.

In der Hamburger Arbeiterklasse bestand eine große Einigkeit darüber, daß dieser Aufmarsch der Faschisten ein Anschlag auf das Interesse der Arbeiterklasse ist. So mußte selbst der sozialdemokratische DGB-Vorstand einen Aufruf herausgeben, in dem es unter anderem hieß: „Bei den verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen der NPD erwartet der DGB, daß die Hamburger Bevölkerung ihren nachdrücklichen Protest gegen das Faschistentreffen äußert.“

Der KB Nord hatte vorgeschlagen, beim bürgerlichen Staat Schutz zu suchen im Kampf gegen die Faschisten. Am Mittwoch führte er eine Demonstration durch mit der Forderung, der Senat möge den Aufmarsch der Faschisten verbieten. Gerufen wurde auf dieser Demonstration unter anderem die Losung: „Der Senat – man glaubt es kaum – gibt den Faschisten auch noch Raum“. Damit wurde behauptet, daß der Senat völlig andere Interessen vertritt als die Faschisten.

Der Hamburger Senat hatte am Tag vorher bekanntgegeben, daß er mit allen „rechtsstaatlichen Mitteln“ die Faschistenkundgebung zum Jubel für die Kriegsschiffe der Bundeswehr, die reaktionäre Propaganda der Faschisten für die Ausplünderung fremder Länder, für die verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung im eigenen Land schützen würde. Kein Wunder, wo doch der bürgerliche Staat dieselben Ziele vertritt. Er unterdrückt die Arbeiterklasse mit Hilfe des KPD-Verbots und macht reaktionäre Gesetze gegen den Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes, wie zuletzt die Freigabe des gezielten Todesschusses durch die Polizei, gegen Massenkundgebungen und Demonstrationen. Die bürgerlichen Politiker wie Schmidt und Genscher vertreten offen, daß sie nicht einfach zusehen werden, wenn die Völker Afrikas sich befreien vom Imperialismus und den Reichtum ihres Landes nicht mehr von fremden Ländern plündern lassen. Der bürgerliche Staat baut die westdeutsche Kriegsflotte aus, um seine imperialistischen Interessen auch im südlichen Afrika verteidigen zu können.

Die Mittel des Hamburger Senats, um die faschistische Kundgebung für diese reaktionären Ziele zu schützen, konnten nur gewaltsame sein. Aber trotz Polizeieinsatz ist es nicht gelungen. Der Kommunistische Bund Westdeutschland hatte aufgerufen, um 10.00 Uhr zu den Landungsbrücken zu kommen, um das Vorhaben der Faschisten zu vereiteln, und um 12.00 Uhr eine Abschlußkundgebung für die Ziele der Arbeiterklasse und des Volkes durchzuführen. Ab 10.00 Uhr fanden Umzüge an den Landungsbrücken statt. Es wurden überall rote Plakate geklebt gegen die Kriegsschiffe und gegen die Faschisten. Parolen wurden gemalt und gerufen: „Nieder mit Imperialismus und Reaktion! Nieder mit den Faschisten! Es lebe die Proletarische Weltrevolution! Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus! Vorwärts im Wiederaufbau der Kommunistischen Partei!“

Mehrmals versuchte die Polizei, den Platz leerzuputzen, damit die Faschisten ihre Feierstunde doch noch abhalten könnten. Aber sie konnte sich nicht durchsetzen. Vor den Polizeiketten wurde standhaft der Platz behauptet. Hinter den Polizeiketten bildeten sich Diskussionsgruppen. Der Polizei wurde von hinten mehrmals versichert, daß, wenn sie die Demonstration angreife, sie von hinten angegriffen würde. Die Menschen hinter den Polizeiketten ließen sich nicht wegdrängen, sondern arbeiteten an der ideologischen Zersetzung der Polizei. So war die Polizei vollständig isoliert. Der Demonstrationszug konnte die Polizeikette durchbrechen und zu dem Kundgebungsplatz ziehen. Von den Faschisten hieß es im Radio, Mußgnug habe die Kundgebung aus nicht näher genannten Gründen abgesagt. Auf der Kundgebung sagte der Redner des KBW: „Die Faschisten und die Reaktionäre haben an den Landungsbrücken eine Niederlage eingesteckt, weil die Arbeiterbewegung einig ist gegen den Faschismus. Deswegen haben sich die Faschisten nicht an die Landungsbrücken getraut, und deswegen hat die Polizei nicht den Platz für die Reaktion behaupten können. Im Kampf gegen die Reaktion baut die Arbeiterklasse die Kommunistische Partei auf! Vorwärts im Wiederaufbau der Kommunistischen Partei! Weg mit dem KPD-Verbot!“

Nach der Aktion an den Landungsbrücken haben wir an den Agitationszentren in der Innenstadt über die erfolgreiche Auseinandersetzung mit den Faschisten berichtet. Dies stieß überall auf große Zustimmung und Freude. Während der Aktion an den Landungsbrücken haben wir 70 Unterschriften für die Kandidatur des KBW zu den Bundestagswahlen gesammelt. Insgesamt haben wir an diesem Tag fast 200 Unterschriften gesammelt. Auch die Informationsstände der NPD in den Stadtteilen mußten zum Teil abgesagt oder abgebaut werden. Fanden sie statt, mußten sie so dicht von Polizei umstellt werden, daß die faschistische Propaganda nicht über die Polizeiketten hinausdringen konnte. An allen Stellen, wo diese Stände angekündigt waren, hingen Plakate mit roter Leuchtfarbe gegen Imperialismus und Reaktion, gegen die Faschisten und für den Sozialismus. An den Wänden und auf den Gehwegen standen die Parolen unübersehbar. In Eimsbüttel hatte sich die NPD genau über eine solche Parole hingestellt, damit man sie nicht sehen sollte. Die Polizei hatte die Stadtreinigung geschickt, um mit Sand und Säure die Parolen in der Umgebung zu überdecken oder zu entfernen. Die Arbeiter der Stadtreinigung waren ziemlich empört, daß man sie gezwungen hatte, die Parolen wegzumachen, die sie für richtig hielten. In der Innenstadt hat die Polizei gewütet mit Schlagstöcken und Tränengas. Das wurde im Fernsehen berichtet mit der Absicht, den Hunderttausenden von Menschen, die gegen Faschismus und Reaktion sind, zu zeigen, daß man sich nur einen blutigen Kopf holt, wenn man es wagt, den Kampf gegen die Reaktion und den Faschismus zu führen. Aber selbst in der Innenstadt konnte die NPD mit ihrer Propaganda nicht durchdringen, weil ihr Stand dicht von bewaffneter Polizei umstellt werden mußte und die Parolen gegen den Faschismus die Reden übertönten. Am Abend konnte man ungefähr hundert Mannschaftswagen der Polizei in der Nähe der Messe 1 stehen sehen. So sehr benötigte die NPD Polizeischutz, um gegen den massiven Widerstand der Hamburger Arbeiter und der Hamburger Bevölkerung auftreten zu können. So ist es den Faschisten nicht gelungen, am letzten Sonnabend wie geplant den großen Durchbruch zu erreichen, um sich wieder ausbreiten zu können. Gezeigt hat sich: Die Arbeiterbewegung und die Masse des Volkes ist gegen Faschismus und Reaktion. Die Polizei schützt die Faschisten. Die Arbeiter und die Volksmassen können die Faschisten und die Reaktion schlagen, wenn sie sich zusammenschließen, um ihre Interessen gegen den bürgerlichen Staat und gegen die Faschisten durchzusetzen. – (l.p.)

Lübeck: Gegen erneute Fahrpreiserhöhungen – 400 blockierten die Fahrbahn

Lübeck: Keinen Pfennig mehr für den Busverkehr! Unter dieser Losung demonstrierten am Samstag, 31.7.1976, zirka 200 Menschen gegen die erneute Fahrpreiserhöhung um etwa 20 Prozent. Erst vor einem Jahr wurden die Fahrpreise stark erhöht. Zusammengenommen ergibt das eine Erhöhung von 50 Prozent innerhalb eines Jahres. Die Empörung ist dementsprechend groß.

Am Zentralen Omnibusbahnhof sowie am Kreisel am Holstentor wurde erfolgreich der Verkehr blockiert. Die Polizei griff zunächst nicht gewaltsam ein, sondern begnügte sich mit Versuchen, den Verkehr umzuleiten.

Anschließend wurde über die ganze Fahrbahnbreite die Holstenstraße hinaus in die City demonstriert. Hier fand eine weitere Blockade statt.

Am letzten Samstag demonstrierten erneut 200 gegen die Fahrpreiserhöhungen. In der Innenstadt wuchs der Demonstrationszug auf 400 an. Wieder wurden mit Erfolg die Fahrbahnen blockiert. Berittene Polizei konnte die Blockaden nur für kurze Zeit auseinanderreißen, weil sich die Demonstranten an einer anderen Stelle wieder sammeln und die Straße erneut blockieren konnten. Die Blockaden wurden von der Bevölkerung voll unterstützt und angeführt. 30 KVZ und mehrere KBW-Programme und Broschüren wurden während der Aktion verkauft. – (f., Lübeck)

Heidelberg: Die Terrormaßnahmen gegen die Gegner der Fahrpreiserhöhungen werden nicht geduldet

Heidelberg. In einem weiteren HSB-Prozeß wurde Ulli Arnold, der als Krankenpfleger an der Uniklinik arbeitet, jetzt zu 2000 DM Geldstrafe verurteilt. Die Anklage des Staatsanwalts: Ulli Arnold habe durch Blockade der Straßenbahn Straßenbahnfahrgäste und Straßenbahnfahrer genötigt. In der Urteilsbegründung hieß es, es sei zwar merkwürdig, daß weder einer der genötigten Straßenbahnfahrer noch der Straßenbahnbenutzer als Zeuge vor Gericht erschienen sei, der Sachverhalt sei aber der, daß der Gemeinderat die Erhöhung schließlich als gewähltes Vertretungsorgan der Bevölkerung beschlossen habe. Es hat sich aber gezeigt: Sind die Massen nicht bereit, diese Raubzüge des bürgerlichen Staates weiter hinzunehmen, so sind sie ebensowenig bereit, die Terrormaßnahmen hinzunehmen. So haben am Vorabend des Prozesses gegen Ulli Arnold 20 Beschäftigte der Universitätsklinik auf einer Versammlung gegen diesen und alle anderen HSB-Prozesse protestiert und die sofortige Einstellung aller HSB-Prozesse gefordert. Auf der Versammlung wurden 78 DM für den HSB-Rechtshilfefonds gesammelt. Noch bevor anderentags der Richter in den überfüllten Gerichtssaal – über 60 waren gekommen, darunter eine Reihe von Beschäftigten der Klinik – die Verhandlung eröffnen konnte, forderten die Versammelten in Sprechchören die Einstellung des Verfahrens. Der Verteidiger beantragte die Verlegung in einen größeren Saal, weil noch eine Reihe vor der Tür stand. Daraufhin schloß der Richter die Öffentlichkeit aus und ließ den Saal räumen. In geschlossenem Zug demonstrierten die Prozeßteilnehmer daraufhin durch die Innenstadt und informierten mit mehreren Kundgebungen die Bevölkerung, die die Reden durch Beifall unterstützte. (n., Heidelberg)

Ministerin Focke und die hohe Säuglingssterblichkeit in der BRD

Ein fruchtloses Verdrehungsmanöver

Erst kürzlich hat sich die Gesundheitsministerin Focke auf eine Anfrage der CDU/CSU folgendermaßen geäußert: Tatsächlich sei festzustellen, daß die Zahl der Frühgeburten ansteige und die Säuglingssterblichkeit hoch liege. Dies liege vor allem daran, daß „die Mütter mit mehreren Kindern nicht mehr die Sorgfalt aufbringen wie bei der ersten Schwangerschaft, vielleicht, weil sie glauben, genügend Erfahrungen zu besitzen, um auf Fremdhilfe verzichten zu können“. Mangelnde Sorgfalt der Mütter ist es also, Hochnäsigkeit gegenüber „Fremdhilfe“.

Einen weiteren Beitrag zu diesem Thema liefert der „Stern“ in der Nummer 33/76 mit dem Artikel: „Warum müssen so viele Babies sterben?“

Dort werden die „Versäumnisse“ benannt, um die alarmierende Tatsache zu klären, warum die Säuglingssterblichkeit in der BRD höher liegt als in den meisten Nachbarländern, und das, wo doch in der BRD ohnehin immer weniger Kinder geboren werden.

Man ist ganz auf der Focke-Linie: „85% der Frauen, die ein unreifes Kind zur Welt brachten, haben das Vorsorgeangebot nicht ausgenutzt“, weiß die Schreiberin nach einer Würdigung der „umfassenden Schwangerenfürsorge“ in der BRD zu schlußfolgern. Solche Frauen sind sich wohl zu fein, das ist es. Zwischen den Zeilen darf sich der bürgerliche Staatsapparat gleich Empfehlungen für entsprechende Maßnahmen herauslesen: Das „Vorsorgenetz“ muß so ausgebaut sein, daß sich dem „keine Frau entziehen kann“. Reaktion marschiere weiter.

Können Focke und „Stern“ und die gesamte bürgerliche Klasse mit ihrem Gerede von der mangelnden Sorgfalt, der Hochnäsigkeit und den „Versäumnissen“ der Frauen die Arbeiterklasse und das Volk wirklich täuschen? Sie versuchen es, müssen es versuchen, indem sie die Wirklichkeit auf den Kopf stellen, um ihre eigene Verantwortung für die wachsende Zahl nicht-geborener (abgetriebener), tot- oder frühgeborener und frühgestorbener Säuglinge zu vertuschen. Die Wirklichkeit dieses Elends liegt aber in den sozialen Verhältnissen begründet.

In den letzten Jahren hat die Kapitalistenklasse durch Lohnabbau, wachsende Arbeitshetze, anhaltende Preissteigerungen sowie zunehmende Steuerausplünderung durch den bürgerlichen Staat den Druck auf die soziale Lage der Volksmassen verstärkt. Ein immer größeres Arbeitskräftereservoir wird von den Kapitalisten gebraucht, um es für ihre Profite zu verheizen. Selbst die bürgerlichen Statistiken verzeichnen die Tatsache, daß auch zunehmend mehr Mütter kleinerer Kinder „erwerbstätig“ sind, was heißt, daß sich die meisten gerade als Hilfs- und Akkordarbeiterinnen für niedrigste Löhne den übelsten Ausbeutungsbedingungen unterwerfen müssen, um ihre Existenz zu sichern.

Was das für eine zunehmende Zahl von Frauen bedeutet, wenn sie schwanger werden, kann sich jeder Mensch ausrechnen. Wachsender Zwang zur Abtreibung, wachsende körperliche und seelische Belastung während der Schwangerschaft, Gefahr von Früh- und Totgeburt, erhöhte Risiken in den ersten Lebensmonaten der Säuglinge, das ist für die arbeitenden und besitzlosen Klassen die Wirklichkeit. Zwangsläufig muß sich der Blick von dieser Wirklichkeit auf die Unfähigkeit der bürgerlichen Klassen lenken; ihre Profitwirtschaft beruht auf Ausbeutung und untergräbt die materielle Existenz der Volksmassen.

Die Kapitalistenklasse und ihr Staatsapparat reagieren darauf gesetzmäßig mit schärferer Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Volksmassen, die sich zum Widerstand gegen diese sozialen Verhältnisse entschlossen haben und dem bürgerlichen Staat das Recht absprechen, in ihre Belange einzugreifen.

Die Neufassung des § 218 dient genau diesem Zweck. Die Abtreibung soll eine kriminelle Handlung einzelner sein, die es durch fürsorgliche Behandlung – oder aber, wenn nicht anders möglich, durch Strafe – abzuwenden gelte.

Der neuerliche Versuch der Frau Focke und ihrer Helferin vom „Stern“, den Frauen die Verantwortung für die Säuglingssterblichkeit unterzuschieben, schlägt in die gleiche Kerbe.

Die Bewegung gegen den § 218 und für Volksentscheid weist solche fruchtlosen Verdrehungsmanöver der herrschenden Klasse zurück, die bloß davon ablenken will, daß ihre Ausbeuterordnung die Grundlage der Knechtschaft in jeder Gestalt ist, um der Arbeiterklasse und dem Volk den politischen Kampf gegen die Reaktion zu erschweren.

Martin Jeschke,
Mitglied des Ausschusses der Komitees gegen den § 218

Studentenwohnheime Aachen

Der Mietstreik geht weiter

Durch Gerichtsurteile und Prozesse gegen einzelne Wohnheimbewohner versucht der Konkursverwalter des Aachener Studentenwerks e.V., den im Mietstreik stehenden Wohnheimbewohnern das Geld für Mieterhöhungen aus der Tasche zu ziehen.

In den Aachener Studentenwohnheimen befinden sich die Studenten bereits seit April 1972, also seit mehr als 4 Jahren, im Mietstreik. Statt der für sie untragbaren Miete von fast 150 Mark für ca. 12 qm Wohnfläche zahlen sie nach wie vor die für sie sozial tragbare Miete von 95 Mark, und nach wie vor beruht dieser Mietstreik auf einer breiten Grundlage: Mehr als 80 % der Wohnheimbewohner beteiligte sich ständig am Streik, streckenweise bis zu 95 %. In einer Urabstimmung über die Weiterführung des Mietstreiks im Mai 1976 hatten sich bei einer Beteiligung von über 90 % der Wohnheimbewohner 84 % für die Weiterführung des Streiks ausgesprochen.

In den ersten Jahren des Mietstreiks war es dem Wissenschaftsminister, in dessen Ressort die Studentenwerke fallen, nicht möglich, per Gericht die geforderten Mieterhöhungen durchzusetzen. Denn die Wohnheime gehörten dem Studentenwerk e.V., in welchem alle Mitglieder Studenten sind und ohne die Zustimmung der Studenten konnte der Vorstand des Studentenwerks keine Mieterhöhungen beschließen.

Mit Verabschiedung des Studentenwerksgesetzes 1974, welches die Studentenwerke voll und ganz in die Hände des Ministers legte, hoffte der , nun besser seine Mietausplünderungspolitik gegenüber den Studenten durchsetzen zu können. Voraussetzung dafür war aber, daß das Studentenwerk e.V. sein Eigentum an den Wohnheimen an den Minister abtritt.

Dies verweigerten die Studenten jedoch mit ihren Stimmen im Vorstand und verhinderten so, daß das Studentenwerk e.V. aufgelöst werden konnte.

Um die Studenten in die Knie zu zwingen, drohte das Ministerium daraufhin mit der Streichung aller Zuschüsse für die Einrichtungen des Studentenwerks, um so dessen Konkurs herbeizuführen.

Von den reaktionären CDU-Studenten bis hin zu den Reformisten und Revisionisten traten die Hochschulgruppen jetzt gegenüber den Studenten mit dem Rat auf, das Vermögen des Studentenwerks freiwillig an den Minister zu übergeben, einen Vergleich zu schließen, denn einen Konkurs könnten die Wohnheimbewohner nicht verkraften.

Die Kommunistische Hochschulinitiative trat dagegen für eine Verweigerung eines jeden derartigen Vergleichs mit dem Ministerium ein, weil dies in allen Fällen darauf hinausläuft, die sozialen Einrichtungen der Studenten an den bürgerlichen Staat auszuliefern, der mit Hilfe dieser Einrichtungen den Studenten das Geld aus der Tasche zieht.

Diese Haltung setzte sich bei den Studenten auf einer Vollversammlung mit breiter Mehrheit durch und der Minister hatte das Nachsehen. Prompt verweigerte das Ministerium daraufhin die weitere Bezuschussung der Einrichtungen, so daß das Studentenwerk im März 1976 von ihm in den Konkurs getrieben wurde.

Ein Konkursverwalter wurde eingesetzt, der die Außenstände, darunter die von den Studenten verweigerten Mieten über 95 Mark, eintreiben sollte.



Ein Fußballturnier zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe wurde am 2.8. organisiert vom Fachschaftsrat Sport der Universität durchgeführt. 12 Mannschaften beteiligten sich an dem Turnier, dessen Erlös von 360 Mark an die ZANU geht. An dem Turnier hatten sich verschiedene Fachschaften der Universität beteiligt. Die Fachschaft Pädagogik hat zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe Postkarten hergestellt mit Motiven des Befreiungskampfes, die an der Universität verkauft werden.

800 Studenten machten in einer Demonstration Ende März für die Forderung nach einem selbstverwalteten Studentenwerk bei staatlicher Finanzierung daraufhin dem Ministerium klar, daß sie sich seinen Erpressungsmanövern nicht beugen würden.

Daraufhin schickte der Konkursverwalter Ende Juni den Studenten Zahlungsbefehle ins Haus, um sie so einzeln unter Druck zu setzen. Aber auch dieses Manöver mißlang: An einer Fahrraddemonstration Mitte Juli nach Düsseldorf beteiligten sich rund 150 Studenten und steckten dort dem für das Treiben des Konkursverwalters verantwortlichen Ministers die Zahlungsbefehle in den Briefkasten, hielten eine Pressekonferenz ab und klebten am Ministerium unter den Augen der Polizei Plakate mit ihren Forderungen an das Ministerium. In anschließenden Diskussionsgruppen in der Stadt bekundeten viele Menschen den Forderungen und Aktionen der Studenten ihre Zustimmung.

Jetzt versucht der Konkursverwalter durch Musterprozesse gegen einzelne Studenten den Mietstreik zu zerbrechen. Diesem Versuch steht die Tatsache gegenüber, daß die Streikfront der Studenten in den 4 Jahren dieser Auseinandersetzung an Breite und Entschlossenheit gewonnen hat, und daher in der Lage ist, auch diesem Angriff entgegenzutreten. – (Kommunistische Hochschulinitiative, Aachen)

Bürgerliche Naturwissenschaft auf Zauberwegen

Amerikanische und deutsche Wissenschaftler gaben eine Entdeckung bekannt, die sogleich als Höhepunkt der Nachkriegsgeschichte des gegenwärtig wichtigsten physikalischen Forschungsbereichs gefeiert wurde; der Untersuchung der Elementarteilchen, aus der die ganze Welt gebaut sein soll.

Eine solche Entdeckung wäre für die interessierten Kapitalisten fürwahr ein Riesenerfolg: haben sie doch allein für den Bau eines der größten Teilchenbeschleunigers in Batavia 250 Millionen Dollar investiert, werden in den USA fast 30 % aller öffentlichen und industriellen Mittel für die Grundlagenforschung und in Großbritannien 39 Millionen Pfund jährlich zur Erforschung dieser Frage ausgegeben. Die Hoffnung mit Neutrinobomben, Wasserstoffreaktoren und ähnlichen neuen Ergebnissen Riesenprofit zu machen, treibt sie dazu.

Bislang hat allerdings jede neue Entdeckung das Chaos nur vergrößern können. Es wurde gewissermaßen viel zu viel entdeckt, als erklärt werden konnte. Inzwischen sind über 300 verschiedene Elementarteilchen bekannt, und eine Menge von nicht weniger als mindestens 55 verschiedenen Hypothesen und Modellen, die den inneren Zusammenhang der Elementarteilchen aufdecken sollen.

Auf einer Tagung im Frühjahr dieses Jahres in Karlsruhe erklärte Elementarphysiker Hagedorn (Genf), *daß man allenfalls von einem Puzzle sprechen könne: Es gebe einen festen Rahmen, vorgegeben durch grundlegende Bedingungen, die jede Theorie zu erfüllen habe, und zahlreiche Steinchen. Darunter seien falsche, andere fehlten wieder und man wisse auch noch gar nicht, wie viele man eigentlich benötige, um den Rahmen auszufüllen.* Der Kommentator der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zog einen etwas nüchterneren Schluß: *„So scheinen doch manche dieser Hypothesen mit der scholastischen Frage, wieviel Engel auf einer Nadelspitze Platz haben, mehr gemein zu haben als mit einer physikalischen Theorie.“*

Spontan hat der Berichterstatter der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ treffend den Vergleich zu Problemen einer anderen untergehenden Klasse gezogen. Immer mehr spüren die Kapitalisten und Physiker, daß sie wohl hoffnungslos Kapitalanlagen und Geisteskraft in eine Frage investieren, mit der sie nicht mehr zurandekommen. Daher mehren sich unter den Physikern die Stimmen, die mit einem Gewaltstreich die komplizierten Kontroversen durch eine billige Sandkastenlösung beenden wollen.

Der amerikanische Physiker Gellmann hat vorgeschlagen, alle Elementarteilchen nochmals auf fundamentalere Teilchen zurückzuführen: die Quarks. Alle Teilchen werden als „Dreikäsehochs“ interpretiert, die aus maximal drei Quarkteilchen bestehen können. Daß bisher nicht ein einziger Quark beobachtet werden konnte, schreckt die Physiker kaum. Erschöpft von den Rechnungen mit unendlichen Systemen mathematischer Differentialgleichungen lassen sie sich bereitwillig von solcher simplen Fata Morgana blenden. Und wo langsam doch jeder in den letzten Jahren einsehen mußte, daß auch die These, „die ganze Welt besteht aus Quark“ nicht alle Probleme klären konnte, so wurde der Quark nur verzaubert: Harvard-Professor Glashow fügte dem Dreikäsehoch noch ein viertes Quarkteilchen, das Zauberteilchen, hinzu. Vor einigen Wochen haben amerikanische und deutsche Experimentierer physikalische Prozesse beobachtet, die durch die Hypothese der Zauberteilchen erklärt werden können. Das ist alles, was die Freude ausgelöst hat. Vielleicht wurde wirklich eine neue Erscheinung entdeckt, die mit den herkömmlichen Theorien nicht mehr erklärt werden kann, das wäre allerdings nichts Neues, sondern war gerade das Alltägliche der Elementarphysik der letzten Jahre. Es wurde zwar ein physikalischer Prozeß entdeckt, der mit der Zaubertheorie übereinstimmen mag, aber ebenso mit x anderen Theorien. Quark oder Zauber selbst wurden jedenfalls nicht entdeckt. Die gibt es bislang nur in den Hirnen amerikanischer Hochenergiephysiker.

Wie konnte es aber zu einer solchen prekären Situation kommen? Die Grundlagen der bürgerlichen Naturwissenschaft geraten offensichtlich ins Wanken. Noch zu Beginn dieses Jahrhunderts gab es einen mitreißenden Siegeszug der Atomphysik, fast jährlich konnte das Atommodell verbessert werden. Das Atom besteht aus negativ geladenen Elektronen, die um einen Atomkern kreisen, der aus ebensoviel positiv geladenen Protonen zusammengesetzt schien. Das widersprach jedoch der Elektrizität, denn gleichgeladene Teilchen stoßen sich ab. Der Widerspruch wurde gelöst, indem im Atomkern Kernkräfte (die starke Wechselwirkung) entdeckt wurden, die viel stärker sind als die Elektrizität und für den Zusammenhalt des Kerns sorgen. Mit den Kernkräften wurden zahlreiche neue Teilchen entdeckt, die untereinander durch die starke Wechselwirkung verbunden sind, eben die Elementarteilchen. Aus ihnen setzen sich die Atome und damit die ganze Welt zusammen.

Mit diesen Entdeckungen ist die Physik jedoch in einen Bereich gelangt, wo sie an ihre inneren Schranken stößt. Die bürgerliche Naturwissenschaft beruht wie alle bürgerliche Wissenschaft auf der strikten Trennung von wissenschaftlicher Forschung und Theoriebildung gegenüber der produktiven Arbeit und Naturumwälzung. Während die produktiven Arbeiter unter dem Oberkommando des Kapitals in Industrie und Landwirtschaft Naturgegenstände so verändern, daß sie der Konsumtion zugänglich werden, beschränken sich die Wissenschaftler auf die **Beobachtung** und **Interpretation** von Naturprozessen. Die bürgerliche Naturwissenschaft unterscheidet sich von der früheren Wissenschaft durch ihre experimentelle Arbeitsweise, die diesen Widerspruch jedoch nicht löst.

Das Experiment besteht darin, daß der Physiker feste und von ihm variierbare Rahmenbedingungen vorgibt und dann beobachtet, was in diesen Grenzen geschieht. Daraus resultieren dann seine Beobachtungsgesetze: Wenn die Bedingungen x vorausgesetzt sind, gelten die Ereignisse y. Als ein Beispiel: Wenn alle Kräfte bis auf die Erdanziehungskraft vernachlässigt werden, fällt ein Stein genau mit der Beschleunigung 9,806 Meter pro Quadratsekunde zu Boden. Wesentlich für das Experiment ist also, daß die Rahmenbedingung vom Physiker vollständig bestimmt werden kann, und daß innerhalb des Rahmens keine Störung auftreten darf. Das Experiment ist damit notwendig von der produktiven Arbeit getrennt, denn die produktive Arbeit verändert die Naturprozesse, stört sie im Sinne des experimentierenden Wissenschaftlers. Der Wissenschaftler will die „reine“ Natur sehen, die produktive Arbeit will die rohe Natur dem Menschen brauchbar machen. (Es geht hier immer um produktive Arbeit im absoluten Sinne, also nicht darum, daß sich etwa im Kapitalismus die Kapitalisten die veränderten Naturprodukte aneignen und ihnen nur die Arbeit als produktiv gilt, von deren Ergebnissen sie als Parasiten profitieren können.)

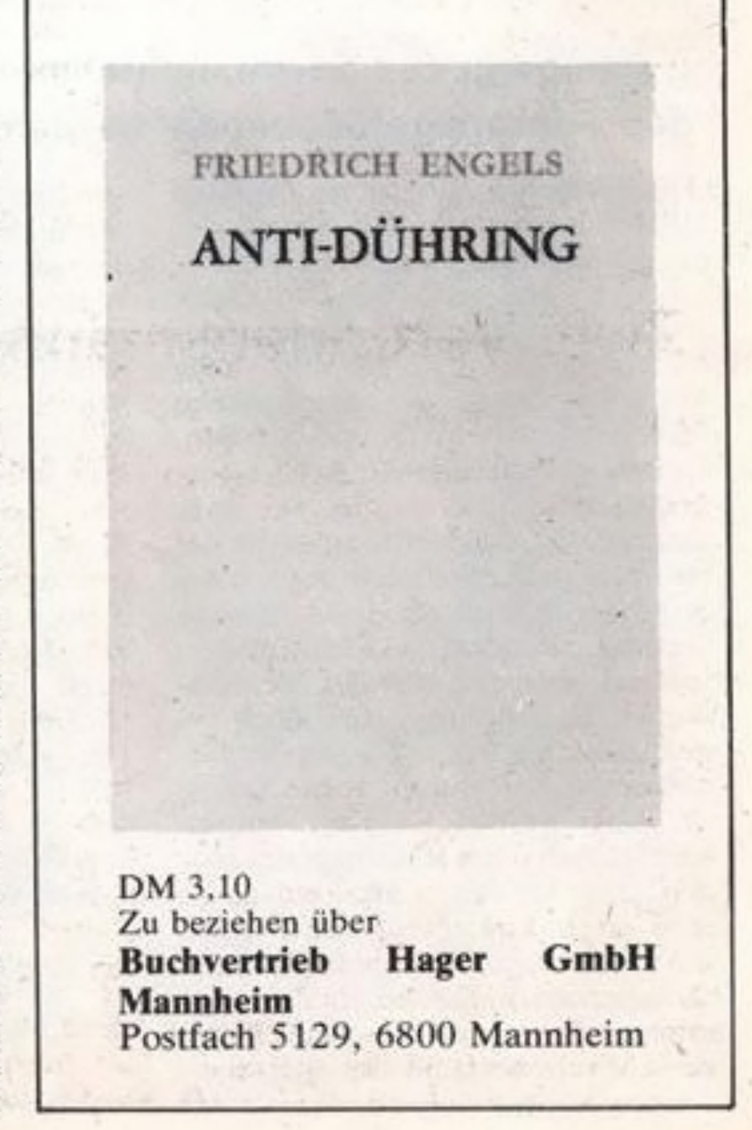
In den Experimenten der bürgerlichen Elementarteilchenphysik lassen sich diese beiden Bedingungen nicht mehr aufrechterhalten. Elementarteilchen können nur mit Hilfe anderer Elementarteilchen beobachtet werden. Da aber alle Elementarteilchen untereinander in Wechselbeziehung stehen, bedeutet das, daß jedes Meßgerät, mit dem Elementarteilchenprozesse (etwa das Aufeinanderstoßen verschiedener Elementarteilchen) beobachtet werden, selbst in Wechselwirkung mit den Elementarteilchen tritt, die analysiert werden sollen. Das führt dann dazu, daß am Ende auf dem Meßschirm (etwa der Fotoplatte) nicht das zu beobachtende Elementarteilchen selbst zu sehen ist, sondern das Ergebnis der Wechselwirkung dieses Elementarteilchens mit **den** Teilchen, mit Hilfe derer das Meßgerät arbeitet. Beobachtung und Veränderung lassen sich also gar nicht mehr absolut trennen. Elementarteilchen können nur beobachtet werden, indem sie verändert werden!

Da aber die Physik nur darauf aus ist, das reine Elementarteilchen zu beobachten, wird das veränderte Ergebnis ärgerlich als „Gemenge“ betrachtet und werden komplizierte Wahrscheinlichkeitsrechnungen notwendig, um vom Gemenge auf das ursprüngliche Elementarteilchen zurückzuschließen. Ob diese Wahrscheinlichkeitsrechnungen zutreffen, kann nicht gesagt werden, denn weil nur das Ergebnis der Veränderung und das Meßgerät bekannt sind, können weder das ursprüngliche Teilchen noch der Veränderungsprozeß selbst beobachtet werden. Dieser Wahrscheinlichkeitscharakter führt dazu, daß mit Hilfe verschiedener Theorien die gleichen Gemenge erklärt werden können. In der Elementarteilchenphysik gibt es daher notwendig verschiedene Theorien; daran kann kein Zaubermittel etwas ändern.

Ist schon die reine Beobachtung versaut, so ist seit einigen Jahren entdeckt worden, daß auch eine absolute Bestimmung der Rahmenbedingungen unmöglich ist. Die Rahmenbedingungen können nur exakt festgelegt werden, wenn es in der Gewalt der Physiker ist, sie herzustellen. Wenn aber durch die ganze Welt Rahmenbedingungen vorgegeben werden, so ist der Physiker machtlos. Diese Situation tritt in den Elementarprozessen ein. Veränderungen der Elementarteilchen müssen auch durch fernwirkende Kräfte erklärt werden, die aus dem Universum als Ganzem stammen. Es ist entdeckt worden, daß bei elektromagnetischen Prozessen (z.B. Stromerzeugung und -umwandlung) bestimmte Elementarteilchen (Photonen) erzeugt werden, die sich mit Lichtgeschwindigkeit ausbreiten und andere Elementarteilchen verändern können. Diese Photonen und höchstwahrscheinlich noch andere Teilchen, die bisher gar nicht entdeckt sind, prasseln auf die Experimente ein und stellen eine Rahmenbedingung dar, die vom Physiker nicht beeinflußt werden kann, da sie halt mit Lichtgeschwindigkeit oder eventuell noch schneller aus dem ganzen Weltall einströmen. Dadurch werden die zu beobachtenden Teilchen verändert, das Experiment folglich gestört, ohne daß es in der Reichweite des Physikers liegt, hier Abhilfe zu schaffen. Weil er damit nicht fertig wird, nennt er die auf diese Weise veränderten Teilchen „seltsame Teilchen“ (die Amerikaner nennen das „strangeness“). So werden die Theorien der Elementarphysik noch willkürlicher und unberechenbarer.

Aus diesem Dilemma kann die Naturwissenschaft nur heraus, indem sie ihren Standpunkt radikal ändert. Anstatt starr an der reinen Beobachtung festzuhalten, muß sie mit der produktiven Arbeit verschmolzen werden. Dann kann nämlich die bornierte Herangehensweise, alle veränderten Ergebnisse lediglich auf ihre reinen Faktoren zurückzuführen, überwunden werden. Dann werden die durch die Meßgeräte erzeugten Gemenge und die durch universelle Kräfte erzeugten seltsamen Teilchen unmittelbar im Rahmen des Produktions- und Konsumtionsprozesses gesehen. Physikalische Experimente, die in ihren beschränkten Bahnen heute bereits Produktion, Veränderung darstellen, werden von der wirklichen, direkten Produktion mit dem Ziel der Erfüllung gesellschaftlicher Bedürfnisse einverleibt und können so ihren unerschöpflichen Reichtum entfalten. Diese Überwindung der Trennung von Theorie und Praxis ist aber nur im Rahmen der umfassenden sozialen Revolution denkbar, in der alle Arbeitsteilung überwunden wird. Mit Zauber- und Quarkteilchen wird genauso ausgemistet werden wie mit den himmlischen Engels- und Heerscharen. Das wird eine Aufgabe der Revolution im Überbau sein. – (t., Westberlin)

Literatur: Heisenberg, „Einführung in die einheitliche Feldtheorie der Elementarteilchen“, Stuttgart 1967, Mittelstaedt, „Philosophische Probleme der modernen Physik“, Mannheim 1972, Aufsätze von Fock und Nowoshilow im Sammelband „Struktur und Formen der Materie“, Berlin (DDR) 1969, Levy-Leblond, „Das Elend der Physik“, Merve-Verlag, Westberlin 1975, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.3.1976, Süddeutsche Zeitung vom 16.7.1976.



Flottenbesuch im Hamburger Hafen – Marine will Zeit- und Berufssoldaten ködern

Die Imperialisten erlitten Schiffbruch

Hamburg. Vom Freitag, dem 6.8., bis Montag, dem 9.8., lagen das Flugkörperschnellboot „S45", die Fregatte „Braunschweig" und der Lenkwaffenzerstörer „Rommel" an der Überseebrücke im Hamburger Hafen. Geplant war wieder eine große Propagandaschau für die imperialistische Armee.

Schon zwei Wochen vorher wurde die Sache in der Presse verbreitet. Mit der Hamburger „Morgenpost" wurde ein Preisausschreiben veranstaltet, bei dem über einige ungewöhnlich dumme Fragen 14- bis 18-jährige Jugendliche eingefangen werden sollten. Man spekuliert auf das Interesse an der modernen Technik und auf die Begeisterung für Schiffe und Seefahrt und setzte als Preis eine Fahrt mit dem Schnellboot.

Daß gerade die genannte Altersklasse ausgewählt wurde, zeigt den Zweck. Die Marine will Zeitsoldaten und Berufssoldaten ködern.

Dagegen benutzten wir – das Hamburger Soldaten- und Reservistenkomitee und der Kommunistische Jugendbund – diese Öffentlichkeit, um den imperialistischen Zweck der westdeutschen Flottenrüstung zu enthüllen.

Durch die organisierte Beteiligung am Preisausschreiben gelang es uns, zwei KJB-Genossen auf das Schnellboot zu bekommen, um dort unter den Jugendlichen zu arbeiten und die verantwortlichen Offiziere zur Rede zu stellen.

Bei dieser Aktion zeigte sich dann auch sehr schnell, wie eng Aggression mit politischer Reaktion im Land gemein geht:

Der eine Genosse wurde, als er begann, seine Flugblätter zu verteilen, festgenommen, das Material beschlagnahmt. Man wollte ihn zwingen, sogar seine Plakette gegen den § 218 abzumachen.

„Wenn Sie nochmal jemanden in ein Gespräch verwickeln" – dann würde er den Rest der Fahrt in der Messe festgesetzt und der Wasserschutzpolizei übergeben, wurde ihm gedroht.

Der Genosse ließ sich allerdings nicht einschüchtern. Kaum hatte er kurz mit einem Passagier ein paar Worte gewechselt, eilte der Offizier hinzu:

„Fühlen Sie sich belästigt?"

Worauf der Gesprächspartner verneinte.

Der Offizier drehte die Sache schnell so hin, wie's ihm gefiel, und sperrte unseren Genossen endgültig ein.

Diese „peinliche Angelegenheit" wird den Imperialisten gar nicht passen und bei einer Reihe Menschen Zweifel entfacht haben.

Der betroffene Genose machte diesen Vorfall gleich, nachdem er wieder frei war, mit dem Megaphon auf den Landungsbrücken bekannt.

Dort hatten wir während des Wochenendes vormittags und nachmittags mit einigen Mitgliedern mit Literatur und Stellwänden gearbeitet. Am Sonntag, bei den Schnellbootfahrten, waren zeitweise bis zu 40 Menschen versammelt und beteiligten sich an der Auseinandersetzung.

Ein Erfolg war dabei, daß die Polizei nicht wagte, ihren Überfall von Sonnabendmittag zu wiederholen. Sie mußten uns schön in Ruhe lassen, denn die Menschen sehen es gar nicht gerne, wenn ihre Debatte und die freie politische Betätigung unterdrückt werden.

In der Debatte haben wir die Schwierigkeiten erfahren und die politischen Aufgaben, die vor uns liegen. Wir haben aber auch erfahren, daß die Aufgaben erfüllbar und die Schwierigkeiten überwindbar sind.

Die Schwierigkeiten sind im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß in der Auffassung von Teilnehmern an der Auseinandersetzung der BRD-Imperialismus gegenüber der sozialimperialistischen Supermacht UdSSR erst mal in der Rolle des Verteidigers dastand und nicht als imperialistischer Konkurrent, der seine Armee aufrüstet und sich anschickt, sie einzusetzen bei seinen Raubzügen gegen die Völker der Welt.

Wenn wir diese Tatsache aber mit Fakten und Enthüllungen in den Diskussionen belegten und herausarbeiteten, hatten wir Erfolg: die Zahl derjenigen, die zunächst gegen unsere Ansichten war, verringerte sich, die Reaktionäre und die zahlreichen Spitzel von Polizei und Bundeswehr konnten isoliert werden.

Das Interesse ist da. Unsere Stellwände wurden ungewöhnlich oft und intensiv studiert:

Wenn wir die Tatsachen aufdecken,

– daß Fregatten mit einer Reichweite von mehreren Tausend Kilometern nicht den Zweck haben, die deutschen Küsten zu verteidigen;

– daß, wie in der KVZ berichtet, bereits offiziell wissenschaftliche Studien in Auftrag gegeben werden, um die Seewege in der südlichen Hemisphäre beherrschen zu können;

– daß der Vier-Sterne-General Graf von Kielmannsegg unverblümt seine Erfahrungen als Nazi-General gegen sowjetische Partisanen im „Spiegel" propagiert,

dann können wir mit wachsenden Erfolgen gegen diese Propagandaschau der Bundeswehr antreten.

Dazu müssen wir **jede** Gelegenheit ergreifen! Denn die Finanzbourgeoisie verstärkt ihre Bemühungen enorm. – (f., Soldaten- und Reservistenkomitee Hamburg)



Wasserschutzpolizei und Offizier sind ratlos



Teilweise gab es erbitterte Auseinandersetzungen mit Bürgerlichen!



Das Interesse an unseren Reden und Stellschildern war groß





Das Interesse an unseren Reden und Stellschildern war groß



Agitation unter den Gewinnern des Preisausschreibens während der Fahrt.

Vertrauensmannwahlen genutzt

Ernst-Moritz-Arndt-Kaserne Neustadt (Marburg). In der dritten Woche der Grundausbildung der 3. Kompanie des Panzergrenadierbataillons 62 fanden Vertrauensmannwahlen statt.

Von acht Kandidaten (und insgesamt zirka 100 Rekruten) bekam ein Rekrut, der für die Forderungen: „Einhaltung der Dienstzeit; schriftliche Ausarbeitungen während der Dienstzeit; Verlängerung des Zapfenstreichs auf 24 Uhr; mehr Wehrsold" eintrat, 19 Stimmen und wurde damit dritter Vertrauensmann. Die ersten beiden Vertrauensleute traten offen gegen die letzten beiden Forderungen auf und versprachen „vertrauensvolle Zusammenarbeit" mit dem Kompaniechef. Dafür erhielten sie zusammen 47 Stimmen (20 und 27).

Der Kompaniechef reagierte darauf mit Zuckerbrot und Peitsche: Den Forderungen nach Einhaltung der Dienstzeit und nach schriftlichen Ausarbeitungen während der Dienstzeit wurde stattgegeben. Allerdings wurde sofort angekündigt, daß es jetzt mehr Schreibarbeiten geben würde als vorher. Außerdem mußte der dritte Vertrauensmann zum Kompaniechef, wo er über Befehl und Gehorsam, Ruhe und Ordnung, die 24-stündige Dienstzeit des Soldaten und ähnliches zu hören bekam. (Initiative für ein Soldaten- und Reservistenkomitee Marburg / Stadt Allendorf / Neustadt)

Zwei Vertrauensmänner abgesetzt

Auszug aus der Presseerklärung

„Am 20.7.76 sind wir, die Gefreiten Badeck und Urban, vom Truppendienstgericht Mitte als Vertrauensleute der Mannschaften der Nachschubkompanie 130 in Wetzlar abgesetzt worden, obwohl sich die Hälfte der Soldaten in einer Unterschriftensammlung gegen die geplante Absetzung ausgesprochen hatte. Das Gericht begründete die Absetzung damit, daß wir uns „auf einem wichtigen Teilgebiet außerhalb der soldatischen Rechtsordnung gestellt haben", weil wir bewußt entgegen einem „ausdrücklich geläufigen Befehl" in Uniform an der 1. Mai-Demonstration des DGB teilgenommen haben und diese Handlungsweise immer noch für richtig halten.

Wir haben mit sieben anderen Soldaten an der 1. Mai-Demonstration teilgenommen,.. Unter anderem trugen wir die Forderungen nach „freier politischer und gewerkschaftlicher Betätigung in der Bundeswehr", „Lohnfortzahlung für Wehrpflichtige" und „Dienstausgleich für alle Zusatzdienste" mit. Der Schritt an die Öffentlichkeit war unserer Meinung nach ein gutes Mittel, um die Trennung vom Volk, die durch Kasernierung, große Entfernung von der Heimat, von Freunden, Familie und Kollegen, geringen Sold usw. erzeugt wird, zu überwinden. Außerdem wollten wir gerade am 1. Mai zeigen, daß wir auch als Soldaten auf der Seite der Kollegen draußen stehen, ihre Forderungen unterstützen und uns nicht gegen sie einsetzen lassen ...

Dienstvergehen von „erheblichem Unrechtsgehalt"

Sontra/Kassel. Im Standort Sontra haben die Offiziere eine Reihe von Disziplinarstrafen gegen den Soldaten H. Arend verhängt, mit denen es ihnen aber nicht gelungen ist, den Kampf für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Bundeswehr zu unterdrücken. (Die KVZ berichtete mehrfach darüber.)

H. Arend hat gegen sämtliche Strafen Beschwerde eingelegt. Inzwischen sind die ersten Beschwerdebescheide eingetrudelt.

Die Strafe wegen Beteiligung an der gewerkschaftlichen Mai-Demonstration in Kassel wurde auf 5 Tage Arrest mit Bewährung heruntergesetzt, weil H. Arend erst kurze Zeit bei der Bundeswehr sei. Nicht das ist aber der Grund, sondern die Empörung der Bevölkerung über diese Strafen.

Wegen der Teilnahme an der Maidemonstration wurde inzwischen auch ein Soldat aus dem Standort Hessisch-Lichtenau mit 14 Tagen Arrest bestraft.

Um dieser öffentlichen Entrüstung Wind aus den Segeln zu nehmen, sagen die Offiziere, ein Oberleutnant des Nachschubbataillons 2 in Kassel habe die Beteiligung von H. Arend am 1. Mai gemeldet.

„Bewährung" nicht bestanden

In den Beschwerdebescheiden, die dem Soldaten zugestellt sind auf seine Beschwerden gegen die Bestrafung wegen der Verweigerung des Befehls, Soldaten in Uniformen des deutschen Faschismus im Rahmen eines Schützenfestumzuges durch Sontra zu fahren, wird die „Traditionspflege" als etwas „Objektives" und „Neutrales" dargestellt. In der KVZ 30/76 hatten wir den Kommandeur der Sontraer Kaserne zitiert, der sich voll hinter diese Tradition des Faschismus und der imperialistischen Raubkriege stellte. Die Dienstvergehen seien von „erheblichem Unrechtsgehalt", stellen die Offiziere fest, der Soldat Arend sei nicht bereit, „sich in die militärische Ordnung einzufügen". So wird inzwischen auch eine weitere – die vierte – Disziplinarstrafe gegen den Soldaten vorbereitet, wegen angeblicher „Weitergabe von Informationen über dienstliche Angelegenheiten".

Solidaritätsaktionen

Viele Sontraer und Kasseler Bürger treten inzwischen für die Rücknahme der Strafen ein. Vorletzten Samstag, als wir zum dritten Mal einen Stand in Sontra machten, unterschrieben 14 Bürger die Resolution des Kasseler Soldaten- und Reservistenkomitees.

Resolutionen, in denen gegen die Unterdrückungsmaßnahmen in Sontra Stellung genommen und die freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Bundeswehr gefordert wird, beschlossen die 44 Teilnehmer einer Veranstaltung der Ortsgruppe Kassel des KBW sowie die 28 Teilnehmer einer Veranstaltung der Kasseler Soldaten- und Reservistenkomitees, darunter 14 Soldaten aus den Standorten Kassel, Sontra, Hessisch-Lichtenau, Fritzlar und Arolsen. Soldaten aus dem Standort Rennerod drückten ihre Solidarität in einem Brief an den Soldaten Arend aus. Sie wollen in ihren Einheiten über den Kampf in Sontra berichten. – (r., Soldaten- und Reservistenkomitee Kassel)

Spanien: Im Kampf gegen das faschistische Regime

Die Volksmassen lehnen den Amnestie-Betrug ab

Die vom spanischen König verkündete Amnestie für politische Gefangene erweist sich als eine Farce, die im ganzen Land von den Volksmassen angegriffen wird.

Bisher sind nach offiziellen Angaben 41 der offiziell 635 politischen Gefangenen freigelassen worden, eine Gruppe von Rechtsanwälten in Barcelona erklärte, es seien bisher nur 20. Allein 25 Personen hat die Polizei am 29.7. in Madrid erneut verhaftet bei einer Demonstration für Freilassung aller politischen Gefangenen und Wiedereinstellung für die entlassenen Arbeiter. Bei dieser Demonstration wurden zwei Arbeiter durch Schüsse der Polizei schwer verwundet, Alfons Alfatar, Vertrauensmann bei Standard und Mitglied der Partei der Arbeit (PTE), und Manuel Ramos, Vertreter der Provinzkomitees der Arbeiterkommissionen und Mitglied der Revolutionären Arbeiterorganisation ORT. Dies war an dem Tag, an dem die Amnestie verkündet wurde. Am nächsten Tag veröffentlichte die Stadtteilkommission von Villaverde eine Resolution, in der es heißt:

„Wieder einmal, wie in Vitoria, Santurce und vielen anderen Orten, war unser Blut, das Blut des Volkes, die Antwort, die wir auf unsere gerechten Forderungen bekommen haben. Solange sich die Arbeiter und die Volksmassen nicht ihre Rechte und Freiheiten nehmen, werden diese Dinge weiterhin passieren. Wir lassen uns von dem demokratischen Geschwätz der neuen Regierung, mitsamt ihrem Chef Juan Carlos, nicht täuschen. ... Die Tatsachen machen täglich klar, daß nur das Volk die Demokratie und Freiheit, unsere Rechte garantieren kann." Am gleichen Tag streikten in Madrid 100000 Arbeiter der Fabriken Standard, Citesa, Bosch, Barreiros, Boeticher, Worthington, Otis, Osram, Isodell, Electrolux, Pgaso, Flex und Fensa aus Protest gegen den brutalen Eingriff der Polizei und aus Solidarität mit den 2 Verwundeten. Am nächsten Tag, dem 31.7., antworteten politische und gemeine Gefangene des Madrider Gefängnisses Carabanchel mit einer Meuterei und besetzten für mehrere Stunden das Gefängnisdach. Auch in den Gefängnissen von La Coruna und Cordoba, sowie im Gefängnis von San Sebastiàn meuterten die Gefangenen gegen den Amnestiebetrug.



Demonstration der Frauen der Arbeiter von Motor Iberica am 6. Juli gegen die Entlassungen, gegen die Sanktionen, für vollständige Amnestie

Unter den ersten freigelassenen Gefangenen befanden sich auch zwei Arbeiter aus Vitoria. Mit ihrer Freilassung will das Regime offensichtlich einen Prozeß vermeiden, bei dem die Terrorangriffe der Polizei gegen die Demonstration in Vitoria, bei denen 5 Personen erschossen worden waren, zum Gegenstand der Anklage auf der Tribüne des Gerichts gemacht würden. Die zwei aus Vitoria wurden von mehreren Zehntausend am Bahnhof in Vitoria empfangen. Es wurde daraus eine Massendemonstration durch die Stadt für die Freilassung aller politischen Gefangenen und den Sturz des verhaßten Regimes. Die Polizei schoß mehrmals in die Demonstration und verletzte mehrere Personen.

Im ganzen Land ist der Amnestie-Erlaß als Betrug zurückgewiesen worden. Er sieht nur die Freilassung solcher Häftlinge vor, die nicht „Leib und Leben anderer Personen gefährdet" haben, eine Formulierung, mit der das Regime sich die weitere Inhaftierung fast aller Gefangenen offenhält. Auf Paktierer- und Versöhnungskurs gehen dennoch die Revisionisten von der PCE und die Sozialdemokraten der PSOE und PSP. In gesonderten Erklärungen nahmen sie die scharfe Stellungnahme gegen das Regime und die faschistische Monarchie, die die Coordinacion democratica veröffentlicht hatte, und die sie selbst mit unterschrieben hatten, praktisch zurück, nachdem die Regimepresse wütend und getroffen auf die Stellungnahme reagiert hatte.

Dies Vorgehen wurde von den übrigen Gruppen in der Coordinacion democratica, den Comisiones obreras, den revolutionären Organisationen, ja selbst von der Carlistenpartei scharf verurteilt. Die schärfste Verurteilung des Paktiererkurses der Reformisten und Revisionisten sind die Aktionen der Massen selbst.

Mañana, España será republicana!

Die Massen nutzen jede Gelegenheit, um gegen das Regime und die faschistische Monarchie und für die Freilassung aller politischen Gefangenen zu demonstrieren. Touristen müssen erleben, wie bei Stierkampfveranstaltungen plötzlich Gruppen von Jugendlichen die Arena stürmen, Transparente entfalten und unter begeisterten Zurufen der Zuschauerränge die Wiederherstellung der Republik fordern. Mañana, España será republicana! Morgen wird Spanien Republik sein, ist der einheitliche Schlachtruf der Massen geworden.

Unterdes nehmen die Arbeiterstreiks ihren Fortgang. Gegen Kurzarbeit und Lohnstopp, für die Wiedereinstellung aller Entlassenen sind die Streikforderungen. In Santander streiken alle Betriebe der Größe mit bis zu 100 Arbeitern, für die Wiedereinstellung eines Arbeiters, der bei Cimonsa aus politischen Gründen entlassen wurde: 1700 aus 70 Betrieben! Für höheren Lohn, bessere Arbeitsbedingungen und Rente von 90 % ab 63 Jahren streiken die Arbeiter und Angestellten der staatlichen Schlafwagengesellschaft. Im zweiten Monat schon streiken die Arbeiter von Hutchinson in Madrid für die Wiedereinstellung aller Entlassenen. Sie haben die Kirche von Moratalaz besetzt. Fortgesetzt wird der Streik der Arbeiter von Motor Iberica in Barcelona. Ein Priester, der die Familien der Arbeiter unterstützt hatte, als sie die Kirche besetzt hatten, wurde inzwischen verhaftet. Die Frauen demonstrieren jetzt immer wieder vor dem Gefängnis und fordern die Freilassung aller politischen Gefangenen. Für Streik von Motor Iberica werden wöchentlich ca. 60000 DM Unterstützungsgelder benötigt, die im In- und Ausland gesammelt werden. Die Solidarität ist so ungebrochen wie der Kampfeswille der Motor Iberica Arbeiter. Diesen Kampf gilt es zu unterstützen!

Postscheckkonto Nr. 262155-200 Hamburg, Uwe Möffert, Stichwort: Motor Iberica.

Das Geld gelangt direkt an die Streikkasse. – (bb)

Kommunistischer Bund Österreichs gegründet

Gründungserklärung des KB Österreichs

Am 6.8.1976 wurde in Wien der Kommunistische Bund Österreichs gegründet. Ein Programm und ein Statut wurden beschlossen, in Resolutionen wurde eine Einschätzung der politischen Lage auf der Welt und in Österreich vorgenommen, die Hauptfragen unserer politischen Linie wurden festgelegt, ein Zentralkomitee wurde gewählt.

Gleichzeitig haben sich der KB Graz, KB Linz, KB Tirol, KB Salzburg/Hallein, der KB Wien und die KG Klagenfurt in den Kommunistischen Bund Österreichs aufgelöst.

Anwesend waren weitere Gastdelegierte mit beratender Stimme aus Knittelfeld und Vorarlberg sowie von den Marxistisch-Leninistischen Studenten Wien, Marxistisch-leninistischen Studenten Linz, vom Marxistischen Studentenbund Salzburg, von der Vereinigung zur Unterstützung der Volkskämpfe Wien, vom Roten Schülerbund Wien. Als ausländischer Gast war ein Vertreter des Kommunistischen Bundes Westdeutschland anwesend.

Die Gründung des Kommunistischen Bundes Österreichs stellt einen wichtigen Schritt in der Entwicklung der marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich dar. Das Programm des Kommunistischen Bundes Österreichs hält zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich fest: „In Österreich haben ebenfalls eine Reihe aufrechter Kommunisten am Marxismus-Leninismus festgehalten. In den letzten Jahren sind neue Kräfte zur marxistisch-leninistischen Bewegung gestoßen und sie hat einen neuen Aufschwung genommen." Diese neuen Kräfte, die ihren Ursprung in der demokratischen Jugend- und Studentenbewegung Ende der 60er Jahre hatten, haben sich rasch entwickelt und sich seit Anfang der 70er Jahre als örtliche marxistisch-leninistische Zirkel organisiert, die ihre Aufgabe in der Verbindung des Marxismus-Leninismus mit dem Klassenkampf in Österreich und in der Verankerung im Industrieproletariat sahen. Die Fortschritte dabei haben jetzt die Gründung einer einheitlichen, in ganz Österreich tätigen, demokratisch-zentralistisch aufgebauten Kampf-Organisation ermöglicht. Die Gründung des Kommunistischen Bundes Österreichs wurde vorbereitet durch eine jahrelange enge ideologische Verbindung und politische Zusammenarbeit der Kommunistischen Bünde sowie insbesondere durch die im letzten halben Jahr erfolgte gemeinsame Ausarbeitung von Programm und Statut.

Im Kommunistischen Bund Österreichs ist der größte Teil der organisierten Marxisten-Leninisten zusammengefaßt, und er ist, verglichen mit den anderen marxistisch-leninistischen Organisationen, die stärkste und einflußreichste politische Kraft.

Da seit dem revisionistischen Verrat der KPÖ die österreichische Arbeiterklasse keine proletarische Klassenpartei und somit keine revolutionäre Führung mehr hat, sieht der Kommunistische Bund Österreichs heute seine Hauptaufgabe darin, seinen Beitrag zum Aufbau einer neuen marxistisch-leninistischen Kommunistischen Partei der österreichischen Arbeiterklasse zu leisten. Er arbeitet an der weiteren Entwicklung der ideologischen und politischen Linie der Kommunisten in Österreich durch die Verbindung der allgemeingültigen Wahrheiten des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Situation in Österreich, er arbeitet für die Verankerung dieser Linie unter den Arbeiter- und Volksmassen und strebt auf ihrer Grundlage die Herstellung der Einheit aller Marxisten-Leninisten und die Zusammenfassung aller klassenbewußten Arbeiter und anderer revolutionärer Menschen in der Partei an. Der Kommunistische Bund Österreichs ist jederzeit bereit, sich in eine höhere Form der Einheit der Marxisten-Leninisten in Österreich aufzulösen.

Der Kommunistische Bund Österreichs gibt eine vierzehntägige Zeitung „Klassenkampf" und ein theoretisches Organ „Kommunist" heraus.


Hinter den Losungen des KB Wien demonstrieren 850 Menschen am 1. Mai 1976. An der anschließenden Veranstaltung im Saal des Gewerkschaftshauses nahmen 550 Menschen teil. Auch in Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Linz und Salzburg führten die Kommunistischen Organisationen am 1. Mai Veranstaltungen durch, an denen sich zahlreiche Menschen beteiligten. Diese Organisationen haben sich jetzt zum Kommunistischen Bund Österreichs zusammengeschlossen mit dem Ziel, die Kommunistische Partei, die marxistisch-leninistische Führung der Arbeiterklasse wieder aufzubauen.

Grußtelegramm des Zentralen Komitees des KBW

An das Zentralkomitee
des Kommunistischen Bundes
Österreichs (KB)

Liebe Genossen,

Wir übersenden Euch unsere revolutionären Grüße zur Gründung des Kommunistischen Bundes Österreichs und zur Wahl des Zentralkomitees. Der Kommunistische Bund Österreichs hat sich auf seiner Gründungskonferenz ein marxistisch-leninistisches Programm gegeben, hat ein Statut verabschiedet, das den Aufbau der demokratisch-zentralistischen Organisation festlegt, und hat in drei Resolutionen das Programm auf die gegenwärtige Situation des Klassenkampfes angewandt. Auf Grundlage seines Programms und der anderen Festlegungen wird es dem Kommunistischen Bund Österreich sicherlich gelingen, die großen Aufgaben des Klassenkampfes und die weiteren Schritte im Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei des Proletariats erfolgreich in Angriff zu nehmen und so einen unbedingt notwendigen Beitrag zur proletarischen Revolution in Österreich und zur proletarischen Weltrevolution zu leisten.

Die Arbeiterklasse unserer beiden Völker hat stets Schulter an Schulter innerhalb der Weltarmee des internationalen Proletariats gekämpft. Die revolutionären Organisationen des Proletariats unserer beiden Völker haben immer brüderliche Beziehungen unterhalten und sich gegenseitig unterstützt. Unsere beiden Organisationen verbindet der Marxismus-Leninismus und sie stehen fest in der revolutionären Tradition des Proletariats beider Länder. In beiden Ländern ist es notwendig geworden, nachdem Reformismus und Revisionismus die revolutionären Parteien des Proletariats zerstört haben, die Kommunistische Partei neu aufzubauen. Unsere Organisationen haben sich dies Ziel als nächste Aufgabe gestellt. Dabei gehen wir davon aus, daß die Kommunistische Partei nur auf der richtigen marxistisch-leninistischen Linie aufgebaut werden kann und daß der ideologische Aufbau der Partei das Hauptkettenglied ist, das es zu ergreifen gilt, um die Vorhut der Arbeiterklasse in der Praxis des Klassenkampfes zusammenzuschließen und zur Führung der Arbeiterklasse zu befähigen. Es ist ein großer Fortschritt für die Marxisten-Leninisten in Österreich und für die ganze Arbeiterklasse, daß es Euch jetzt gelungen ist, die Kommunisten veschiedener örtlicher Gruppen in einer einheitlichen Organisation zusammenzufassen. Jeder Fortschritt der Arbeiterklasse in einem Land bedeutet eine Ermutigung für die Proletarier aller Länder in ihrem Kampf für die proletarische Weltrevolution.

Es war für unsere Organisation eine große Ehre, daß ihr einen Vertreter unseres Zentralen Komitees zur Teilnahme an Eurer Gründungsversammlung eingeladen habt. Wir hoffen auf eine gute Weiterentwicklung unserer brüderlichen Beziehungen.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Es lebe die proletarische Weltrevolution!

Mit kommunistischen Grüßen!
Zentrales Komitee des
Kommunistischen Bundes
Westdeutschland
i.A. H.G. Schmierer
(Sekretär des ZK des KBW)

Kampf gegen das Erdbeben in der Volksrepublik China

Der Mensch kann die Natur besiegen

Unter dieser Überschrift veröffentlichte die „Rote Fahne", das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Chinas am 1. August einen Kommentar zum Kampf gegen die Folgen des Erdbebens. Wir drucken im folgenden einen Teil dieses Kommentars ab. Im Anschluß daran veröffentlichen wir Auszüge aus dem Artikel „Ein heldenhaftes Volk ist unbesiegbar", Leitartikel der „Volkszeitung" am 2. August und aus dem von der chinesischen Nachrichtenagentur „Hsinhua" am 31.7. veröffentlichten Bericht: „Ausgezeichnete Lage in Peking, die Massen bleiben fest auf ihrem Posten und kämpfen heldenhaft gegen die Folgen des Erdbebens."



Im Kampf gegen das Erdbeben ist die Lage ausgezeichnet. Die Mitglieder und Kader der Hsichi-Kommune im Tunghsin-Gebiet haben sich versammelt und beraten die Erklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas.

Der Mensch wird über die Natur siegen – das ist eine große Wahrheit des Marxismus. Um die Naturkatastrophen, ganz gleich wie schwer sie sind, zu bekämpfen und über sie zu triumphieren, lassen die Marxisten den unbeugsamen, revolutionären Geist des Menschen leuchten. Der Vorsitzende Mao hat gesagt: „Die Arbeiter, die Bauern und die werktätige Intelligenz schaffen allen Reichtum der Gesellschaft. Wenn sie ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen, einer marxistisch-leninistischen Linie folgen und eine aktive Haltung bei der Lösung der Probleme einnehmen, statt ihnen auszuweichen, wird es keine Schwierigkeit in der Welt geben, die sie nicht überwinden können."

Die schwere Erdbebenkatastrophe hat uns tatsächlich Schwierigkeiten verursacht. Aber wir müssen uns dessen bewußt sein, daß wie jedes „Durcheinander" die Naturkatastrophen und die Schwierigkeiten, die sie verursacht haben, einen doppelten Charakter haben und sich unter bestimmten Bedingungen in ihr Gegenteil verwandeln können. Die entscheidende Bedingung für die Umwandlung einer schwierigen Lage in eine günstige ist der Mensch, d.h. die Existenz der revolutionären Klasse und der richtigen politischen Linie, die sie repräsentiert. Wir Proletarier und Kommunisten sind dafür bekannt, daß wir keine Schwierigkeiten fürchten. Während der Umgestaltung von Gesellschaft und Natur haben wir viele Schwierigkeiten überwunden. Wir sind bereit, alle anderen, die uns in der Zukunft noch begegnen, zu überwinden, einschließlich derer, die die gegenwärtige Erdbebenkatastrophe verursacht hat. Wir sind dialektische Materialisten, Marxisten und revolutionäre Optimisten. Taktisch müssen wir jede konkrete Schwierigkeit vollkommen ernst nehmen und, indem wir solch eine ernsthafte Haltung einnehmen, schaffen wir die notwendigen Bedingungen, um sie zu überwinden. Strategisch müssen wir alle Schwierigkeiten gering schätzen. Für uns ist jede Schwierigkeit, ganz gleich wie groß sie ist, überwindbar. In den vergangenen zwei Jahrzehnten und darüber hinaus haben wir die Sabotage der Klassenfeinde im In- und Ausland und den Widerstand der Bourgeoisie, besonders den der Bourgeoisie inmitten der Kommunistischen Partei, besiegt und große Siege in der sozialistischen Revolution und im Aufbau des Sozialismus errungen. In einer Reihe von aufeinanderfolgenden Jahren haben wir ausgezeichnete Ernten erzielt und verschiedene Naturkatastrophen besiegt. Solange wir entschlossen die proletarische revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao anwenden, eine aktive Haltung einnehmen bei der Lösung der Probleme, statt ihnen auszuweichen, unaufhörlich und wachsam unsere Erfahrungen auswerten, werden wir mit Sicherheit die Folgen des letzten Erdbebens überwinden und die Schwierigkeiten, die es verursacht hat, besiegen.

Im gegenwärtigen Kampf gegen die Folgen des Erdbebens müssen wir gewissenhaft der Lehre des Vorsitzenden Mao folgen: „Man muß Vertrauen haben in die Massen; man muß Vertrauen haben in die Partei. Das sind zwei grundlegende Prinzipien. Wenn wir daran den geringsten Zweifel haben, werden wir nicht in der Lage sein, das zu tun, was notwendig ist." Unsere Partei ist eine revolutionäre, marxistisch-leninistische Partei mit großer Erfahrung. Unser Volk ist ein revolutionäres Volk bewaffnet mit dem Marxismus, dem Leninismus und den Maotsetungideen. Die Führung durch die Partei und das Vertrauen auf die Kraft der Massen, sind die grundlegenden Bedingungen, um alle Schwierigkeiten zu überwinden. (Hsinhua, 1.8.1976; Auszug aus: Kurzer Kommentar der Zeitung „Rote Fahne": Der Mensch wird über die Natur siegen)

Solidaritätsadresse des KBW

An den Vorsitzenden Mao Tsetung
An den Ministerpräsidenten Hua Guo-feng

Dem chinesischen Volk und der chinesischen Arbeiterklasse, die gegenwärtig unter Führung der Kommunistischen Partei in einem harten Kampf gegen die Natur und die Erdbeben stehen, senden wir unsere revolutionären Grüße. Der erfolgreiche Kampf gegen die Folgen der Erdbeben zeigt, daß der Mensch die Natur besiegen kann, wenn die Arbeiterklasse herrscht, die Diktatur des Proletariats aufrechterhält und gegen den Revisionismus verteidigt. Das ist eine beeindruckende Erfahrung für die Völker der Welt, die dadurch im Kampf für die proletarische Weltrevolution ermutigt werden. Wir wünschen dem chinesischen Volk in seinem Kampf gegen das Erdbeben weitere große Erfolge und sind vollständig sicher, daß sie sie davontragen wird.

Mit kommunistischen Grüßen
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Zentrales Komitee
Hans-Gerhart Schmierer
(Sekretär des Zentralen Komitees)

Ein heldenhaftes Volk ist unbesiegbar

Dort, wo eine Schwierigkeit auftritt, kommt Hilfe von allen Seiten. Oberste Priorität hat, den Erfordernissen der betroffenen Gebiete an Menschenkraft und Material zu genügen. Was benötigt wird, wird beschafft. Obwohl einige Gebiete selber vom Erdbeben getroffen waren, haben sie äußerste Anstrengungen unternommen, um die am schlimmsten getroffenen Gebiete zu unterstützen, obwohl sie dazu nicht aufgefordert wurden. Eine große Zahl medizinischer Trupps war sofort zur Stelle. Hilfsgüter – Medikamente, Nahrungsmittel, Kleidung, Baumaterial usw. – kamen aus allen Teilen des Landes in großer Menge in die vom Erdbeben betroffenen Gebiete. So ist eine Lage entstanden, die jeden bewegt, und die durch den solidarischen Kampf des ganzen Volkes zur Unterstützung der Verunglückten gekennzeichnet ist. Darin manifestiert sich die große Kraft des Selbstvertrauens und der erhabene kommunistische Geist unseres Volkes.

All dies zeigt eindringlich, daß unser heldenhaftes Volk, bewaffnet mit dem Marxismus, dem Leninismus und den Maotsetungideen und gestählt in der Großen Proletarischen Kulturrevolution unbesiegbar ist; dies zeigt die große Überlegenheit unseres sozialistischen Systems unter der Diktatur des Proletariats, daß die Kader und Massen ausgezeichnete Erfolge erzielt haben beim gewissenhaften Studium der Theorie der Diktatur des Proletariats, der Einschränkung des bürgerlichen Rechts, der Kritik der revisionistischen konterrevolutionären Linie Teng Hsiaopings und im Kampf gegen den Wind von rechts, der die Revision der richtigen Urteile zum Ziel hat. Unter der Führung der Kommunistischen Partei und gewappnet mit der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao kann unser Volk jede Schwierigkeit überwinden und jedes Wunder vollbringen. Der Vorsitzende Mao hat betont: „Keine Schwierigkeit kann die Menschen hindern, voranzuschreiten. Wenn sie kämpfen und bis zum Ende des Kampfes durchhalten, werden die Schwierigkeiten überwunden werden." Stolz haben die vom Erdbeben betroffenen Volksmassen erklärt: „Das Erdbeben beantworten wir mit der Revolution. Kein Hurrikan kann uns niederwerfen, kein Erdbeben kann uns besiegen! Sei es Hurrikan oder Erdbeben, wir werden siegreich sein." (Hsinhua, 2.8.1976; Auszug aus dem Artikel: Ein heldenhaftes Volk ist unbesiegbar, Leitartikel der „Volkszeitung" vom 2.8.76)

Die Massen bleiben fest auf ihren Posten und kämpfen gegen die Folgen des Erd bebens

Arbeiter des Shihchingshan Stahlwerks des Eisen- und Stahlkomplexes der Hauptstadt sagten voller Stolz: „Wir Stahlarbeiter getrauen uns, die revisionistische konterrevolutionäre Linie Teng Hsiao-pings zu kritisieren und gegen die Folgen des Erdbebens zu kämpfen. Keine Schwierigkeit kann uns hindern, siegreich vorwärts zu schreiten. Nach dem Erdbeben im Lauf des Morgens am 28. Juli haben die Stahlarbeiter auf Schicht sich wie ein Mann zusammengeschlossen und nacheinander 38 Pfannen Stahl von guter Qualität herausgebracht. Damit erfüllten und übertrafen sie den Produktionsplan der Schicht. Das Stahlwerk hat am selben Tag seinen täglichen Produktionsplan übererfüllt.

Durch das Erdbeben verursacht lief die Dampfturbine unregelmäßig. Die Arbeiter der 5. Krafterzeugungsgruppe des Shihchingshan-Elektrizitätswerkes, die zu der Kraftstation mit demselben Namen gehörten, waren sich ihrer hohen Verantwortung als Herren des Staates bewußt und führten gründliche Studien und Untersuchungen durch. Sie haben rechtzeitig die Ursache des schlechten Funktionierens der Maschine gefunden und wirksame Maßnahmen ergriffen, um die Stromproduktion zu sichern.

Nach dem Erdbeben haben die Arbeiter und Angestellten im Transport- und Verkehrswesen wolkenbruchartigem Regen standgehalten, sie sind auf ihren Posten geblieben und haben die Straßen und Brücken überprüft und repariert. Das sicherte den Transport- und Verkehrsfluß der Städte und auf dem Land. Viele Angestellte und Arbeiter im Handel und im Finanzwesen überwanden die Schwierigkeiten und hielten an ihren Arbeitsplätzen aus, um die Erfordernisse des Kampfes gegen das Erdbeben und des Lebens der Massen zu erfüllen. In den Außenbezirken kämpften die Bauern gegen das Erdbeben und verstärkten zugleich die Feldarbeit. Im Kampf um eine gute Ernte in der Landwirtschaft in diesem Jahr haben sie Herbstgemüse gepflanzt. (Hsinhua, 31.7.1976; Auszug aus dem Artikel: An den Arbeitsplätzen kämpfen die Volksmassen der Hauptstadt heldenhaft gegen die Folgen des Erdbebens)

Binnen einer halben Stunde nach dem Erdbeben kehrten die über 30000 Arbeiter, die in der Hauptstadt mit Reparaturarbeiten an den Häusern beauftragt sind, auf ihre Posten zurück. Gruppenweise gingen sie von Straße zu Straße, überprüften den Zustand der Häuser und führten notwendige Reparaturen durch.

Führende Kader und medizinische Arbeiter verschiedener Krankenhäuser der Stadt eilten schnell auf ihre Stationen, um die kritischen Fälle zu behandeln. Medizinische Trupps, die von den Krankenhäusern aus organisiert wurden, gingen aufs Land und in die Nachbarorte, um die Verletzten zu behandeln und Medizin zu verabreichen. Die Arbeitermilizen in der Hauptstadt, die sich große Anerkennung verdient haben, als sie die konterrevolutionäre Provokation auf dem Tiänanmen-Platz zerschlugen, hielten in Zusammenarbeit mit der Volkspolizei den Verkehr und die öffentliche Sicherheit aufrecht. Tag und Nacht patroullieren sie durch die Straßen, machen Propagandaarbeit unter den Massen und beschützen sie. Die Kommandanten und Kämpfer der chinesischen Volksbefreiungsarmee fürchten weder Not noch Tod; heldenhaft kämpfen sie an der Seite der Massen und setzen ihre ruhmreiche Tradition, dem Volk zu dienen, fort.

Die Arbeiter und Angestellten der Pekinger Eisenbahnverwaltung machten den Transport von Unterstützungsgütern und Geräten zu ihrer Hauptaufgabe. Sie gaben ihr Äußerstes, um gute Arbeit zu leisten. Außerdem reparierten bei strömendem Regen die Einsatzbrigaden der Eisenbahnverwaltung die Bahnlinie von Peking nach Tangschan. Die Abteilung für elektrische Energieversorgung hat unverzüglich Einsatztrupps für die Präfektur von Tangschan zur Überprüfung und Reparatur der Stromversorgungs- und -erzeugungsanlagen aufgestellt. Einige Arbeiter haben sich den Einsatzgruppen angeschlossen, anstatt nach Hause zu gehen, obwohl ihre Häuser in den vom Erdbeben betroffenen Gebieten liegen.

Die am schwersten getroffenen Gebiete brauchten dringend Dachpappe, um Schutzdächer zu bauen. Ein 100-LKW-Team, das in 20 Minuten in dem Pekinger Transportkomplex zusammengestellt wurde, fuhr mit hohem Tempo in die Pekinger Dachpappenfabrik und lud mit der Unterstützung von Fabrikarbeitern, von sich in der Nähe befindenden Armeeangehörigen und den LKW-Fahrern in gerade nur drei Stunden 10000 Rollen Dachpappe auf. Das LKW-Team fuhr noch in derselben Nacht in das Unglücksgebiet.

Arbeiter der Pekinger Pharmazeutischen Fabrik und der Pekinger Lebensmittelfabrik Nr. 1 haben in den letzten Tagen freiwillig Überstunden gemacht, um mehr Medikamente, Brot und Kuchen herzustellen, was dringend von den Bewohnern der vom Erdbeben betroffenen Gebiete gebraucht wird. Alle waren der gleichen Meinung: „Je schwerer das Erdbeben, desto größer unsere Entschlossenheit. Wir sind entschlossen, auf jede mögliche Weise die Produktion zu steigern, um unsere Klassenbrüder in den schwer betroffenen Gebieten zu unterstützen." Arbeiter der Pekinger Abteilung für Handel haben die Erfordernisse der schwer getroffenen Gebiete in der Provinz Hopei untersucht und alles daran gesetzt, Wege und Mittel zu finden für die Entsendung von Hilfsgütern dorthin. Große Mengen an Nahrungsmitteln, Kleidung, Decken, Medikamenten, Kochgeräten, Töpfen und Gefäßen und anderen Hilfsgütern werden Tag und Nacht in das schwer betroffene Gebiet transportiert. Viele medizinische Arbeiter und Arbeiter des Gesundheitsdienstes haben sich gemeldet und verlangt, dort eingesetzt zu werden, wo sie am dringendsten gebraucht werden. In großer Zahl sind sie abgereist in die schwer betroffenen Gebiete, um ihren Klassenbrüdern zu Hilfe zu kommen.



Im Vertrauen auf die eigene Kraft führt das chinesische Volk den Kampf gegen die Folgen des Erdbebens. Angehörige der Volksbefreiungsarmee, der Miliz und Kommune-Bauern arbeiten in strömendem Regen, um den Damm durch den Paiho-Fluß für den Miyun-Stausee in der Nähe Pekings zu verstärken.

Die breiten Volksmassen in der Hauptstadt kämpfen auf der Seite unseres großen Führers, des Vorsitzenden Mao. Sie sind entschlossen, sich wie ein Mann zusammenzuschließen, jede Schwierigkeit zu überwinden und neue Erfolge zu erringen im Kampf gegen die Folgen des Erdbebens und im Kampf zur Kritik an Deng Hsiaoping. Sie sind entschlossen, den rechtsabweichlerischen Anschlag zurückzuschlagen und unter der Führung der Partei noch größere Siege in der Revolution und in der Produktion zu erringen.

(Hsinhua, 31.7., Auszug aus dem Artikel: Ausgezeichnete Lage in Peking, die Massen bleiben fest auf ihren Posten und kämpfen heldenhaft gegen die Folgen des Erdbebens)

Befreiungskampf in der Westsahara

Schwere Niederlagen für die Invasionstruppen

Das Hassan-Regime ist damit gescheitert, den Befreiungskampf in der Westsahara zu einer innermarokkanischen Angelegenheit zu machen.

Auf der letzten Gipfelkonferenz der Organisation für Afrikanische Einheit wurde auf Antrag Nigerias beschlossen, eine Sondertagung über die Westsahara durchzuführen. Die Konferenz der Blockfreien, die am 10. August in der Hauptstadt von Sri Lanka beginnt, wird sich mit der Westsahara-Frage befassen. Das saharauische Volk hat diese diplomatischen Erfolge erringen können, weil es den bewaffneten Befreiungskampf zuerst gegen den spanischen Kolonialismus und dann gegen die neuen Invasoren geführt hat und weiter siegreich führt.

Angesichts der drohenden Niederlage auf dem Schlachtfeld und der zunehmenden Isolierung im Lager der Dritten Welt wird das Hassan-Regime verstärkt aufgerüstet vom US-Imperialismus. Zugleich wird gegen Algerien eine Kriegshetze entfaltet. Um die Waffen bezahlen zu können, hat der marokkanische König das Volk aufgefordert zu spenden. Eine Milliarde Dirham soll gesammelt werden „zur Entwicklung der Westsahara". Das Volk, so enthüllt die algerische Zeitung „El Moudjahid", wird von Polizei und Armee gezwungen, Geld zu geben. Die Parteien in Marokko, die seit der Unabhängigkeit in Opposition stehen und häufig der Verfolgung durch das Hassan-Regime ausgesetzt waren und sind, haben ihren Frieden mit dem Regime gemacht und unterstützen die Aggression gegen das saharauische Volk rückhaltlos. Ali Yata, der Chef der marokkanischen Revisionisten, hat schon 1973, als Antwort auf die Aufnahme des bewaffneten Befreiungskampfes durch das saharauische Volk, ein Buch geschrieben mit dem Titel: „Die marokkanische Westsahara", in dem er den reaktionären Standpunkt des Hassan-Regimes in dieser Frage zu rechtfertigen versucht.

Über einen der größten Erfolge in diesem Befreiungskampf berichtet die algerische Zeitung „El Moudjahid" am 22. Juli: „Eine Kompanie der Königlichen Streitkräfte bei Bir Nzara vernichtet. 115 Soldaten getötet."

Diese Kompanie hatte saharauische Frauen und Kinder mit sich geführt, die sie gefangengenommen hatte. Sie wurden alle befreit und in das auf algerischem Boden liegende saharauische Flüchtlingslager bei Tindouf gebracht. Warum sie von den marokkanischen Truppen mitgenommen worden sind, beschreibt einer von ihnen:

„Die monarchistischen Soldaten haben uns mit Gewalt mitgenommen und durch die Ortschaften getrieben, die durch die Ortschaften getrieben, die laut Teilungsplan der Westsahara zwichen Rabat und Nouakchott zu Mauretanien gehören sollen. Wir wurden gezwungen, für eine Eingliederung dieser Ortschaften nach Marokko zu demonstrieren. Wir führten sogar Transparente mit, auf denen es hieß: ‚Die Westsahara ist marokkanisch und Tindouf auch'. Die Königlichen Truppen haben uns immer wieder gesagt, sie würden bald Tindouf einnehmen und „die sich dort befindenden saharauischen Flüchtlinge befreien". (El Moudjahid, 22.7.)

In ihrer Ausgabe vom 30.7. berichtet diese Zeitung von einer Sabotageaktion, die die Stromversorgung der Phosphatminen Fos Bou Craa zerstört hat.

Um die Phosphatlager der Westsahara, die reichsten Lagerstätten, die bisher gefunden worden sind, und um die Ausplünderung der anderen großen Bodenschätze des saharauischen Volkes geht es den Imperialisten. Als der spanische Kolonialismus nicht mehr in der Lage war, den imperialistischen Monopolen den freien Zugang und die Ausplünderung des Landes zu sichern, haben sie auf Hassan II von Marokko gesetzt und sich des Expansionismus der marokkanischen Monarchie bedient, um sich den Zugang und die weitere Ausplünderung der Westsahara zu sichern. Hinter Marokko steht der amerikanische Imperialismus, der Militärstützpunkte in Marokko unterhält und seine Truppen im Lande stehen hat. Mauretanien, das im Süden der Westsahara liegt, wurde an der Invasion beteiligt.

Die Volksbefreiungsarmee des saharauischen Volkes hat den Truppen des marokkanischen Expansionismus in den vergangenen Monaten schwere Schläge versetzt. Die marokkanischen Truppen, die zusammen mit der mauretanischen Armee die Westsahara besetzt haben, nachdem der spanische Kolonialismus vom saharauischen Volk durch seinen bewaffneten Kampf vertrieben worden war, halten die Städte, schreibt die französische Tageszeitung „Le Monde", aber die Befreiungskämpfer können sich frei bewegen, herumlaufen und hin- und herfahren.

In einem Kommuniqué der FPOLISARIO „Militärische Bilanz über 6 Monate Kampf" heißt es: „Am Ende der ersten 6 Monate des bewaffneten Kampfes, den unser Volk gegen die Invasions- und Besatzungstruppen der volksfeindlichen Regimes von Hassan II und Ould Daddah führt, hat unsere heldenhafte Volksbefreiungsarmee mehr als 6850 feindliche Soldaten außer Gefecht gesetzt." Während dieses Zeitraums, so heißt es weiter in der in „Sahara Libre", dem Organ der FPOLISARIO, veröffentlichten Bilanz, seien ein Sechstel der von der marokkanischen Monarchie in der Westsahara eingesetzten Truppen kampfunfähig gemacht worden. 2457 Soldaten seien getötet, 3062 verwundet und 103 gefangengenommen. Über 10 marokkanische Soldaten haben sich den Befreiungskämpfern angeschlossen und kämpfen an ihrer Seite gegen das Hassan-Regime. Zugleich wurden große Mengen an Kriegsmaterial zerstört: 57 Panzer, 6 Flugzeuge, 8 Hubschrauber Panzer, 6 Flugzeuge, 8 Hubschrauber und 330 Militär-LKWs. „Ebenso schwer waren die Verluste der Truppen von Ould Daddah: 538 Soldaten wurden getötet, 560 verwundet, 100 gefangengenommen und 65 haben sich unseren Streitkräften angeschlossen."

„Diese Bilanz", stellt die FPOLISARIO fest, „zeigt den unbeugsamen Willen unseres Volkes, sich der Besetzung seines Territoriums zu widersetzen und seine feste Entschlossenheit, seinen Befreiungskampf fortzuführen bis zur vollständigen Vertreibung der Invasionstruppen." – (gj)



Das saharauische Volk widersetzt sich erfolgreich den Invasoren und ist entschlossen, sie vollständig aus seinem Lande zu vertreiben.

Erfolgreiche Verhandlungen Kenia–Uganda

„Hoffnungen der Kräfte im Ausland vereitelt"

Am vergangenen Wochenende haben die Nachbarstaaten Uganda und Kenia erfolgreiche Verhandlungen geführt zur Wiederherstellung gutnachbarlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit der beiden afrikanischen Staaten. In einem Kommuniqué, das in der Kenianischen Hauptstadt Nairobi veröffentlicht wurde, heißt es unter anderem, beide Seiten seien übereingekommen, den Kriegszustand zu beenden, die Drohung mit Gewalt einzustellen, die Truppen von den Grenzen zurückzuziehen und feindselige Propaganda zu unterbinden. Der Handelsverkehr wird wieder aufgenommen. (Süddeutsche Zeitung 9.8.)

Die Durchführung und der erfolgreiche Abschluß der Verhandlungen kam zustande durch die Vermittlung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), deren Generalsekretär Eteki Mboumouna mit beiden Regierungen Gespräche führte, sowie durch verschiedene afrikanische Staaten wie dem Sudan oder Nigeria. In einem nigerianischen Kommentar, der von Radio Lagos veröffentlicht wurde, heißt es, nachdem Verhandlungen vereinbart worden waren, unter dem Titel: „Feindseligkeiten kann sich keiner leisten": „. . . Man muß Präsident Amin Beifall spenden für seine Initiative zur Beendigung des Nervenkrieges zwischen seinem Land und Kenia. Die Spannung zwischen den beiden benachbarten afrikanischen Staaten wurde besonders ausgeprägt nach dem israelischen Überfall auf den Flughafen Entebbe zur Befreiung von mehr als einhundert entführten Geiseln. Uganda beschuldigte Kenia der Komplizenschaft bei dem Überfall. (. . .) Präsident Amins versöhnliche Geste ist in ganz Afrika mit willkommener Erleichterung aufgenommen worden. Um so mehr, als er durch diesen kleinen, aber bedeutungsvollen Schritt die Hoffnungen der Kräfte im Ausland vereitelt hat, die Zwietracht säen und anheizen, um die imperialistischen Ziele der Schaffung von Uneinigkeit in Afrika zu fördern . . ."

USA: 15000 mexikanische Arbeiter ausgewiesen

Die amerikanische Regierung hat gewaltsam 15000 mexikanische Arbeiter ausgewiesen mit der Begründung, sie seien eine Ursache für die Arbeitslosigkeit im Lande. – (Nach: El Moudjahid, 23.7.)

Osttimor

Unterstützung durch die indonesischen Volksmassen

Die Regierungen verschiedener Länder, unter anderem der Volksrepublik China, haben die Demokratische Republik Osttimor diplomatisch anerkannt und unterstützen den Befreiun gskampf des Volks von Osttimor.

Unterstützung erhält das Volk von Osttimor auch von den indonesischen Volksmassen. Am 2. Juli berichtete zum Beispiel Radio Maubere: „Indonesische Soldaten, die von Surbaya, Java, stammen und in Osttimor von den Streitkräften der FRETILIN gefangen genommen worden waren, sagten, daß in Surbaya Demonstrationen von Soldaten und ihren Familien stattgefunden hätten, die forderten, nicht nach Osttimor geschickt zu werden. Die Soldaten erklärten, sie seien nach Atambua, auf der indonesischen Seite der Grenze, geschickt worden, dann nach Osttimor, ohne daß ihnen gesagt wurde, wo und warum sie zum Kampf eingesetzt würden."

In einer Erklärung des Ministers für Information und Sicherheit der Demokratischen Republik Osttimor vom 25. Juli wird darauf hingewiesen, daß in allen Teilen Indonesiens, in Irian, Java, Sumatra, Südmolukken usw. die Brudervölker ihren Kampf verstärken, um sich von dem Suharto-Regime zu befreien.

Das Volk von Zimbabwe verstärkt den Kampf

Das rhodesische Siedlerregime reagiert auf den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe mit verstärkter Rassenunterdrückung. 56 Landarbeiter ließ es zu jeweils zehn Jahren Gefängnis verurteilen, weil sie „ihrem Herrn" nicht die Anwesenheit von Befreiungskämpfern im Bereich des Gutes „gemeldet" hatten.

Um neue Bataillone aufstellen zu können, hat das Regime die Altersgrenze für die Reservisten von 30 auf 34 Jahre erhöht. Damit können alle Männer im Alter von 25 bis 34 Jahren, die bisher keinen militärischen Verpflichtungen unterliegen, eingezogen werden. Die Altersgruppen zwischen 34 und 38 Jahren ohne Militärverpflichtung werden für den Polizeidienst ausgebildet und eingezogen.

Gegen die zunehmende Fluchtbewegung der weißen Siedler zurück nach Europa hat Smith in einer Zeitung in Salisbury Stellung genommen. Er tönte: „Sie werden ihre Entscheidung noch bereuen." Zugleich forderte er direkte Gespräche mit der Regierung der USA. Das Wasser steht ihm bis zum Hals. Das Smith-Regime kann die Stellung für die Imperialisten im südlichen Afrika nicht mehr halten gegen den Befreiungskampf der Völker, so daß es ein direktes Eingreifen seiner Hintermänner verlangt.

Solidaritätsaktionen mit dem Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe

Bremen. Von den 700 Teilnehmern, die zur Veranstaltung mit der Delegation der ZANU gekommen waren, wurden zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe 20798,27 DM gespendet. Zum Schluß der kämpferischen Veranstaltung wurde ein LKW aus Kuchen versteigert.

Bochum. Eine kämpferische Solidaritätsveranstaltung mit dem Befreiungskampf des Volks von Zimbabwe, in deren Verlauf die Delegation der ZANU über die Entwicklung des Kampfes gegen das Siedlerregime berichtete, führten die 400 Teilnehmer durch. Gespendet für die vier LKWs wurden 7400 DM.

Elmshorn. Am 29.7. hat die Sympathisantengruppe des KBW eine Veranstaltung zum Kampf der Völker der Dritten Welt durchgeführt. Auf dieser Veranstaltung wurde auch für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe gesammelt. Von den 12 Teilnehmern wurden 112,50 DM gespendet. Tage vorher wurden schon einmal 50 DM überwiesen.

4 Lastwagen für den Befreiungskampf in Zimbabwe

Kontostand am 9.8.1976: DM 155257,88

ZANU-Spendenkonto: Volksbank Mannheim Kto Nr.: 106 83 26



Köln. 500 Teilnehmer kamen zu der Veranstaltung mit der Delegation der ZANU. Das Ergebnis der Spendensammlung: 7018,50 DM für die vier LKWs zur Unterstützung der ZANU.

Braunschweig. In der letzten Woche wurde an der Hochschule ein Basar zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volks von Zimbabwe durchgeführt. 510 DM wurden eingenommen.

Münster. An der Veranstaltung mit der Delegation der ZANU unter Leitung des Genossen Tekere, Mitglied des ZK der ZANU, nahmen 200 Menschen teil. Zur Unterstützung der ZANU und für die vier LKW wurden während der Veranstaltung 2300 DM gesammelt.

Die Lage im Befreiungskampf ist ausgezeichnet

In den letzten Wochen haben die Befreiungskämpfer des Volkes von Zimbabwe mehrere Angriffe gegen Kasernen und Einrichtungen des rhodesischen Siedlerregimes durchgeführt. Wie die algerische Zeitung „El Moudjahid" meldet, waren die Aktionen erfolgreich, eine große Menge militärisches Gerät wurde zerstört.

Am Donnerstag, 4. August, hat eine Einheit der Volksbefreiungsarmee ZANLA eine Kaserne des rhodesischen Siedlerregimes rund 200 Kilometer südlich von Salisbury mit Raketen und Granatwerfern angegriffen. Die Aktion war erfolgreich: Ein Offizier des Siedlerregimes gab zu, der Angriff sei „gut geplant und koordiniert" gewesen. (Süddeutsche Zeitung, 9.8.)

Andere Aktionen richteten sich gegen die Wirtschaft des Siedlerregimes. Weil im Süden von Zimbabwe die Befreiungskämpfer die Verbindungswege nach Südafrika kontrollieren, konnte das Siedlerregime 16000 Tonnen Südfrüchte nicht exportieren. Die Südfrüchte, die einen Wert von über zwei Millionen DM haben, sind verdorben.

Weinheim: Erfahrungen bei Aktionen zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe

Nur revolutionäre Agitation ermöglicht den Fortschritt im Klassenkampf

Die Ortsgruppe hat an 6 Wochenenden Sammelaktionen für das Volk von Zimbabwe in den Weinheimer Arbeitervierteln durchgeführt. Dabei haben wir 5 Zentner Kleider, 250 DM für die Lastwagen sowie einige Uhren gesammelt. Darüberhinaus konnten für unsere Kandidatur zur Bundestagswahl knapp 100 Unterschriften gesammelt werden.

Im Verlauf dieser Kampagne haben wir gelernt, eine falsche Herangehensweise zu korrigieren und die Unterstützung des Volkes von Zimbabwe mit den Aufgaben des Klassenkampfes in Westdeutschland zu verbinden.

Wie sah die falsche Herangehensweise aus?

Wir haben im ersten Stadtteil, der Nordstadt, wo seit 3 Jahren die KVZ verkauft wird, den Fehler gemacht, die Kampagne nicht vorzubereiten. Die Verkäufergruppe hat die Sammelaktion nicht angekündigt und nicht mit den Sympathisanten vorbereitet.

Somit war den Bewohnern nicht klar, wozu diese Sammelaktion durchgeführt wird. Die Kleidersammlung wurde von uns so behandelt wie eine des „Roten Kreuzes", wo nicht viel nach Ursache und Zweck gefragt wird, sondern möglichst rasch viel beisammen sein soll.

Den Zweck der Sammlung haben wir erst am Tag der Sammelaktion selbst in einer kurzen Agitationsrede und in Liedern dargelegt und haben dann schnell die Häuser abgegrast. Es ist daher zum einen nicht gelungen, ein gutes Sammelergebnis zu erzielen, weil die Sammlung von den meisten Bewohnern behandelt wurde wie eine der zahlreichen vom „Roten Kreuz" oder der „Björn Steiger-Stiftung". Es wurde entweder nichts oder das gespendet, was für den Sperrmüll vorgesehen war. Zum anderen haben die Genossen bei den Hausbesuchen nicht versucht, den bewaffneten Freiheitskampf in Zimbabwe zu erläutern und seine Verbindung mit dem Kampf der Arbeiterklasse für ihre Befreiung hier darzulegen. Die Aufgabe, die Sammelaktion mit dem Propagandafeldzug für den Kommunismus zu verbinden, fiel vollkommen unter den Tisch: in der Agitationsrede war davon nichts zu hören, die KVZ wurde nur an die Stammkäufer verkauft, die Unterschriftenlisten wurden meist versteckt gehalten, revolutionäre Literatur wurde gar nicht erst mitgeführt. Es war klar, daß auf diesem Wege keine Fortschritte in der Herausbildung der Solidarität mit dem Freiheitskampf des Volkes von Zimbabwe erzielt werden konnten. Die Verkäufergruppe hat festgestellt, daß eine Woche später die meisten Bewohner der Stadtteile nicht mehr wußten, für welchen Zweck die Sammlung durchgeführt wurde, zumal im Laufe der Woche irgendeine andere stattgefunden hatte.

Bei den weiteren Agitationszügen sind wir anders vorgegangen:

Zwei Wochen vor dem jeweiligen Sammeltermin hat die Verkäufergruppe die Kampagne im Stadtteil vorbereitet. In den Einheiten wurde die Bedeutung der Kampagne anhand von KVZ-Artikeln und Teilen des Wahlaufrufes nochmals diskutiert. Es wurde beschlossen, jedem Bewohner eine Weinheimer Arbeiterzeitung zu Zimbabwe persönlich zu geben und darüber zu diskutieren. In der Propaganda war neben der Darstellung der Ziele des Befreiungskampfes, der gegenwärtigen Lage im Südlichen Afrika, das Aufzeigen des Zusammenhangs des Befreiungskampfes in Zimbabwe mit dem Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Unterdrückung die Hauptseite. Dazu hatten wir einen Artikel geschrieben, in dem gezeigt wurde, wie die Freudenberg-Kapitalisten hier den Profit aus den Knochen der Arbeiter herauspressen, um das so gewonnene Kapital ins südliche Afrika zu exportieren und dort Bodenschätze zu rauben und weitere Arbeitermassen auszubeuten.

Dort, wo diese Agitation gründlich und umfassend von den Genossen betrieben wurde (es gab zwischen den einzelnen Verkäufergruppen ein ziemliches Gefälle), konnte zweierlei erreicht werden:

– Es konnte ein gutes Bewußtsein unter den Bewohnern über die Notwendigkeit der materiellen Unterstützung des Befreiungskampfes geschaffen werden. Das hat sich darin ausgedrückt, daß – im Gegensatz zur ersten Aktion – neben der Kleider- auch die Geld- und Uhrensammlung propagiert werden konnten, weil sie jetzt unmittelbar einsichtig wurden.

– Zum zweiten konnten aus der Agitation für die Unterstützung des Befreiungskampfes heraus entwickelt werden, was die Aufgaben der Arbeiterklasse in Westdeutschland sind, und daß der Freiheitskampf des Volkes von Zimbabwe uns nützt, wenn auch wir den Kampf gegen unsere Ausbeuter entschieden führen. Die Unterschriftensammlung für unsere Kandidatur wurde schon in der Vorbereitung der Sammelaktion angepackt. Damit war eine gründliche Vorbereitung der Sammelaktionen gewährleistet.

Am Tag der Sammlung selbst sind wir mit jeweils 8 bis 10 Genossen und unserem Lautsprecherauto in den Stadtteil gezogen. Vor der Sammlung haben wir jeweils eine Kundgebung durchgeführt und Lieder gesungen. In den meisten Stadtteilen stieß dies auf großes Interesse; die Bewohner kamen auf die Straße und schauten vom Fenster und Balkon aus zu. Das Agitationszentrum wurde an diesem Vormittag zum Mittelpunkt im Stadtteil. Bei der Sammlung selbst konnten Erfolge erzielt werden. Zum einen wurden viel mehr Kleider gespendet als am Anfang, die meisten Spenden zeichneten sich durch eine hervorragende Qualität aus. Daneben spendeten viele Bewohner neben Kleidern auch Geld oder gaben einen 10-DM-Schein, wenn sie keine Kleider hatten.

Die Diskussionen, die geführt wurden, beschränkten sich nicht auf den Befreiungskampf in Zimbabwe selbst, sondern waren in der Regel recht umfassend. Dadurch, daß vielfach klargemacht werden konnte, welchen Stellenwert der Befreiungskampf hat, war es keine Schwierigkeit, die Sammlung und Diskussion mit der Unterschriftensammlung und dem KVZ-Verkauf zu verbinden.

In einem Stadtteil hat diese Aktion große Wirkung erzielt. Dort kamen nicht nur die meisten Spenden zusammen, dort wurde nicht nur die Unterschriftenzahl gegenüber der Landtagswahl verdoppelt (von 9 auf 18), die Verkäufergruppe wurde 1 bis 2 Wochen später gefragt, ob die Sachen auch gut angekommen seien. Eine Frau war besorgt, ob ihre Spende, ein Wintermantel, auch das richtige gewesen sei und „ob die Afrikaner dann damit auch noch ihre Maschinenpistole halten könnten".

Insgesamt konnten im Rahmen dieser Kampagne der KVZ-Verkauf in den Stadtteilen um 20 % durchschnittlich gesteigert, der Literaturvertrieb (während der Kampagne 10 Programme sowie je 5 Exemplare der Arbeitshefte) überhaupt erst entwickelt werden.

Im weiteren Verlauf der Lastwagensammlung muß die Ortsgruppe darauf achten, daß die Sammlung nicht zu einer Angelegenheit wird, die man neben der Propaganda, z.B. gegen das KPD-Verbot, macht, sondern die Verbindung von der Herausbildung einer breiten Solidarität mit dem Volk von Zimbabwe und den Aufgaben im Klassenkampf hier beibehalten. Das werden wir auch bei der Mobilisierung für die Veranstaltung mit der ZANU-Delegation unter Leitung des Genossen Tekere in Mannheim so machen. – (U.S., Sekretär der Ortsgruppe Weinheim)

KPD-Verbotsurteil: Verbot der Wissenschaft der Arbeiterklasse

Nur der reaktionäre Idealismus ist erlaubt

„Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse." In dieser knappen Zusammenfassung haben Marx und Engels im Kommunistischen Manifest treffend die bürgerliche Weltanschauung, ob in Gestalt der Wissenschaft, Kunst oder Religion charakterisiert.

Wie wir im folgenden darlegen, hat die westdeutsche Bourgeoisie mit dem KPD-Urteil aufs eifrigste sich bemüht, ihre Ideen, ihre Weltanschauung auch juristisch abzusichern, um so die Herrschaft ihrer Ideen mittels Gerichte und Polizei zu behaupten. Die Bedeutung dieses Tatbestandes ist erheblich. Hat die westdeutsche Bourgeoisie doch damit durch ihr Verfassungsgericht entscheiden lassen, welche Sorte Wissenschaft einzig mit dem Grundgesetz vereinbar und damit uneingeschränkt betrieben werden darf.

Sie hat damit auf juristischer Ebene jene Frage entschieden, welche Engels als die Grundfrage der Philosophie bezeichnete: „Was ist das Ursprüngliche, der Geist oder die Natur?"

Diese Grundfrage, die Entscheidung zwischen Materialismus und Idealismus, welche durch den wissenschaftlichen Sozialismus gelöst wurde, mußte die Bourgeoisie in Westdeutschland zu einer juristischen Frage erklären, was man als ein scharfes Zeichen der Verrottetheit und Überlebtheit dieser Bourgeoisie werten muß, welche die Herrschaft ihrer Ideen anders als durch ihren staatlichen Gewaltapparat nicht mehr befestigen kann.

Juristische Festlegung auf einen Idealismus ...

Die „*Wissenschaft als solche (ist) selbstverständlich frei*" *(615)*, wird in dem Urteil mit Verweis auf Art. 5 des Grundgesetzes zunächst festgestellt, und weiterhin, „*es handelt sich in diesem Verfahren nicht darum, die Theorie des Marxismus-Leninismus als eine ,einheitliche Wissenschaft' für verfassungswidrig zu erklären*".

Nichts anderes wird im Verlauf des Urteils aber dann vollzogen, in dem klargelegt wird, was es mit folgendem Satz des Art. 5 des Grundgesetzes auf sich hat: „*Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.*"

Fragen wir zunächst, worin die Freiheit der Wissenschaft allein bestehen kann, so kann damit doch nur gemeint sein, daß die Wissenschaft ohne Rücksicht ihrer Aufgabe nachgeht, die Entwicklungsgesetze von Natur und Gesellschaft zu erkennen, um mit den so gewonnenen Erkenntnissen die Menschen bei der Entwicklung ihrer praktischen Fähigkeiten zu unterstützen und um falsche Auffassungen in den Köpfen der Menschen zu vernichten.

Beileibe nicht, denkt sich der imperialistische Bourgeois. Fühlt und weiß er doch, daß dies zu einer Zersetzung der bürgerlichen Weltanschauung und Wissenschaft führen würde. Wie sollte er dann die tausendfache Zerstörung der produktiven Fähigkeiten der Massen durch den Imperialismus noch rechtfertigen? Deshalb erklärt er durch seine Verfassung und sein Verfassungsgericht, daß diese Freiheit erhebliche Grenzen hat.

Als größter Feind gilt ihm dabei der Materialismus, die wissenschaftliche Erkenntnis, daß die Natur und nicht der Geist das Ursprüngliche ist. Denn aus dem Materialismus folgt, daß die menschliche Geschichte und damit auch die bestehende Ausbeuterordnung nicht von absoluten Werten, einem Gott und dergleichen bestimmt und gelenkt ist, sondern daß sie von den Menschen selbst unter Ausnutzung und Anerkennung der Gesetze der Natur und Gesellschaft gemacht wird.

Deshalb schlägt der Materialismus dem imperialistischen Bourgeois jede Möglichkeit aus der Hand, seine Ausbeuterherrschaft und Parasitenexistenz für unabänderlich oder gar gottgewollt hinzustellen. Dem muß er juristisch vorbeugen.

Es versteht sich, daß sich die imperialistische Bourgeoisie mit der Kirche in der Frage von Idealismus oder Materialismus aufs Beste einigen konnte. Deshalb trat auch ein kirchlicher Mann, der Philosophieprofessor und Jesuit Bochenski, als Gutachter im KPD-Verbotsprozeß in der Frage auf, ob der wissenschaftliche Sozialismus mit dem Grundgesetz vereinbar sei.

Dabei hatte er u.a. zu gutachten über die Frage, ob die Würde des Menschen, welche dem Grundgesetz als oberster Wert gilt, und damit der „freiheitlichen Demokratie", wie im Urteil festgestellt wird, mit der materialistischen Weltanschauung vereinbar sei.

Nie und nimmer, stellt er in seinem Gutachten für das Verfassungsgericht fest, und die Begründung lautet wie folgt: „*Es folgt, daß der Mensch voll und ganz der Materie immanent ist, und daß kraft des Materialismus dem Menschen auch keine Wertautonomie zukommen kann*" *(525)*, was aber die Voraussetzung der „Menschenwürde" sei.

Mit „Wertautonomie" meint der Philosoph Bochenski, welcher sich hier gleichermaßen als Magd der Theologie wie Justiz betätigt hat, daß der Materialismus ein für allemal dem wissenschaftlichen Unsinn ein Ende macht, der eine ewige unabänderliche Moral behauptet, mit welcher die herrschende Klasse bislang stets ihre Ausbeuterherrschaft und die Kirche die Existenz einer herrschenden Klasse gerechtfertigt hat.

Und unser Gutachter folgert: Eben indem der Materialismus bestreitet, daß der Geist das Ursprüngliche ist, ist er mit dem Grundgesetz nicht vereinbar, welches davon ausgeht, daß die „Würde des Menschen" ein ewiger und ursprünglicher geistiger Wert sei.

Wir bestreiten keineswegs, daß der Materialismus mit diesem Grundgesetz unvereinbar ist. Behaupten bloß, daß dies einen durchaus weltlichen Grund hat.

Verständlicherweise hat sich der philosophische Zuhälter in Sachen KPD-Verbot auf die Frage, worin die „Würde des Menschen" besteht, nicht näher eingelassen. Diese Aufgabe haben ihm die Richter abgenommen: „*Diese freiheitliche demokratische Grundordnung nimmt die bestehenden, historisch gewordenen, staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse und die Denk- und Verhaltensweisen der Menschen zunächst als gegeben hin*" *(542)*, womit gesagt wird, daß die „Würde des Menschen" in nichts anderem als dem Recht der Kapitalisten auf Eigentum an den Produktionsmitteln und der Ausbeutung der Arbeiterklasse besteht.

Aus keinem anderen Grund ist daher der Materialismus mit diesem Grundgesetz unvereinbar, weil er diese Verhältnisse als nicht „gegeben" hinnimmt, vielmehr die Erkenntnis ermöglicht, daß die Arbeiterklasse und die Massen ihre Interessen und ihre Würde nur verwirklichen können, wenn sie diese Verhältnisse radikal umwälzen, dem Privateigentum an Produktionsmitteln mit Stumpf und Stiel ein Ende machen und daß sie dazu die Kraft haben, weil nicht ein Geist oder eine Idee, sondern der Mensch seine eigene Geschichte macht.

... der keine Erkenntnisse haben darf

Daß die imperialistische Bourgeoisie den Materialismus für unvereinbar mit der Aufgabe hält, ihre Ausbeuterherrschaft zu rechtfertigen, und sich daher eine dementsprechende Verfassung schafft, verstehen wir vollauf. Aber das genügt ihr noch nicht. Muß sie doch in der imperialistischen Epoche ihrer Existenz, in welcher der Kapitalismus in Fäulnis und Verwesung übergeht, in der Ära der weltweiten sozialen Revolution des Proletariats überhaupt bestreiten, daß es erkennbare gesellschaftliche Entwicklungsgesetze gibt. Haben die von der Idee, dem Geist ausgehenden Philosophen der bürgerlichen Klasse im Kampf gegen Feudalismus und Religion noch daran festgehalten, daß man die Gesetze der Gesellschaft erkennen könne, daß also die Wahrheit erkennbar sei und haben sie, wie z.B. der Philosoph Fichte deshalb auch am Recht des Volkes auf Revolution festgehalten, um die Gesellschaft entsprechend diesen Erkenntnissen umzugestalten, so kann sich solches die imperialistische Bourgeoisie nicht mehr leisten.

Deshalb hat sie sich durch Verfassung und KPD-Verbotsurteil auch gleich noch versucht, der Wissenschaft den Stachel juristisch zu ziehen, der im Anspruch auf die Erkenntnis der Entwicklungsgesetze der Gesellschaft besteht.

Dazu heißt es im Urteil: „*Die freiheitliche Demokratie dagegen muß sich ihrem Wesen nach zu der Auffassung bekennen, daß es im Bereich der politischen Grundanschauungen eine beweisbare und unwiderlegbare Richtigkeit nicht gibt*" *(656)*, was nichts anderes heißt, als daß es keine erkennbaren gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze für die „freiheitliche Demokratie" geben darf. Und noch klarer gegen den wissenschaftlichen Sozialismus gerichtet, welcher diese Entwicklungsgesetze aufgedeckt hat, wird dann festgestellt: „*Schon dieser formale Anspruch, aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnis allein richtige und nach der vorausgesehenen Entwicklung notwendig sich ergebende politische Ziele proklamieren und erreichen zu können*", ist daher mit der „freiheitlichen Demokratie" unvereinbar (657).

Festgelegt wird damit, daß nur solche Wissenschaft mit der „freiheitlichen Demokratie" vereinbar ist, die von vornherein davon ausgeht, daß man über die gesellschaftliche Entwicklung keine Erkenntnisse gewinnen kann, daß die Notwendigkeit des Sturzes der Bourgeoisherrschaft und des Übergangs zum Sozialismus für die Massen nicht eine wissenschaftliche Erkenntnis sei. Damit legt das KPD-Urteil fest, worin die Freiheit der mit dem Grundgesetz vereinbaren Wissenschaft besteht: Ausgehend vom Geist ist sie frei von der Aufgabe, die Wahrheit zu erkennen, um so die bürgerliche Weltanschauung in allen Einzelfragen gegenüber den Massen zu vertreten. Eine solche Sorte Idealismus, der darauf verzichtet, Entwicklungsgesetze der Gesellschaft zu erkennen, nennt man agnostizistischen Idealismus, und dies erklärt das KPD-Verbotsurteil für juristisch verbindlichen Form bürgerlicher Wissenschaft.

(Agnostizismus: Philosophische Lehre, die das übersinnliche Sein – einen Geist oder Gott – für unerkennbar hält.)

Worin die Grenze der Wissenschaftsfreiheit besteht

Der Marxismus-Leninismus als Theorie ist nicht Gegenstand des Verfahrens, wurde eingangs des Verbotsurteils festgehalten, denn die Wissenschaft sei frei, was freilich von der Treue zur Verfassung nicht entbinde. Im folgenden wird sodann in aller Deutlichkeit ausgeführt, was von dieser Freiheit übrig bleibt. Hatten wir eingangs festgestellt, daß diese in nichts anderem bestehen kann, als ihrer Aufgabe nachzugehen, um ihre Erkenntnisse für die Entwicklung der Menschheit nutzbar zu machen, was der wissenschaftliche Sozialismus tut, indem er der Arbeiterklasse den Weg zur Befreiung von der Ausbeuterherrschaft zeigt, den Weg zum Aufbau der klassenlosen Gesellschaft, welche die allseitige Entwicklung der menschlichen Fähigkeiten ermöglicht, so versteht die imperialistische Bourgeoisie freilich etwas völlig Entgegengesetztes unter der „Freiheit der Wissenschaft": „*Die eindeutig bestimmbare Grenze zwischen wissenschaftlicher Theorie, die durch Art. 5 Abs. 3 GG geschützt ist, und politischen Zielen einer Partei, die der Beurteilung nach Art. 21 Abs. 2 GG unterliegen, ist dort, wo die betrachtend gewonnenen Erkenntnisse von einer politischen Partei in ihren Willen aufgenommen und zu Bestimmungsgründen ihres politischen Handelns gemacht werden.*" *(581)*

Damit ist der juristische Weg geschaffen, mit welchem die Bourgeoisie dem wissenschaftlichen Sozialismus als revolutionärer Theorie beikom-

Fortsetzung S. 16

Imperialistische Meeresforschung

Eine Antwort auf Forschungsminister Matthöfer

von Matthias Tomczak
Meeresforscher, Kandidat des KBW bei den Bundestagswahlen im Wahlkreis 5 / Kiel

In verschiedenen Zeitungsartikeln haben Sie, Herr Minister, die Frage aufgeworfen: „Wie frei wird künftig Meeresforschung sein?" So schreiben Sie in einem Artikel, der am 4. August in der „Frankfurter Rundschau" erschienen ist, „die Meeresforschung (hat) auf der Seerechtskonferenz ein politisches Gewicht erhalten, das vom Standpunkt der Forschung aus mit Sorge betrachtet werden muß. Auf dem Spiel steht die Freiheit der Meeresfoschung".

Ich bin seit nunmehr zehn Jahren als Meeresforscher tätig und kann Ihnen deshalb aus eigener Erfahrung sagen: Einen „Standpunkt der Forschung" gibt es nicht. Nicht „die Forschung" macht sich Sorgen um die Entwicklung in der Welt, sondern der Minister für Forschung. Ihre Kollegen im Kabinett und Sie, Herr Matthöfer, bereiten die Expansion des westdeutschen Imperialismus vor; sie beschließen den Bau von zwölf Fregatten, entwickeln ein Rohstoffprogramm für das westdeutsche Kapital und verabschieden ein Polizeigesetz zur Niederhaltung des Volkes. Gleichzeitig treten Sie als Verteidiger der Freiheit auf und zeigen sich besorgt über den Verlust der Freiheit für die Meeresforschung. Von meinen Kollegen, die in der Meeresforschung arbeiten, haben die meisten diese Sorge nicht. Sie sorgen sich natürlich um ihren Arbeitsplatz, sie fragen aber auch, wem die Meeresforschung dient, die die Bundesregierung in den nächsten Jahren mit einer Milliarde DM fördern wollen.

Wozu Sie mit einer Milliarde Mark die Weiterentwicklung der Meerestechnik fördern, die Arbeitskraft der Meeresforscher kaufen und die Forschungsprojekte finanzieren wollen, haben Sie in dem erwähnten Artikel selbst formuliert:
Forschungsprojekte finanzieren wollen, haben Sie in dem erwähnten Artikel selbst formuliert:
„So sind die Fernfischerei, die Erdölgewinnung aus dem Festlandssockel und der Abbau der auf dem Meeresboden in über 5000 Meter Tiefe lagernden hochwertigen Erze ohne die Ergebnisse der Meeresforschung und den Einsatz modernster Meerestechnik nicht möglich. Der Griff nach den begehrten Schätzen des Meeres ist vom Zugriff auf Meeresforschung und Meerestechnik abhängig."

Der Griff nach den begehrten Schätzen der Welt ist es, für den Sie eine Milliarde einsetzen wollen, und nicht die Verteidigung irgendwelcher Freiheiten. Es wäre auch verwunderlich, wenn es anders wäre. Der Imperialismus führt gesetzmäßig dazu, daß das Kapital danach strebt, immer größere Gebiete der Erde sich zu unterwerfen, und wenn die Welt vollständig verteilt ist, wird der Kampf um die Neuverteilung der Welt geführt.

Sie sind nicht der erste, der die Meeresforschung diesem Zweck unterwirft. In den Reiseberichten der großen Expeditionen, die in den Bibliotheken der Forschungsinstitute stehen, kann man es nachlesen. Der Fahrtleiter der Expedition des Forschungsschiffs „Gazelle" wurde 1876 noch während der Expedition zum Landeshauptmann von Kaiser-Wilhelm-Land und Bismarck-Archipel ernannt. Im Reisebericht über die berühmteste deutsche Expedition, die 1925 bis 1927 vom Forschungsschiff „Meteor" durchgeführt wurde, wird als Expeditionszweck genannt, daß das deutsche Reich endlich wieder auf allen Meeren der Welt Flagge zeigen müsse. Im Reisebericht der ersten Expedition der neuen „Meteor" von 1964 bis 1965 kann man lesen, daß die Meeresforschung mit der Wahl des Schiffsnamens bewußt an die Leistungen der früheren „Meteor" angeknüpft hat.

Das ist die Tradition, Herr Minister, in der Sie die Meeresforschung einsetzen wollen: die Tradition der imperialistischen Bourgeoisie, die die Arbeiterklasse und das Volk immer für ihren Höchstprofit hat bluten lassen und für die Sie heute mit Meeresforschung und Meerestechnik die Rohstoffvorkommen des Meeres sichern wollen, damit ihr Profit erhalten bleibt trotz der wachsenden Gegenwehr der Länder der Dritten Welt, aus denen die Imperialisten heute noch die Rohstoffe stehlen können. Sie schreiben in Ihrem Artikel: „Schon heute müssen wir uns darauf einrichten, daß der Ausgang der Seerechtskonferenz eine politische Neubewertung auch der deutschen Meeresforschung und Meerestechnik zur Folge haben wird." Ich kann Ihnen durchaus zustimmen, daß „wir", also zum Beispiel Sie und ich, uns darauf einrichten können – allerdings auf sehr entgegengesetzte Weise. Für Sie ist die Lage äußerst schlecht. Ihr Ziel, durch imperialisische Expansion dem westdeutschen Kapital weiteren Profit zu garantieren, ist dasselbe wie das Ziel aller bürgerlichen Regierungen der letzten hundert Jahre. Ihr Gegner ist aber nicht mehr derselbe. Heute steht Ihnen wie allen Imperialisten die Front der Länder der Dritten Welt in der UNO gegenüber. Sie reden von „Neuordnung der Meeresforschung". Sie meinen damit nur einen neuen Aufmarschplan für den westdeutschen Imperialismus. Weil die Völker begonnen haben, ihre Meeresschätze gegen den Zugriff der Imperialisten zu verteidigen. Ihr Ruf nach „Freiheit der Forschung" ist nur Reaktion darauf, daß der Kampf der Völker die Lage für imperialistische Raubzüge zunehmend verschlechtert.

Für mich dagegen ist die Lage ausgezeichnet. Ich bin Wissenschaftler. Ich besitze kein Kapital, mit dem ich andere für mich arbeiten lasse, sondern ich lebe vom Verkauf meiner Arbeitskraft. Das zwingt mich jetzt dazu, im Dienst des Imperialismus zu stehen.
dern ich lebe vom Verkauf meiner Arbeitskraft. Das zwingt mich jetzt dazu, im Dienst des Imperialismus zu stehen.
Das tue ich nicht aus freiem Willen. Viele Wissenschaftler sind unzufrieden mit dieser Lage, und einige unterstützen direkt den Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker.

Das, was Sie als das Ende der Freiheit der Forschung bezeichnen, ist vom Standpunkt der Arbeiterklasse und der Völker der Anfang der Freiheit. Wenn über die Ziele meiner Tätigkeit in der 200-Seemeilen-Zone nicht mehr das westdeutsche Kapital und seine Regierung, sondern die Interessen der Völker der Welt bestimmen, dann erst kann von Freiheit der Forschung die Rede sein, denn dann erst kann ich sagen, daß ich meine wissenschaftliche Tätigkeit aus freiem Willen und zum Nutzen der großen Mehrheit der Menschheit erfüllen kann.

Sie schließen Ihre Klage über den angeblichen Verlust an Freiheit in der Meeresforschung mit der Bemerkung: „Die beabsichtigte Neuordnung der Nutzung des Meeres und seiner Ressourcen auf der Seerechtskonferenz bedeutet für die deutsche Meeresforschung und Meerestechnik Herausforderung und Chance zugleich." Herausforderung und Chance deshalb – aber nicht für „die deutsche Meeresforschung", sondern Herausforderung für den westdeutschen Imperialismus, der sich nicht freiwillig geschlagen geben will und sich dem Lauf der Geschichte widersetzt. Chance für die Wissenschaftler, die in der Meeresforschung arbeiten und ihre Kenntnisse und Fähigkeiten nicht mehr an imperialistische Ziele verkaufen wollen. Eine Chance deshalb, weil dem Sozialismus die Zukunft gehört und im Sozialismus die Wissenschaft endlich dem ganzen Volk dient und nicht mehr der Bourgeoisie. Eine Chance deshalb, weil die Ergebnisse der Seerechtskonferenz ein großer Schritt voran sein werden auf dem Weg der Menschheit zur Beseitigung von Ausbeutung und Unterdrückung.

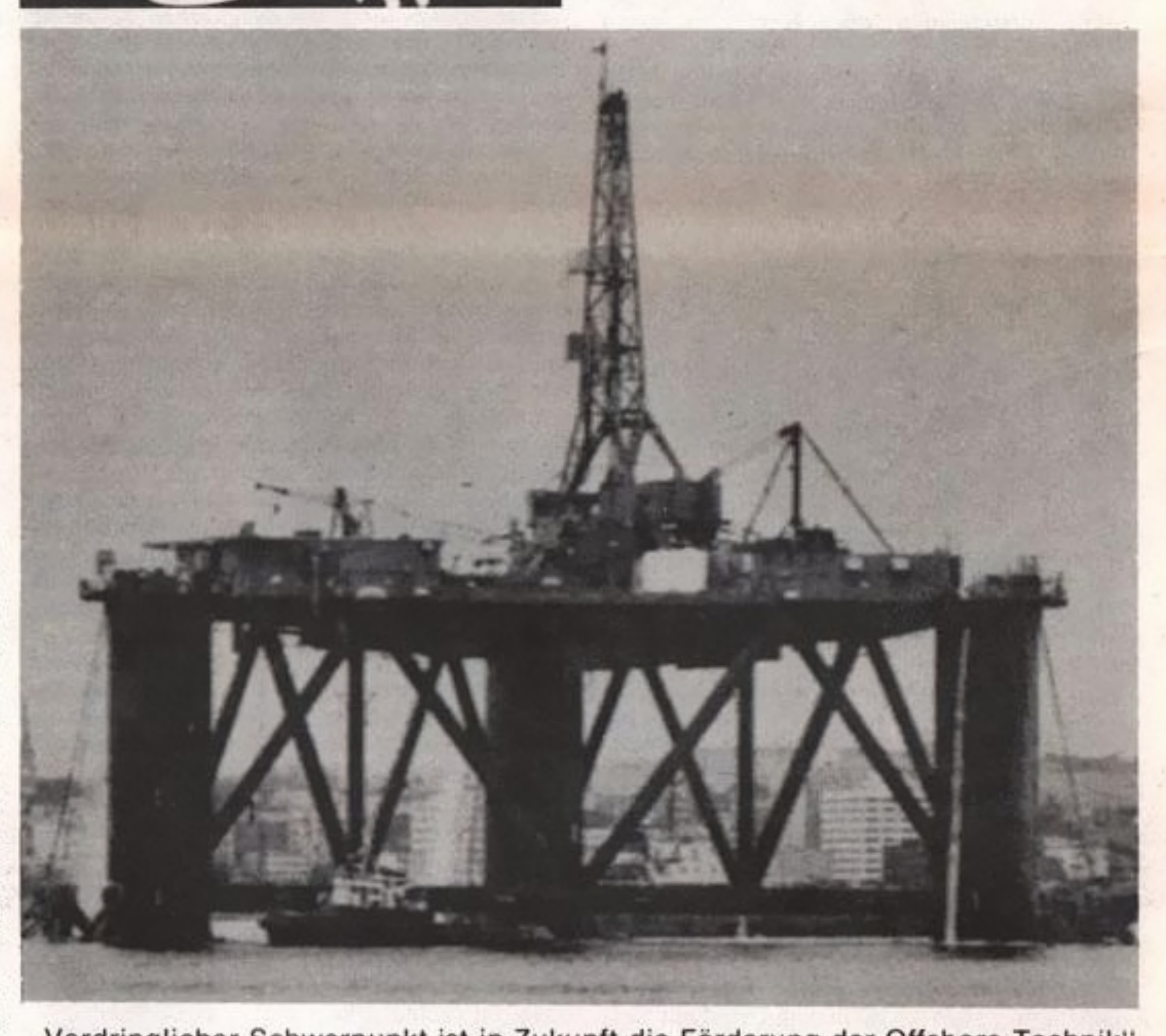
Matthias Tomczak



Das Forschungsschiff „Meteor" ist das Paradepferd der westdeutschen Forschungsflotte, weil seine Tätigkeit nur „Grundlagenforschung" ist. Was man darunter zu verstehen hat, zeigt eine von der Welternährungsorganisation FAO geplante internationale Expedition zur Förderung der Fischerei in den westafrikanischen Staaten, an der „Meteor" beteiligt war: Die Expeditionsplanung der FAO wurde im Interesse besserer „Grundlagenforschung" von den Vertretern der imperialistischen Länder derart geändert, daß die Delegierten von Marokko und Senegal nach Abschluß der Expedition offiziell feststellten: Unsere Länder haben große Hoffnungen in dieses Programm gesetzt, aber sie haben kein einziges für sie nützliches Ergebnis gesehen.



„Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) ist eine Selbstverwaltungskörperschaft der deutschen Wissenschaft, die sich ihre Satzung selbst gibt und die wissenschaftlichen Mitglieder ihrer Organe frei wählt." So stellt die DFG sich selbst dar. Tatsache ist: Die deutsche Wissenschaft gibt es nicht. Was es gibt, ist eine Wissenschaft der Bourgeoisie und eine Wissenschaft des Proletariats. Die Jahresversammlungen der DFG zeigen, welche Wissenschaft die DFG vertritt: Auf dem Bild der Präsident der bürgerlichen Wissenschaft, Professor Maier-Leibnitz (DFG) und der Präsident des bürgerlichen Staates, Walter Scheel.
chen Staates, Walter Scheel.



„Vordringlicher Schwerpunkt ist in Zukunft die Förderung der Offshore-Technik", erklärte die Bundesregierung schon 1973. Die Ausrichtung der Meeresforschung und Meerestechnik auf die imperialistische Inbesitznahme des Weltmeeres ist keineswegs erst das Ergebnis der jüngsten Verhandlungen der Seerechtskonferenz, sondern von der Bourgeoisie seit Jahren geplant.

Fortsetzung

KPD-Verbotsurteil: Nur der reaktionäre Idealismus ist erlaubt

men will: Statt den Marxismus-Leninismus offiziell zu verbieten wie im Faschismus, stellt sie jetzt seine Grunderkenntnis unter Verbot. Die wissenschaftliche Erkenntnis der praktischen Notwendigkeit des Sturzes der Bourgeoisherrschaft und des Aufbaus des Sozialismus.

Folgendermaßen hat sie dies im KPD-Urteil formuliert und festgelegt, nachdem sie festgestellt hat, daß der wissenschaftliche Sozialismus zwar mit dem Grundgesetz vereinbar, als Wissenschaft aber frei sei. „*Auch die Verbreitung von Lehren innerhalb der Mitgliedschaft der KPD* (und erst recht außerhalb, e.r.), *die eine Zersetzung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung bewirken sollen, geht auf eine Schwächung, eine Beeinträchtigung dieser Ordnung aus.*" Weiter wird klar gesagt, warum jede Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus unter Strafe gestellt werden muß: „*Das wird deutlich, wenn man unterstellt, daß es der KPD gelingen könnte, erhebliche Teile des Volkes als Mitglieder oder Anhänger zu gewinnen und zur Verneinung der freiheitlichen Demokratie entsprechend den Lehren des Marxismus-Leninismus zu erziehen: dann wäre die Funktionsfähigkeit dieser Ordnung, die gerade auf die Anerkennung durch das Volk angewiesen ist, erheblich beeinträchtigt.*" (650)

Damit schließt sich der Kreis und ist erläutert, was es mit dem Satz des Grundgesetzes auf sich hat, daß die Freiheit der Wissenschaft bezüglich der Lehre nicht von der Freiheit zur Verfassung entbindet.

Gelehrt, verbreitet und propagiert werden darf nur der agnostizistische Idealismus, die bürgerliche Weltanschauung des Imperialismus, während der wissenschaftliche Sozialismus unter Strafe gestellt wird, wenn er propagiert und gelehrt wird, also wo immer er sich in der Kritik und Zersetzung der bürgerlichen Weltanschauung betätigt.

Solchermaßen hat die westdeutsche Bourgeoisie durch ihre Verfassung und das KPD-Verbot ihre Weltanschauung für juristisch verbindlich erklärt, und sich die Möglichkeit geschaffen, jede Zersetzung ihrer Weltanschauungauch imBereich der Wissenschaft oder Kultur, mit ihren Gerichten zu unterdrücken.

Wenn wir dargelegt haben, daß die Bourgeoisie mit Hilfe des KPD-Urteils den agnostizistischen Idealismus in den Rang einer Staatsphilosophie erhoben hat, so darf man deswegen nicht meinen, die Bourgeoisie wäre agnostizistisch und wüßte nicht, was sie will. Was diese Staatsphilosophie betrifft, so handelt es sich dabei um die Rechtfertigung der bürgerlichen Ausbeuterherrschaft gegenüber den Massen und um eine Wissenschaft, welche es der Bourgeoisie ermöglichen soll, den wissenschaftlichen Sozialismus zu unterdrücken. Aber keineswegs, um die Wissenschaft, welcher sich die Bourgeoisie zur Vorantreibung ihrer Mehrwertauspressung bedient.

Hier ist sie keineswegs agnostizistisch, sondern zielklar und werfen auch ihre Wissenschaftler alle agnostizistischen und idealistischen Bedenken ab, da zählt, was zu handfestem Profit wird. Um davon eine Probe zu geben: In der Zeitschrift „Juristische Schulung" (6/76) hat ein Professor Dr. Herbert Krüger aus Hamburg in einem Aufsatz „überseeische Verfassungsvergleichung" dankenswert klar ausgesprochen, welche Aufgaben sich der bürgerlichen Wissenschaft für den Expansionsfeldzug des westdeutschen Finanzkapitals stellten: „*Es kann sein, daß* [illegible] *Deutschen angesichts zweier mißglückter Ausfuge in die Weltpolitik wieder dazu neigen, sich auf sich selbst zurückzuziehen, wie sie es im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation getan haben. Daß gerade die Wissenschaft einer solchen Neigung nicht nachgeben darf, versteht sich von selbst.*"

Die Arbeiterklasse dagegen darf in keiner Frage eben dieser bürgerlichen Weltanschauung, welche die Bourgeoisie als herrschende behaupten will, auf dem Weg zum Sozialismus nachgeben. Der wissenschaftliche Sozialismus ist ihre Theorie, mit der sie die bürgerliche Weltanschauung vernichten und zur Revolution voranschreiten kann. – (e.r.)